

Zwischen Krieg und Frieden

Eine Auseinandersetzung mit dem Werk von Ekkehart Krippendorff

von

Gert Krell

Stand: 16. Juli 2013

Eine 30-seitige Kurzfassung dieses Papiers ist im Juni 2013 in der „Zeitschrift für Frieden- und Konfliktforschung“ (2. Jg., Heft 1, S. 141-170) erschienen.

Dr. Gert Krell, em. Professor für Internationale Beziehungen im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Adresse: Im Langgewann 37, 65719 Hofheim, Internet-Auftritt: www.gert-krell.de

INHALT

1. Eine große Autobiographie und ein paar Irritationen

2. Ein faszinierendes Lebenswerk

3. Im Zentrum: Radikalkritik an Staat und Krieg

3.1 Zentrale Aussagen

3.2 Logische und empirische Probleme

3.2.1 Um welche Staaten geht es?

3.2.2 Das Problem der Variabilität im Verhältnis zwischen Staat und Krieg

3.2.3 Exkurs: Deutsche Geschichte und Gegenwart

3.2.4 Die Herrschenden und die „Kleinen Leute“

3.2.5 Kleinstaaten als Alternative?

3.2.6 Kriege vorstaatlicher Gesellschaften

4. Das Militär

4.1 Der Soldat als Verkörperung des entfremdeten Menschen?

4.2 Ist Krieg gleich Krieg?

4.3 Ist das Militär immer Herrschaftsinstrument?

5. Der Pazifismus-Streit

5.1 Die Kontroverse in der deutschen Friedensforschung

5.2 Ein historischer und systematischer Rückblick

5.3 Ein innerpazifistischer Quasi-Dialog

6. Männer und Frauen – Gewalt, Krieg und Frieden

7. Der Autor und sein Fach

7.1 Krippendorffs Verhältnis zur Politikwissenschaft

7.2 Krippendorff und die Theorie der internationalen Beziehungen

8. Schluss

1. Eine große Autobiographie und ein paar Irritationen

Am 12. Juli 2012 war in der Abteilung Literatur der Süddeutschen Zeitung eine Rezension wie folgt überschrieben: „Autobiographien von Akademikern sind meist von erschütternder Belanglosigkeit. Dem kritischen Politologen und Pazifisten Ekkehart Krippendorff aber gelingt mit seinen ‚Lebensfäden‘ ein fast klassisch zu nennender Bildungsroman der Nachkriegszeit.“ Dem kann ich mich nur anschließen.¹ Was für ein schönes Buch über das reiche und interessante (Berufs-)Leben eines großen Kollegen und Intellektuellen! Das liegt nicht nur daran, dass Krippendorff gut schreiben kann und dass er seinen Lebensbericht nicht einfach chronologisch, sondern systematisch nach 10 „Lebensfäden“ gegliedert hat: Krieg, Theater, Universitäten, Nazismus, Amerika, Juden, Italien, DDR, Musik, Religion plus ein Kapitel Familiengeschichte (Krippendorff 2012).

Es hat vor allem damit zu tun, dass er sich schon sehr früh als einen durch und durch politischen Menschen begriffen hat und immer als solcher redend, schreibend, lehrend tätig war. Die Lektüre seiner „Lebensfäden“ hat mich im doppelten Sinne mitgenommen als eine Biographie, die weit über die Person ihres Autors hinausreicht. Mitgenommen einmal in mein eigenes Nachkriegsleben (Jg. 1945): in die Auseinandersetzungen mit der NS-Zeit, die z.T. mit denselben Filmen begann, dann in die Marxismus-Rezeption und die Studentenbewegung, in meine Jahre in der Aufbauphase der Friedens- und Konfliktforschung und später in die schwierigen internen Diskussionen über humanitäre Interventionen zwischen „radikalen“ und „relativen“ Pazifisten.²

Krippendorff, der 1934 noch in die Zeit des Nationalsozialismus hineingeboren wurde und sich als kleiner Junge und „Pimpf“ wie fast alle seine Altersgenossen völlig mit dem Regime identifizierte, hat die Anfänge der Politikwissenschaft im Nachkriegsdeutschland erlebt – er war nach seinen eigenen Angaben der erste Hauptfach-Politologe seiner Generation – und wurde später in Berlin zu einem der führenden, mit Rudi Dutschke befreundeten Aktivisten der Studentenbewegung und zu einem Mitbegründer der Friedensforschung. Man kann den von ihm herausgegebenen Sammelband *Friedensforschung* in der berühmten „Gelben Reihe“

¹ Für Anregungen und Kritik bin ich den Herausgeber/innen der Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, in der eine Kurzfassung dieses Papiers erschienen ist, und darüber hinaus Martin Altmeyer, Egbert Jahn, Heinz Kluss, Dieter und Eva Senghaas, Reiner Steinweg und meiner Frau Irene Krell zu Dank verpflichtet.

² Es gibt noch andere Affinitäten. Zwar habe ich mit dem Theater so gut wie nichts zu tun, aber ich bin wie Krippendorff ein begeisterter praktizierender Hobby-Musiker. Sein Schwärmen über die Rolle der Bratsche im Streichquartett zwischen den Geigen und dem Cello kann ich aus eigener Erfahrung sehr gut nachvollziehen. Auch in seinem Kapitel über Religion finde ich viel von meiner eigenen Haltung gespiegelt, obwohl ich nicht aus „meiner“ Kirche ausgetreten bin.

bei Kiepenheuer und Witsch von 1968 als eine Art Gründungsdokument bezeichnen, aber dass er *der* Gründer des für Deutschland neuen Fachgebiets gewesen sei (Krippendorff 2012: 54), scheint mir etwas übertrieben. Nach meiner Kenntnis ist die deutsche Friedens- und Konfliktforschung aus mehreren Quellen hervorgegangen. Ich bezweifle jedoch nicht, dass er neben Ernst-Otto Czempiel und Dieter Senghaas, bei denen ich friedensforscherisch gleichsam aufgewachsen bin, zu den drei großen Vätern oder Großvätern der Disziplin gehört.

Nicht nur über die Geschichte der Bundesrepublik bzw. die Nachkriegsgeschichte Deutschlands (auch die Frühgeschichte der SBZ bzw. späteren DDR) kann man hier aus erster Hand viel erfahren; auch über die Entwicklung der deutschen Hochschulen von der alten Ordinarienuniversität in den fünfziger und sechziger Jahren bis zur reglementierten Massen-Universität heute, dem Ende einer fächerübergreifenden, nicht berufsorientierten, sondern allgemeinbildenden *universitas*, für die Krippendorff immer geworben und gekämpft hat. Und über die Auseinandersetzung mit der deutschen, in seinem Fall auch der eigenen, wenn auch noch kindlichen Vergangenheit, das treibende Motiv seines Wirkens. Dazu gehört die Wiederannäherung an das ausgegrenzte, verfemte und in Europa zu großen Teilen ermordete Judentum; in seinem Fall nicht nur über Selbstprüfung, Lektüre, kulturelle bzw. politische Aktivitäten oder neue Freundschaften, sondern bis in die eigene Familiengründung.

Krippendorff hat einige Jahre in den USA und fast ein Jahrzehnt in Italien studiert und gelehrt und über beide Länder Bücher und Aufsätze geschrieben. Rückblickend (Krippendorff 2012: 313-315) sieht er in den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Bologna, deren Zeitzeuge er im März 1977 wurde, den Keim für seinen späteren unbedingten Pazifismus, die Ablehnung jeder Art von Gewalt, obwohl er als marxistisch orientierter Linker lange Zeit revolutionären Perspektiven in der Dritten Welt einiges abgewinnen konnte.³ Zu den USA hat er seit dem Vietnam-Krieg – seine Habilitationsschrift *Die amerikanische Strategie* (Krippendorff 1970) wurde in einem für die damalige Zeit nicht ungewöhnlichen bornierten politischen Intrigenspiel von der Freien Universität in Berlin abgelehnt, später in Tübingen angenommen – ein äußerst kritisches, aber zu keiner Zeit anti-amerikanisches Verhältnis gewonnen. Heute hält er die amerikanische Gesellschaft für „politisch krank ohne Anzeichen einer Genesung“; aber er spricht auch von der Hoffnung auf die Rückkehr jenes „historischen Amerika“ zu sich

³ Wenn Krippendorff im Zusammenhang mit dem Pazifismus-Streit in der Friedensforschung 1993 in einem Interview beklagte, dass sich nun auch Befürworter „militärischer Lösungen“ in ihren Reihen befänden, was früher „undenkbar“ gewesen sei, so war das nicht ganz korrekt; es sei denn, man begreift antiimperialistische Gewalt oder Befreiungskriege als unmilitärisch (siehe z.B. das letzte Kapitel „Imperialismus, Unterentwicklung und revolutionäres Potential“ in Krippendorff 1987: 260-275). In der Frühphase der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) gab es sogar eine Resolution zum Vietnam-Krieg, die sich auf die Seite der Rebellen und damit auch der nordvietnamesischen Armee stellte.

selbst, wie es nicht nur er sondern mehrere deutsche und europäische Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg kritisch aber inspiriert erlebt hätten (Krippendorff 2012: 258).

Zu Krippendorffs faszinierenden Seiten gehören seine bildungsbürgerlichen Kompetenzen. Von den Kolleg/-innen, die ich persönlich oder aus Schriften etwas näher kenne, ist er möglicherweise der belesenste überhaupt. In der politischen Theorie, angefangen bei der antiken Klassik, ist er ebenso zu Hause wie in der Philosophie und in der Literatur, und zwar in verschiedenen Kulturen. Außerdem ist er ein hervorragender Kenner des Theaters (und ein bekannter Theaterkritiker) und der Musik. Zwar findet man immer wieder Doppel- oder Mehrfachbegabungen in der Friedens- und Konfliktforschung; so schreibt z.B. Dieter Senghaas Papiere, sogar Bücher über Musik und Frieden (zuletzt Senghaas 2013), Reiner Steinweg ist „nebenbei“ ein anerkannter Brecht-Spezialist. Aber die Intensität, mit der Krippendorff die Verbindungen zwischen Politik und Kunst beobachtet, erforscht und kommentiert, erscheint mir als außergewöhnlich.⁴

Als imponierend oder gar berührend habe ich Krippendorffs selbstkritische Ausführungen empfunden. Die Abkehr von einer möglichen Befürwortung revolutionärer Gewalt, die in eine Kritik an der Gewaltverherrlichung oder doch zumindest -beschönigung in der marxistischen Theoretiktradition überhaupt mündet, habe ich schon erwähnt. Hinzu kommt die scharfe Kritik an der chronischen gedanklich-opportunistischen Verharmlosung der Verhältnisse in der DDR bzw. im real existierenden Sozialismus insgesamt. Er selbst hatte die „strukturelle Verlogenheit und Heuchelei“ des Staatsselbstverständnisses der DDR, die er 1955/56 aus erster Anschauung noch persönlich kennengelernt und sogar schriftlich festgehalten hatte, vergessen oder verdrängt und die Stimmen der DDR-Dissidenten der 70er und 80er Jahre nicht recht ernst genommen, weil sie in der Bundesrepublik von „Kalten Kriegern“ und Konservativen verbreitet worden waren. Die politisch-intellektuelle Linke, auch die aus der Emigration in die DDR zurückgekehrten Intellektuellen, Schriftsteller/innen, Musiker/innen, Theaterleute und Wissenschaftler/innen hätten die DDR zu ihren Lebzeiten viel zu schonend behandelt und „die Missachtung der Rechtsstaatlichkeit, die Verhinderung einer diskursiven Öffentlichkeit, die Zensur, die politisch gesteuerte Zulassung zur höheren Bildung, aber auch die Umwelt-

⁴ Udo Bernbach ist ein anerkannter Wagner-Spezialist und allein schon nach der Zahl seiner Wagner-Bücher gleichsam „unschlagbar“. Aber er liegt auch von seiner Herkunft (der Politischen Theorie und Ideengeschichte) her näher bei seinem Kunst und Politik-Thema.

zerstörung“ viel zu sehr entschuldigt. Die reale Chance eines (sozialistischen) Neubeginns habe die DDR 1949 vertan (Krippendorff 2012: 356-361, die Zitate 356 und 359).⁵

Als sehr offen empfinde ich auch die Passagen über die Prägungen durch die NS-Zeit. Obwohl Krippendorff das allzu Persönliche bewusst aus seiner Autobiographie heraushält (das in keiner Weise untypische Verhältnis seiner Ursprungsfamilie zum Regime zwischen Anpassung, Befürwortung, Mitläufertum und NS-konformen Aktivitäten kommt sehr wohl zur Sprache), geht er sensibel, aber ehrlich mit den Nachwirkungen im eigenen seelischen Untergrund um. Das betrifft einmal den zunächst fortwirkenden latenten Antisemitismus und die frühe, durch die Begegnung mit seiner späteren Frau und ihrer Familie aber schnell überwundene Befangenheit schon gegenüber dem Wort *Jude*.⁶ Es betrifft aber vor allem sein Verhältnis zu Krieg und Zerstörung, in dem Spuren der bellizistischen Perversionen des Nationalsozialismus noch greifbar sind, wie die folgenden Zitate dokumentieren (Krippendorff 2012: 34, 40, 210, 216, 217):

„Aber spannend waren diese Wochenschauen in jedem Fall – auch kamen vor allem in den letzten Kriegsjahren immer wieder Bilder mit Hitlerjungen vor, die sich an der Front bewährt hatten: das sollten und wollten wir natürlich auch bald dürfen. [...] Ich empfinde noch immer eine mir sonst schwer erklärliche dunkle Faszination von Kriegs- und Dokumentarfilmen aus dem Zweiten Weltkrieg, die zwar objektiv den Schrecken und das Grauen des Zerstörens und des Tötens zeigen, die bei mir aber subjektiv keine Schockwirkungen auslösen, sondern eine Art Bestätigung oder Wiederholung von Kindheitswahrnehmungen darstellen, zu denen die Psyche sozusagen masochistisch zurückkehrt.“

[Anlässlich der Zerstörung seiner Heimatstadt Halberstadt, die er von einem Hügel eines Dorfes aus beobachtete:] „Wir hörten und sahen die Flugformationen hoch über uns, hörten das weit entfernte Donnern der einschlagenden Bomben und sahen eine riesige Rauchwolke aufsteigen. Alexander Kluge, selbst Halberstädter (sein Vater war unser Kinderarzt

⁵ Wie er früher selbst die unzulänglichen Verhältnisse in einer Reihe sozialistischer Länder mit dem Außendruck entschuldigte, kann man z.B. in Krippendorff 1987: 271 nachlesen. Dort ist mit Bezug auf die Sowjetunion, China, Kuba, Vietnam und Nicaragua die Rede von „all den Verzerrungen und Verfälschungen des sozialistischemanzipatorischen Anspruches, die aus der Notwendigkeit der defensiven Selbstbehauptung in einer feindlichen kapitalistischen Umwelt resultieren.“

⁶ Ich kann das sehr gut nachvollziehen, denn die Gnade der späteren Geburt, in meinem Fall 1945, war immer relativ: Die NS-Zeit war, jedenfalls auch in meiner Generation, nie nur eine von außen kommende politische und moralische Herausforderung, sie wirkte auch im Innern fort. Wer dazu etwas Persönliches über mich nachlesen möchte, kann in den Blog „shadowsoftheholocaust.com“ schauen, dort in die Kapitel „Introduction to Nazism“ und „Overcoming the Past“.

gewesen), hat später diese Tragödie detailliert und minutiös rekonstruiert. Wir konnten aus der Entfernung nur hilflos – ich aber irgendwie fasziniert – dem Furchtbaren zuschauen.“

„Über Politik, spezifisch die nationalsozialistische, wurde zu Hause nie geredet: Wohl über den Verlauf der Fronten, der mit Fähnchen auf einer Europakarte verfolgt wurde, und den Krieg generell, von dem fast nichts im täglichen Leben unberührt blieb – er war, wie anderswo ausführlicher berichtet („Krieg“), der *basso continuo* meiner Kindheitsjahre.“

„Die einfache psychologische Wahrheit, dass verdrängte, nicht verarbeitete Traumata früher oder später aus der Dunkelheit des Unterbewussten wieder an die Oberfläche der fragenden Vernunft dringen werden, diese Erfahrung, die das deutsche gesellschaftliche Kollektivbewusstsein spätestens seit den Sechzigerjahren mit der Geschichte der „zwölf Jahre“ machen sollte [...], machte auch ich. Und, wie sich erst zehn Jahre später herausstellen sollte: Die sechs Jahre, in denen ich mir selbst und meiner Gesellschaft als Kriegs- und Nazikind langsam bewusst wurde, hatten traumatische Qualität und sind in den vielfältigsten Gestalten und Mikro-Erfahrungen bis heute ständig präsent.“

[Als Ekkehart Krippendorff in Wien am „dunklen Kapitel“ über den Nazismus schreibt, stößt er zufällig auf einen Aufsatz von Elias Canetti über *Hitler, nach Speer* von 1971. Dazu heißt es weiter:] „Da war es also wieder, das Trauma der kindlichen Faszination, das sich ständig ungerufen zu Wort meldende, unerlöste und anscheinend unerlösbare Thema.“

Kritisch zu Krippendorffs Autobiographie möchte ich vier kleinere bis größere Irritationen und eine Enttäuschung anmerken. Ungläubiges Staunen hat bei mir die Anekdote über „jenen kleinen Erweckungsmoment“ ausgelöst, mit der der Autor seine Hinwendung von einer frühen eher affirmativen Attitüde zu Nachkriegsdeutschland und „dem Westen“ zu einer kritischen Haltung beginnen lässt. Als er einem Berliner Assistenten gegenüber eine allgemeine negative Bemerkung über das Ressentiment von Kritikern machte, wies ihn dieser mit dem Satz zurecht, alles Große komme aus dem Ressentiment; Nietzsche, das sei höchstes Ressentiment, das Nichteinverstandensein mit dem Zustand der Welt. Ressentiment sei der Anfang des Denkens (Krippendorff 2012: 140, dort auch das Zitat).

Das hätte Krippendorff m.E. aus der Rückschau nicht unkommentiert lassen dürfen. Gerade nach der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus, dem gelebten tödlichen Ressentiment par excellence, kann man den Begriff (laut Duden „gefühlsmäßige Abneigung“, laut ZEIT-Lexikon ausführlicher „das Nacherleben einer Kränkung und des damit verbundenen Grolls, oft

uneingestander Neid und Hass gegenüber einer Person oder Gruppe“) nicht mehr unbefangen für jedes Nichteinverstandensein mit der Welt oder gar für den Beginn des Denkens benutzen. Nicht zufällig hat Otto Dix, der auch von Krippendorff geschätzte Maler, in seinem großartigen Bild über die sieben Todsünden von 1933 nach dem Krieg der Figur des Neides das unverkennbare Hitler-Bärtchen verpasst. (Das vor 1945 schon zu tun wäre für Dix, den ohnehin schon Verfemten, lebensgefährlich gewesen.)

Als Herausforderung und Irritation zugleich habe ich Krippendorffs Auseinandersetzung mit Henryk Broder über ein Gedankenexperiment zum jüdischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Krippendorff 2012: 282-286) gelesen. Krippendorff hatte in einem taz-Artikel vom Januar 1991 Gandhis berühmte Stellungnahme aus dem Jahre 1938 zu der Frage, wie er sich als Jude in Deutschland verhalten würde, und dessen Plädoyer für gewaltfreien Widerstand (Gandhi war auch gegen einen Krieg der Alliierten gegen Deutschland) gegen einen Kritiker verteidigt, den Faden weitergesponnen und überlegt, ob nicht eine konsequente Kooperationsverweigerung der deutschen Juden gegenüber den Auflagen und Anforderungen des Regimes dem Repressionsapparat auf Dauer die Legitimation entzogen hätte und der Funke eines solchen Widerstands vielleicht auch auf die nicht-jüdische Mehrheitsbevölkerung übersprungen wäre.⁷ In seiner unnachahmlichen polemischen Art hat sich Broder offenbar mehrfach auf diesen Artikel und einen Aufsatz von Krippendorff zu den USA und Israel gestützt, auf den ich später zu sprechen kommen werde, seinen Autor lächerlich zu machen versucht und ihm Antisemitismus vorgeworfen.⁸

Ich bin kein Broder-Fan, obwohl er auch sehr gute Sachen geschrieben hat,⁹ aber ich finde Krippendorffs Gedankenexperiment schon deshalb heikel, weil es in bittere innerjüdische Diskussionen hineinreicht. Krippendorff bezieht sich auch auf Hannah Arendts Kritik an den „Judenräten“ und verweist auf die Erfolge der Demonstrationen „arischer“ Frauen zugunsten ihrer inhaftierten jüdischen Ehemänner in der Berliner Rosenstraße. Einer Rezension über neuere Forschungen zu der immer schon hoch kontroversen Debatte über die Rolle der „Judenräte“ entnehme ich, dass Arendts These, ohne deren Kooperation mit dem NS-Regime hätten Abertausende von Juden mehr überlebt, freilich sehr fragwürdig ist.

Der Handlungsspielraum der von den Nazis perfide in eine Grauzone der Opfer- und Mittäterschaft gebrachten „Judenräte“ war äußerst gering. Am einen Ende des Spektrums der

⁷ Ausführlicher und in größerem Zusammenhang auch im Gandhi-Kapitel in Krippendorff 1999: 164-168.

⁸ Krippendorff (2012: 258) ist in seiner Antwort auch nicht gerade zimperlich.

⁹ Zum Nahost-Konflikt würde ich immer noch sein Buch *Die Irren von Zion* (1998) empfehlen, in dem er für beide Seiten die verhängnisvollen, teilweise tragischen wechselseitigen Bindungen an den Konflikt thematisiert.

Verhaltensweisen hat es durchaus Kollaboration gegeben, am anderen aber geheimen Widerstand und Rettungsaktionen unter größter Lebensgefahr; dazwischen Anpassung mit und ohne Hoffnung zwischen erzwungenem Opportunismus und Selbstmord (Browning 2012). Es gilt auch zu berücksichtigen, dass die Alternative zur Kooperation/Kollaboration der „Judenräte“ nur in seltenen Fällen die Rettung oder wenigstens die Perspektive einer Rettung gewesen wäre, sondern die noch brutalere Durchsetzung der Forderungen durch die Nazis (oder ihre wirklichen Bündnispartner) selbst. Auch Gernot Jochheims Dissertation über „Die Rosenstraße“ bringt keinen zuverlässigen Hinweis auf eine größere Tragfähigkeit der krippendorffschen Überlegungen (Jochheim 1993).¹⁰ Der Widerstand gegen die Diskriminierung und Verfolgung der Juden hätte von der nichtjüdischen Mehrheit kommen müssen (was Krippendorff teilweise einräumt), z.B. von den Kirchen, und insofern war schon die Frage an Gandhi falsch gestellt.

Dabei sind zwei weitere Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Der deutsche Nationalsozialismus war ein Radikalfaschismus, viel brutaler als etwa der italienische Faschismus, wie Krippendorff selbst betont und mit Daten untermauert (Krippendorff 2012: 228-229). Offener Widerspruch, gar Widerstand gegen die Entrechtung der Juden, und den hat es durchaus gegeben, war schon früh lebensgefährlich und wurde in aller Regel hart bestraft. Auf der anderen Seite haben große Teile der Mehrheitsgesellschaft diese Entrechtung nicht nur hingenommen, sondern ihr zugestimmt oder sich sogar aktiv daran beteiligt bzw. sich daran bereichert. Es hätten also gerade diejenigen in eine riskante gewaltfreie Verweigerungshaltung gegenüber dem Regime gehen müssen, die es aus Überzeugung oder Opportunismus mit getragen haben. Man darf nicht vergessen: die NS-Diktatur war bis weit in den Krieg eine Zustimmungsdiktatur, wie Norbert Frei zum 80. Jahrestag der Machtergreifung in Erinnerung gerufen hat (Süddeutsche Zeitung, 30. Januar 2013: 12):

„Wenn die Volksgemeinschaft über weite Strecken klag- und fraglos funktionierte, dann auch wegen des verbreiteten Wissens über die repressiven Möglichkeiten des Regimes und wegen deren zu Teilen hoher Akzeptanz, ja Popularität. [...] Ins Bild der Volksgemeinschaft eingeschrieben war bekanntlich immer auch das Gegenbild der vielen, die nicht dazu gehören durften oder wollten. [...] In diesem Sinne bedeutete Volksgemeinschaft zugleich und *per definitionem* auch Ausgrenzungsgemeinschaft.“

¹⁰ Den Hinweis verdanke ich Egbert Jahn.

Geradezu entsetzt hat mich ein Passus in einem Gedicht seines Freundes Wolf-Dieter Narr zu Krippendorffs Verabschiedung vom Otto-Suhr-Institut, in dem es u.a. heißt, „der Kritiker EK“ sei unbarmherzig nicht gegenüber Personen, sondern gegenüber der Herrschaft der Sachzusammenhänge, denen sich „*die Eichmanns aller Zeiten* Überall in der Mitten, Mitten in der Universität In williger Ohnmacht und ohnmächtigem Willen Unterwerfen“ (Krippendorff 2012: meine Betonung). Dass Narr hier Arendts mögliche Fehldeutung von Eichmann als unselbständigem Apparatschik übernimmt, der sich unabhängig von Inhalten jeder fordernden Autorität ohne eigenes Denken gnadenlos unterworfen hätte (Arendt 2006: 287-288), ist dabei weniger das Problem, denn das tun viele.¹¹ Aber er setzt die heutige Universitätsbürokratie mit *dem* Symbol für die „Banalität des Bösen“ gleich. Anstatt diese eine Stelle wenigstens mit einem Kommentar zu versehen, preist Krippendorff das Gedicht ohne jede Einschränkung überschwänglich als „horazisch gestimmte Hymne“ (Krippendorff 2013: 188).¹²

Gemischte Gefühle hat bei mir Krippendorffs Bericht über sein „Dachau-Gelübde“ ausgelöst. Als er 1978 am Ende von neun Jahren Italien nach Deutschland zurückkehrte, um in den Staatsdienst zu treten und in Berlin beamteter Professor zu werden, wollte er vorab sicherstellen, dass er nicht auch, wie – so Krippendorff – die meisten seiner Kommiliton/-innen und Kolleg/innen als Lehrstuhlinhaber, der „Logik der Verführung durch das Amt“ erliegen würde. Als Zeichen der Selbstverpflichtung machte er auf dem Weg von Rom zu seiner Professur in Berlin Station im ehemaligen KZ Dachau, wo er gelobte, sich in Deutschland nicht vereinnahmen zu lassen, seine kritische Haltung nicht aufzugeben und nicht zu vergessen, dass „das Bewusstsein von der nicht abtragbaren Schuld des Nazismus das historisch-moralische Leitmotiv“ seiner Arbeit bleiben müsse (Krippendorff 2012: 231, alle Zitate dort). Das ist auf den ersten Blick beeindruckend. Was könnte es Glaubwürdigeres und moralisch Unangreifbareres geben als das: sich für seinen beruflichen Weg als aufrechter und nicht zu verbiegender Intellektueller und Lehrer den von den Nazis Ermordeten zu verpflichten!

¹¹ Eichmann war aber, wie schon die israelische Staatsanwaltschaft aufgrund intensiver Recherchen vermutete, wie später bekannt gewordene Quellen untermauerten und wie eine neuere Biographie bestätigt, ein geradezu raser Antisemit und Vernichtungsperson, der für seinen mörderischen Hass auch über die Anordnungen seiner Vorgesetzten hinausging und dringende Anfragen von Nazi-Größen, einen bestimmten Juden im Interesse des Dritten Reiches zu verschonen, regelmäßig „aus prinzipiellen Gründen“ abgelehnt hat. Eichmanns Selbstdarstellung im Prozess als gehorsamer „neutraler“ Bürokrat war eine eingeübte Selbstinszenierung (vgl. Assauer [2013], Piorkowski [2013] und den Beitrag von Stangneth [2013] in einem Buch zum Arendt-Film von Margarethe von Trotta.) Es gilt auch zu berücksichtigen, dass die Quellenlage zurzeit ihrer Prozessbeobachtung noch sehr unzulänglich war und für Arendts Einschätzung Eichmanns der Hintergrund ihrer Totalitarismus-Studien eine große Rolle spielte. Außerdem fürchtete sie eine politische Instrumentalisierung des Prozesses; auch deshalb wollte sie Eichmann nicht als Monster zeichnen.

¹² Dass sich Wolf-Dieter Narr schon mal im Ton vergreift, habe ich am eigenen Leib erfahren. So hat er im Pazifismus-Streit in der Friedensforschung mich selbst und Kollegen aus der HSFK und anderen Instituten einmal als „Rauchfleischtypen – 80 % Friedensfleisch und 20 % Kriegsspeck“ bezeichnet (Krell 1998: 42).

Auf den zweiten Blick finde ich das Gelübde jedoch nicht ganz unproblematisch. Denn Krippendorff spricht (fast) allen anderen Staatsdienern den kritischen Geist ab, beansprucht für sich aber die Unabhängigkeit der eigenen Staatstätigkeit, indem er sich scheinbar mit den Opfern verbündet. Woher weiß er, ob die anderen, die (vermutlich) keine solchen Gelübde abgelegt haben, ihr Denken und Handeln nicht auf ähnliche Fundamente stellen, selbst wenn sie daraus andere Schlussfolgerungen in verschiedenen Politikfeldern und für ihr Verhältnis zur Politik ziehen als er selbst?¹³ In einem generellen Sinne gilt doch für jede(n) in einem nicht bloß ideologisch-phrasenhaften, sondern wirklich ernst zu nehmenden Sinne „anständige(n)“ Deutsche(n) – für die politisch, pädagogisch oder als Intellektuelle tätigen allemal – das Vermächtnis, alles zu unterstützen, was zur Aufklärung, Aufdeckung und Bestrafung der NS-Verbrechen beiträgt; zu trauern und „wiedergutzumachen“ (ein Euphemismus), soweit das überhaupt denkbar und möglich ist, und darüber hinaus nach Möglichkeit seinen/ihren Teil dazu beizutragen, dass sich auch nur ansatzweise ähnliche Verbrechen nicht wiederholen. Gewiss ist diese *raison d’être* Nachkriegsdeutschlands nur höchst unzulänglich umgesetzt worden; aber man kann doch immerhin konzedieren, dass die „Aufarbeitung der Vergangenheit“ weiter geht und kein „Schlussstrich“ gezogen wird.

Umgekehrt lassen sich so konkrete politische Positionen wie die, eine „andere als die kapitalistische Konkurrenz-, Kriegs- und Mordgesellschaft auf den Weg zu bringen“, keineswegs mit dem Holocaust begründen, wie das Krippendorff gleichzeitig tut (Krippendorff 2012: 268). Hier wäre darauf hinzuweisen, dass sich auf der Basis von Max Horkheimers falscher These, die faschistische Herrschaft sei die letzte Konsequenz des Kapitalismus, Teile meiner Generation zumindest zeitweise in die Irre haben führen lassen, indem sie ihren Antifaschismus antikapitalistisch aufgeladen haben. Dabei haben sie übersehen, dass die nationalsozialistische Massenpropaganda selbst antikapitalistische Züge trug. Sie richtete sich gegen die „Geldjuden“ und den von ihnen angeblich beherrschten Weltkapitalismus, und im Namen der „arischen Volksgemeinschaft“ nicht nur gegen den „jüdischen Bolschewismus“, sondern auch gegen die Markt- und Konkurrenzgesellschaft.¹⁴

Auch für den unbedingten Pazifismus, den Krippendorff vertritt, kann man die Ermordeten nicht umstandslos als Zeugen in Anspruch nehmen. Jedenfalls können wir sie zu ihren politi-

¹³ Ein guter Bekannter von mir wurde 1945 als 10-Jähriger zufällig Zeuge eines „Todesmarsches“ aus dem KZ Mauthausen, einschließlich schwerer Misshandlungen der SS-Mannschaften an Häftlingen bis zum Mord. Dieses Erlebnis, das ihn bis heute umtreibt, ist einer der Gründe, warum er Soldat geworden ist und warum er (differenziert) für humanitäre Interventionen plädiert.

¹⁴ An diese Zusammenhänge hat mich Martin Altmeyer erinnert, der in seiner (Selbst-)Kritik an unserer gemeinsamen 68er Generation noch entschiedener argumentiert als Krippendorff (Altmeyer 2007 und 2007a).

schen Präferenzen nicht mehr befragen, nur begründet vermuten, dass sie sehr unterschiedliche Ansichten zu all den Themen hatten bzw. hätten, die ihn und ja vielleicht auch seine „angepassten“ Kollegen und Kolleginnen bewegen. Die Überlebenden der von Deutschland verfolgten bzw. angegriffenen Völker und Gruppen jedoch können wir sehr wohl noch hören. Dabei stellen wir fest, dass die Erfahrungen der Opfer Nazi-Deutschlands vielfach zu anderen Konsequenzen geführt haben, als sie hierzulande aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen werden: z.B. statt „nie wieder Krieg“ etwa „nie wieder wehrlos“.¹⁵ Große Teile der Völker, die unter Hitler-Deutschland zu leiden hatten, würden Krippendorffs Einschätzung, das Verhältnis von Sicherheitsbedürfnis und Armee werde den Menschen doch nur eingeredet (Krippendorff 1993: 210), sehr wahrscheinlich widersprechen. War es ein Zufall, dass es gerade unter Holocaust-Überlebenden viel Zustimmung zu den humanitären Interventionen in Bosnien oder im Kosovo gegeben hat?

So hat sich bekanntlich Madeleine Albright als US-Außenministerin 1997-2001 entschieden für das Recht eingesetzt, in internationalen Konflikten gegebenenfalls zum Schutz der Zivilbevölkerung auch militärisch einzugreifen. Dabei spielt ihr biographischer Hintergrund eine wichtige Rolle: zweimal aus der Tschechoslowakei geflohen, einmal 1939 vor den Nazis, das zweite Mal nach dem Putsch der Kommunisten 1948; von ihren jüdischen Wurzeln und der Ermordung mehrerer Verwandter durch die Nazis erfuhr sie erst, als sie schon 59 Jahre alt war. In einem Spiegel-Interview sagte sie im März 2013 (Der Spiegel 11/2013: 135):

„Kaum ein Charakterzug ist wertvoller als Trauer und Wut über das Leiden. Die Bilder, die uns aus Bosnien und aus dem Kosovo erreichten, waren schrecklich: die ausgemergelten Gefangenen hinter Stacheldraht in den Lagern, die Massaker, die Vertreibungen, die ethnischen Säuberungen – das alles erinnerte an Nazi-Gräueltaten. Als Kind des Zweiten Weltkriegs war ich überzeugt, dass wir etwas unternehmen mussten. Es gab keine Entschuldigung fürs Wegschauen.“

In diesem Zusammenhang steht auch meine einzige große Enttäuschung über Krippendorffs Autobiographie; sie bezieht sich auf seine Ausführungen zum Pazifismus-Streit in der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) in den 90er Jahren. Ich war da-

¹⁵ Zu den weniger bekannten Fällen dürfte Norwegen gehören, das im frühen 20. Jhd. stark pazifistisch und antimilitaristisch eingestellt war, wo sich aber auch die Linke nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges (und wegen Befürchtungen über Druck aus dem Nachbarstaat UdSSR) weit überwiegend für eine militärisch gestützte Sicherheitspolitik und die NATO-Mitgliedschaft entschieden hat. Überhaupt wird oft vergessen, dass entscheidende Initiativen zum westeuropäischen und dann nordatlantischen Bündnis von kleinen Ländern kamen, die gerade die Erfahrung gemacht hatten, dass Neutralität keinen Schutz gegen Aggression bietet.

von ausgegangen, dass die Verständigungs-Versuche, an denen er sich beteiligt hatte, zu einer Annäherung oder wenigstens zu einer Art Waffenstillstand geführt hätten.¹⁶ Davon ist in den *Lebensfäden* leider nichts geblieben. Stattdessen erhebt er erneut die alten Verrats- und Korruptionsvorwürfe gegen die „relativen“ Pazifisten, also diejenigen, die nicht so radikal staats- und militärkritisch eingestellt sind wie er selbst (Krippendorff 20120: 63-65). Mitgenommen haben mich die *Lebensfäden* also auch in einem stärker inhaltlichen Sinne; denn Krippendorff ist nicht nur ein radikaler Kritiker vergangener und gegenwärtiger politischer Zustände, sondern zugleich ein entschiedener Kritiker seiner beiden Hauptfächer, der Friedens- und Konfliktforschung und der Internationalen Beziehungen, und damit der großen Mehrheit seiner Kolleginnen und Kollegen, die diese Fächer repräsentieren.

So habe ich seinen Lebensbericht und seine erneuerte Kritik zum Anlass genommen, mir einen breiteren Überblick über sein Werk zu verschaffen und mich systematischer damit auseinanderzusetzen, als ich das in einem kleinen Beitrag schon einmal tun konnte (Krell 1999). Ich konzentriere mich hier zunächst auf den Kern seiner Arbeiten zur Friedensforschung, insbesondere das Verhältnis zwischen Staat, Krieg und Militär (Krippendorff 1985, 1993, 2000). Krippendorffs Positionierungen spiegeln sich in seiner Auseinandersetzung mit den von ihm so genannten „Bellizisten“, was ich in einem eigenen Kapitel über den Pazifismus-Streit in der Friedensforschung aufgreife. Im Anschluss daran gehe ich auf seine Rezeption des Feminismus ein, die in engem Bezug zum Kernthema steht. Im letzten thematischen Kapitel diskutiere ich Krippendorffs Verhältnis zu seinen beiden Hauptdisziplinen. So zeige ich an seiner Deutung von Thukydides' *Geschichte des Peloponnesischen Krieges*, dass seine Hyperkritik an den Internationalen Beziehungen (IB) mit einer (verbreiteten) Fehlinterpretation beginnt.

Bevor ich zu den kontroversen Themen komme, möchte ich jedoch zunächst einen kursorischen Überblick über Krippendorffs Oeuvre geben. Bei beidem, der Übersicht und der darauf folgenden systematisch-thematischen Auseinandersetzung, kommt der Entwicklungsprozess in Krippendorffs Denken wahrscheinlich zu kurz. Nach meinem Eindruck sind es, immer vor dem Hintergrund der deutschen Erblast des Nationalsozialismus und des Holocaust, drei politisch-theoretische bzw. philosophische Traditionen, die Krippendorff besonders geprägt haben: der Marxismus, der Anarchismus und die politische Ethik. Diese drei Einflüsse lassen sich nicht einfach bestimmten Zeiten oder Lebensdaten zuordnen und deshalb auch nicht klar voneinander trennen. Aber Krippendorffs frühe Schriften (ich übersehe dabei die ganz frühen

¹⁶ Vgl. dazu Grundmann/Hummel 1998, dort vor allem den Beitrag von Wasmuht (1998) über die unterschiedlichen Positionen und meinen eigenen Kommentar (Krell 1998) zu den internen Auseinandersetzungen und dem Versuch der Verständigung.

Arbeiten, die zum Teil noch die konventionelle US-amerikanische Politikwissenschaft repräsentieren) orientieren sich stark am Marxismus und der marxistischen politischen Ökonomie. In einer zweiten Phase, die mit *Staat und Krieg* beginnt, steht die radikaldemokratische Staats- und Herrschaftskritik mit Anleihen beim Anarchismus bzw. der pazifistischen und der anarchistischen Militärkritik im Zentrum. In einer dritten Phase tritt die politische Ethik, insbesondere im Anschluss an Immanuel Kant und Johann Wolfgang Goethe, immer mehr in den Vordergrund. Dafür steht u.a. seine jüngste mir bekannte Veröffentlichung vom Winter 2012/2013, ein Papier über Goethes Autobiographie *Dichtung und Wahrheit*, die Krippendorff in einer Art ausführlicher wissenschaftlicher Rezension enthusiastisch als „Bildungsbuch politischer Werthaltung“ vorstellt und analysiert (Krippendorff 2012a).¹⁷

2. Ein faszinierendes Lebenswerk

Krippendorff ist ein außergewöhnlich produktiver Mensch. Die einer Art Festschrift zu seiner Emeritierung angehängte Bibliographie von 1999 umfasste damals schon 18 Monographien, 15 Editionen und jeweils um die 80 Beiträge zu Sammelbänden bzw. in Zeitschriften (Grevén/Jarasch 1999: 427-441). Da sind die unzähligen politischen Zeitungsartikel oder seine Theaterkritiken noch gar nicht dabei. Selbst wenn man die üblichen Überschneidungen bzw. Mehrfachverwendungen und die erheblichen Unterschiede in der Länge der verschiedenen Beiträge in Rechnung stellt, ist das eine enorme Leistung, und die Produktion geht ja weiter. Allein bei den Monographien ist neben den *Lebensfäden* noch *Die Kultur des Politischen: Wege aus den Diskursen der Macht* (Krippendorff 2009) hinzugekommen. Ebenso beeindruckend ist die schon erwähnte Breite dieser Publikationen. Die Quasi-Festschrift besteht aus drei großen Abschnitten, die mit „Universität und Gesellschaft“, „Kritische Friedensforschung“ und „Kunst und Politik“ überschrieben sind.

Aufgrund meiner eigenen Lektüre – ich habe fast alle Monographien gelesen und einige Sammelbände zumindest durchgesehen – würde ich als erste Kategorie „Grundlagen der Politikwissenschaft und der Friedens- und Konfliktforschung“ nennen. Dazu gehört der schon erwähnte Sammelband *Friedensforschung* von 1968, der moderne klassische Texte zu „Krieg als Konfliktfall“, „Aggressivität und Krieg“, „Die Rüstungsgesellschaft und ihre Interessen“, „Zur Lösung internationaler Konflikte“ und „Wege der Friedensforschung“ enthält. Viele die-

¹⁷ In diesem Papier gibt es nur einen einzigen und kurzen, wenn auch wie so oft in charakteristischer Weise überzogenen, Ausfall gegen „die „Arroganz unserer politischen Klassen“; das ist ungewöhnlich für Krippendorff und spricht vielleicht für eine gewisse Altersmilde.

ser Texte, die ein breites politikwissenschaftliches Spektrum abdecken und überwiegend von US-amerikanischen und deutschen Autoren geschrieben bzw. übernommen (und übersetzt) wurden, gehörten zur Pflichtlektüre meiner Generation der Friedens- und Konfliktforscher/-innen, und einige von ihnen kann man auch heute noch Studierenden empfehlen.

Für den 1972 ebenfalls in der „Gelben Reihe“ erschienenen Band *Internationale Beziehungen* könnte ich fast dasselbe sagen, allerdings ist hier der Akzent auf marxistisch geprägten Texten deutlicher; außerdem liegt der Anteil deutscher Autoren und Autorinnen (darunter Klassiker wie Rosa Luxemburg oder Eckart Kehr) höher. Vor allem enthält dieser Band einen modernen Klassiker von Krippendorff selbst, nämlich seinen Aufsatz *Ist Außenpolitik Außenpolitik?*, der auch an vielen anderen Stellen abgedruckt wurde. Krippendorff breitet in diesem Text Material der allgemeinen liberalen IB-Theorie aus (nicht der liberalen Friedenstheorie), ohne explizit im Sinne dieser Theorie zu argumentieren. Auch dieser Artikel ist heute noch nützlich.¹⁸

Zu den gewichtigen großen eigenen, in einem anderen Sinne Grundlegenden Beiträgen zählt Krippendorffs *Internationale Politik: Geschichte und Theorie*, eine umfangreiche Monographie von 1987, die zwei zunächst getrennte Texte integriert. Dieses Buch steht in der Tradition einer empirisch reichhaltigen, theoretisch reflektierten und vom Marxismus inspirierten Weltsystemtheorie. Als einen solchen Text kann man ihn auch heute noch goutieren; im Hauptseminar (wohl eher als im Proseminar) würde ich ihn freilich mit anderen Zugängen kombinieren, etwa Schwartz (2000) und Wendt (2007). Ähnliches gilt für Krippendorffs schon erwähnte Habilitationsschrift *Die amerikanische Strategie* (Krippendorff 1970), mit der er die Tradition der revisionistischen Geschichtsschreibung in den USA aufgreift, aktualisiert und zuspitzt.¹⁹ Seine Art scharfer USA-Kritik war im damals starken links-intellektuellen Spektrum unter den Studierenden und Assistenten in den Sozialwissenschaften nicht ungewöhnlich. Ich würde diesen Text trotz der zeitbedingten Akzente weiterhin zusätzlich zu moderateren Fundamentalanalysen der US-Außenpolitik empfehlen, etwa der Habilitationsschrift von Ernst-Otto Czempiel (1966) und dem aktuellen Buch von G. John Ikenberry (2011).

¹⁸ In diese Gruppe gehört auch noch ein Sammelband über amerikanische Beiträge zur Politikwissenschaft von 1966, den Krippendorff von seinem ersten USA-Aufenthalt gleichsam nach Deutschland mitgebracht hat, den ich aber nicht kenne und den er heute selbst nicht mehr schätzt.

¹⁹ Eine aktuelle, wenn auch populärwissenschaftliche, Darstellung in dieser Tradition wäre z.B. Stone/Kuznick (2013).

Mit großem Gewinn habe ich Krippendorffs Bücher über Kunst und Politik, die mir weitgehend unbekannt waren, gelesen. Seine beiden Monographien über Shakespeares Dramen und Komödien waren eine Offenbarung für mich, und ich habe immerhin Anglistik studiert. Seine Texte zu Shakespeare und Goethe (Krippendorff 1988, 1992, 1999a, 2008, 2012a), die von ihm hoch geschätzten, ja verehrten und als politisch äußerst relevant analysierten Dichter (wobei Goethe auch als aktiv tätiger Politiker sein großes Vorbild ist),²⁰ werden von Literaturwissenschaftlern sehr gelobt; in der Politikwissenschaft haben sie, das beklagt Krippendorff immer wieder, allerdings bislang kaum eine Rolle gespielt. Dafür mag es Gründe geben,²¹ aber seine Duographie über Goethe und Jefferson, ein wunderbares Buch, sollte zur selbstverständlichen Lektüre einer/s jeden Politikstudierenden gehören (Krippendorff 2001).

Zu einer Klasse für sich im doppelten Sinne zählen Krippendorffs *Die Kunst, sich nicht regieren zu lassen* sowie *Die Kultur des Politischen* (Krippendorff 1999, 2009). In beiden Bänden mischt der Autor die verschiedensten Themen: von der Entstehung der Politik durch das Theater über Platos politische Aktualität, den Peloponnesischen Krieg, *Small Is Beautiful*, Gandhi, Ästhetische Bildung bis zu „Links und Rechts“, den feministischen Blick, Konfuzius in Weimar; von der Geburt Europas aus dem Geiste der Mythologie, Freundschaft als politischer Kategorie, St. Petersburg und Leningrad: zwei politische Symbole über Schiller versus Bush, die Idee der Universität, „Unzufrieden: 40 Jahre Politikwissenschaft“ bis zur Aktualität Franz Grillparzers, der unerschöpflichen Faust-Parabel, Mozarts Frieden. Das ist nur eine Auswahl aus den insgesamt fast 40 hier versammelten Aufsätzen.

Nicht alle haben mich in gleicher Weise begeistert oder überzeugt, einige Kritikpunkte werde ich in die folgenden Kapitel meines Essays integrieren. Unbedingt erwähnen möchte ich freilich Krippendorffs Aufsatz *USA und Israel: Zwei Projekte der Aufklärung* (in *Die Kultur des Politischen*), der zuerst 2002 unter dem Titel *Die Vereinigten Staaten und Israel: Projektionsflächen für Hoffnung und Hass* in den Blättern für deutsche und internationale Politik erschienen war. Ich habe diesen gar nicht langen Artikel von Anfang an sehr geschätzt. Es handelt sich dabei um eine zusammenfassende und vergleichende kritische Würdigung dieser beiden so unterschiedlichen und doch in vielem sehr ähnlichen Länder. Mit diesen 10 Seiten versteht

²⁰ Mit Einschränkungen: Goethe hat ja als eine Art Ministerpräsident des Herzogtums (später Großherzogtums) Weimar eine politische Leitungsfunktion innegehabt, etwas was Krippendorff als Linker ausdrücklich ablehnt (siehe Krippendorff 1999: 292).

²¹ So enthält auch Krippendorffs *Goethe: Politik gegen den Zeitgeist* (1999a) eine Reihe von Fundamentalismen, z.B. über die Moderne als Irrweg, deren Fortschritte nur (verlogene) Nebenprodukte der Technik und des Marktes seien, über quantitative versus qualitative Methoden, über eigene Erfahrung versus „Buchwissen“ oder über den heutigen „Überwachungsstaat“.

man die starke Bindung der Vereinigten Staaten an Israel, die man mit der „jüdischen Lobby“ oder besser „Israel-Lobby“ in den USA nur hoffnungslos unzulänglich erklären kann. Krippendorff selbst hat diesen Beitrag einmal als einen seiner besten politischen Aufsätze bezeichnet. Ihn als antisemitisch zu lesen, so wie das Henryk Broder getan hat (Krippendorff 2012: 284-285), halte ich für abwegig.

Zu der zuletzt genannten Gruppe kann man auch noch Krippendorffs politische Interpretationen von 1990 mit Beiträgen über Shakespeare, Stendhal, Balzac, Wagner, Hasek, Kafka und Karl Kraus rechnen. Auf die Essays zu Stendhal und Kraus nehme ich später kurz Bezug. Zu einem anderen Aufsatz in diesem Band möchte ich freilich Dissens anmelden. Krippendorffs affirmative Rezeption von Richard Wagners politischem Denken, vor allem seiner Geld- und Staatsmachtkritik, die er in der Ring-Parabel verkörpert sieht,²² erscheint mir zwar als nicht unplausibel, aus mehreren Gründen aber doch als problematisch. (In einem jüngeren Aufsatz [Krippendorff 1999, Kap. 23] argumentiert er wenigstens etwas kritischer gegenüber Wagner, aber auch hier in meinen Augen bei weitem nicht kritisch genug.)²³ Zunächst würde ich der Kapitalismuskritik eines Menschen misstrauen, der nicht mit Geld umgehen konnte und ständig über seine Verhältnisse lebte, der alle möglichen Bekannten auf impertinente Weise ständig um Geld angegangen ist, keineswegs nur oder doch wohl nicht immer aus purer Not, und sich schließlich durch äußerst großzügige Spenden eines königlichen Gönners hat sanieren lassen. Außerdem könnte ich bei der Bewertung von Wagners „Politik“ nicht von seiner Grandiosität, seinen Gewalt- und Untergangspanthasien, seinem Totenkult und seinem polarisiert-hierarchischen Geschlechterbild absehen.²⁴

Schließlich gilt es zu bedenken, dass Wagners Kapitalismuskritik häufig antisemitisch konnotiert war. Zwar wird sein Antisemitismus bis heute – aus unterschiedlichen Gründen und nicht nur von deutschen Autoren – kontrovers diskutiert. Aber dass Richard Wagner ein besonderes drastisches und trauriges Beispiel für den projektiven Charakter des Antisemitismus und für dessen engen Zusammenhang mit Selbstzweifeln, Neid und Ressentiment bietet,

²² Im Prinzip ähnlich argumentiert ganz aktuell der Philosoph Manfred Frank, der Wagners Ring als Offenbarung eines „kühnen Antikapitalisten“ deutet (2013).

²³ Es gibt außer der Kritik an Staats- und Geldmacht noch andere biographische oder intellektuelle Affinitäten zwischen Krippendorff und Wagner, wie z.B. die Abwendung von revolutionärer Gewalt hin zur Programmatik der „Weltverbesserung“ durch Kunst, überhaupt die Distanz zur Politik und die Überhöhung der Kultur oder die (kulturellen) Netzwerke als Alternative zu macht- und herrschaftsgestützter Politik, schließlich die Moderne als Verfallsprojekt.

²⁴ Die klassische Studie zu Wagners politisch-künstlerischer Programmatik dürfte Bernbach (2004) sein. Zu Wagners polarisierenden Geschlechterkonstruktionen, die bis in musikalische Details hinein inszeniert werden, vgl. Rieger (2009).

wird kaum noch geleugnet. Besonders umstritten ist einmal die Reichweite seines politischen Antisemitismus und zum zweiten die Frage, ob und inwieweit er sich auch in seinen Opern finden lässt. Als Laie kann ich diese Fragen selbstverständlich nicht zuverlässig beantworten,²⁵ aber das was ich von Wagner selbst und in der Expertenliteratur gelesen habe, lässt m.E. nur den Schluss zu, dass dieser berühmte deutsche Komponist tatsächlich ein aggressiver Antisemit war, und zwar mit sich im Laufe seines Lebens verschärfender Tendenz. Dafür spricht nicht allein sein berüchtigter widerlicher Artikel über *Das Judentum in der Musik*, sondern sprechen zahlreiche andere grundlegende Schriften und in Briefen oder Tagebüchern dokumentierte Aussagen – wobei freilich einige Autoren eher Äußerungen zitieren, die auch fließende Übergänge zu Zwangs- oder sogar Gewaltmaßnahmen markieren, andere eher solche, die Ausgrenzungstendenzen relativieren oder sogar ganz zurücknehmen.

Die Rückzugslinie auch vieler moderat kritischer Fachleute, Wagners künstlerisches Werk sei rein geblieben und habe mit seinem Antisemitismus nichts zu tun, halte ich auf meinem jetzigen Kenntnisstand für fragwürdig. Offenbar finden sich in Wagners Opern durchaus antisemitische Anspielungen, vor allem in den *Meistersingern*, im *Ring* und in *Parsifal*: deutsches Volk bzw. germanische „Helden“ auf der einen und durch bekannte Vorurteils-Codes der Minderwertigkeit auf verschiedenen Ebenen als Juden erkennbare Personen auf der anderen Seite; kulturelle Inszenierungen, die teilweise sogar bis hinein in die Musik reichen – in Stimmlagen, Melodieführung, Intervalle, Rhythmus oder Instrumentierung. In einer extrem materialreichen Studie über die antisemitischen Fantasien Richard Wagners, für die er u.a. die Schriften des Komponisten, die Texte seiner Opern und die Musik selbst, außerdem Quellen und Sekundärliteratur über kulturelle Denkmuster der Zeit ausgewertet und miteinander in Beziehung gesetzt hat, kommt Marc A. Weiner jedenfalls zu dem Ergebnis, Wagners Musikdramen seien „wunderbar verführerische ästhetische Werke“, aber zugleich eben auch „mit Vorurteilen, Intoleranz und zügelloser Boshaftigkeit“ jener befrachtete dramatische Darstellungen, deren „überlegener, durchdringender Blick auf die angeblichen Mängel minderwertiger Wesen herabsah, die unentwegt die rassistischen und sexuellen Normen der Vorstellungswelt des 19. Jahrhunderts bedrohten“ (Weiner 2000, S. 392). Solche Einschätzungen werden, wenn auch mit unterschiedlicher Entschiedenheit, von anderen angelsächsischen, auch von einigen deutschsprachigen Autoren geteilt.²⁶

²⁵ Ich war nie ein Wagner-Fan und würde mich auch nicht ernsthaft als Wagner-Kenner bezeichnen. Beides mag damit zusammenhängen, dass ich einerseits kein großer Opernfreund und andererseits seit meiner Schulzeit ein großer Verehrer von Johannes Brahms bin, der gelegentlich als Antipode zu Richard Wagner bezeichnet wird.

²⁶ Einen Überblick über Wagner-Kontroversen, auch unter Wagner-Kritikern, gibt der Sammelband von Friedländer und Rüsen (2000). Bei mehreren Autoren (z.B. Levin, *Die Dramaturgie der Alterität*, Rose, *Wagner, Hit-*

Schließlich ist zu beachten, dass der Bayreuth-Kreis und viele Wagner-Vereine mit fliegenden Fahnen zum Nationalsozialismus „übergelaufen“ sind. Der Wagner-Clan selbst um das Festspielhaus war spätestens seit 1923 ideologisch, politisch und persönlich eng mit Hitler und den Nazis verbunden. Wagners zweite Frau Cosima und sein Sohn Siegfried waren beide überzeugte Antisemiten, sein Schwiegersohn Houston Stewart Chamberlain war einer der führenden völkisch-antisemitischen Rassentheoretiker, seine Schwiegertochter Winifred Wagner, Festspielleiterin von 1930-1949, eine enge Vertraute von Adolf Hitler.²⁷

Für Hitler waren die Opern Richard Wagners, die er zutiefst verinnerlicht hatte, ein wichtiges, wenn nicht sogar das entscheidende Bildungserlebnis. Gewiss kann man Richard Wagner und seine Anhänger nicht und schon gar nicht pauschal für die Verbrechen Hitler-Deutschlands, insbesondere den Weltkrieg und die Ermordung von sechs Millionen Juden, mit verantwortlich machen. (Immerhin ist schon bei Wagner in seinem Text *Aufklärungen über „Das Judentum in der Musik“* von 1869 von der Möglichkeit einer „gewaltsamen Auswerfung des zersetzenden fremden Elementes“ die Rede [Weiner 2000, S. 277]). Aber schon der Komponist und vor allem diejenigen, die sein künstlerisches Erbe verwalteten, das sie zu Recht immer auch

ler und historische Prophetie, oder Zelinsky, *Verfall, Vernichtung, Weltentrückung*) finden sich drastische Hinweise auf Wagners Antisemitismus, bis hinein in seine Musikdramen. Eindringlich, wenn auch keineswegs immer einheitlich, außerdem Fischer (2013), S. 113-167 über *Das Judentum in der Musik* und die Kontinuität der Debatte; Gottfried Wagner (2013), ein Großkel des Komponisten, S. 47-65 und 151-171; und vor allem der schon genannte Weiner (2000). Sehr materialreich, wenn auch gelegentlich etwas spekulativ und zu sehr vom Ende her argumentierend Köhler (1999). Der Titel seines Buches *Wagners Hitler: Der Prophet und sein Vollstrecker* unterstreicht diese Tendenz zur Überzeichnung, aber zahlreiche Verbindungen werden üppig dokumentiert. Dass in Wagner viel Hitler steckte, hatte übrigens auch Thomas Mann begriffen, der ein großer Liebhaber von Wagners Opern war (vgl. Vaget 2010). In dieser Einschätzung spielte Wagners Antisemitismus, den Thomas Mann offenbar nicht ernst genommen hat, noch nicht einmal eine Rolle. Zu Affinitäten und zur Benutzung Wagners durch die Nazis vgl. auch Brinkmann (*Wagners Aktualität für den Nationalsozialismus*), Friedländer (*Hitler und Wagner*) oder Vaget (*Wagner-Kult und nationalsozialistische Herrschaft*) in Friedländer/Rüsen (2000), S. 109-141, 165-178 und 264-282. Wie sehr das Urteil auch der etablierten Fachleute schwankt, zeigt folgendes Zitat aus Bermbachs neuestem Buch (2013, S. 149): „[Wagner schwebte zuletzt eine christlich fundierte pazifistische Weltordnung vor, voller Empathie für den Nächsten und Mitleid für Mensch und Tier.] Freilich eine ‚Weltordnung‘, in der für Juden kein Platz mehr sein sollte. Die Regenerationsschriften waren voll antisemitischer und rassistischer Gedanken und Vorurteile, in sich durchaus widersprüchlich, aber am Ende immer gegen die Juden gerichtet. Hier schlug sich nieder, wie Wagner in seinen letzten Jahren von der Vorstellung einer jüdischen Verschwörung gegen ihn und sein Werk zunehmend beherrscht wurde und wie sein Antisemitismus und Rassismus deshalb immer aggressiver wurde. Und beides, Antisemitismus und Rassismus, überdeckte mehr und mehr die revolutionären Absichten, die mit diesen Spätschriften verbunden waren.“ In dieser Schärfe argumentiert keiner der Autoren in dem ansonsten sehr guten Heft der Beilage zum Parlament über Wagner, nicht einmal Bermbach selbst (Geck et al. 2013). Leider ist auch die angelsächsische Kritik an den antisemitischen Anspielungen in den Opern hier nicht vertreten.

²⁷ Bei all ihren törichten und verhängnisvollen politischen Ansichten war Winifred Wagner freilich auch eine couragierte Frau, die keineswegs nur nach der Pfeife der Nazis tanzte und sich für manche Menschen in Not, auch Juden, eingesetzt und einige gerettet hat. Ihre Akte im „Entnazifizierungsverfahren“ enthielt 54 „glaubhafte und oft auch sehr bewegende Dankesbriefe“ (Hamann 2009, S. 533) von politisch Verfolgten, denen sie geholfen hat. Während große Teile ihrer Verwandtschaft, darunter ihre Söhne und Nachfolger, später ihre eigene Verwicklung in das NS-Regime beschönigten, bekannte sie sich bis zur Peinlichkeit und bis an ihr Lebensende 1980 zu ihrer Freundschaft mit Hitler; natürlich, und zwar glaubhaft, nicht zu seinen Verbrechen. (Zu Winifred Wagner und „Hitlers Bayreuth“ auf breiter Quellenbasis der schon genannte Titel.)

als ein ideelles und im weitesten Sinne politisches begriffen, haben erheblich zu dem Klima beigetragen, in dem die nationalsozialistische Ideologie gedeihen und sich etablieren konnte.

3. Im Zentrum: Radikalkritik an Staat und Krieg

Krippendorff gehört zu den Autoren, die sich und anderen immer wieder Rechenschaft über ihre Grundhaltung geben. Das folgende Zitat ermöglicht einen Einblick, wie er sich politisch und wissenschaftlich einordnet (Krippendorff 1999: 299):

„Links sein bedeutet das intellektuelle Vergnügen, immer recht zu haben. [...] Prinzipielle Unzufriedenheit [...] kann sich im analytischen Urteil nicht irren, weil sie einen intellektuellen und psychischen Aggregatzustand kritischer Distanz reflektiert, vor dem keine Wirklichkeit bestehen kann und Anerkennung findet.“

Nur wenige Politiker wie z.B. Goethe, der zehn Jahre lang im absolutistischen Weimar an führender Stelle politisch tätig war, oder der amerikanische Präsident Thomas Jefferson finden vor Krippendorffs Urteil Gnade, viele andere werden als entfremdete oder verblendete Machtpolitiker „demaskiert“; nicht nur Shakespeares Mörderkönige, sondern auch Friedrich der Große oder John F. Kennedy. Krippendorffs Texte sind immer für eine Überraschung gut, auch für diejenigen, die sich schon lange mit den Untiefen der Weltpolitik beschäftigt haben. So entlarvt er Che Guevara, diesen „sonst so ungewöhnlich eindrucksvollen Mann“, als „unverantwortlichen Weltuntergangsfanatiker“, der bereit gewesen sei, für eine neue Gesellschaft in Kuba auch einen Atomkrieg in Kauf zu nehmen und die Völker Lateinamerikas auf dem „Altar seines utopischen Weltbilds“ zu opfern (Krippendorff 1993: 98, Fn. 11).

Krippendorffs kritische Distanz, vor der keine Wirklichkeit bestehen kann, hat freilich auch eine Kehrseite: die Einebnung dieser Wirklichkeit, in der alle Katzen grau werden. Oder wieder in seinen eigenen Worten (Krippendorff 1999: 295): „Der linke Blick auf die Geschichte macht keinen Unterschied zwischen großen und kleinen politischen Führern der Vergangenheit, zwischen fortschrittlichen und reaktionären Fürsten, guten und schlechten Herrschern. Von ihm werden sie alle [...] ‚ins Nichts‘ verbannt.“ Die Problematik solcher Einebnungen möchte ich anhand einiger Beispiele illustrieren. Ich stütze mich dabei hauptsächlich auf Krippendorffs Monographien zur Friedens- und Konfliktforschung im engeren Sinne (Krippendorff 1985, 1993 und 2000), beziehe aber auch andere Texte mit ein.

3.1. Zentrale Aussagen

Staat und Krieg, das ist Krippendorffs *idée fixe*, das ihn beherrschende Thema. Er selbst bezeichnet sein Buch mit demselben Titel als sein Hauptwerk (Krippendorff 2012: 59), aber die Thematik prägt in verschiedenen Variationen einen sehr großen Teil seiner Schriften, zumindest als Subtext. Dabei ist *Staat und Krieg* kein offenes Forschungsprogramm, in dem Hypothesen darüber entwickelt und getestet würden, wann welche Staaten warum Krieg führen.²⁸ Krippendorff entfaltet vielmehr eine zentrale These bzw. ein Thesenbündel, das er über das Referat und die Interpretation verschiedener historischer Etappen der Kriegführung bzw. des Denkens über Staatlichkeit oder des Verhältnisses zwischen Staat, Militär und Krieg erläutert bzw. zu untermauern versucht, und zwar in einer mächtigen *tour de force*, die nicht nur die Neuzeit umfasst, sondern auch die Antike und die vorstaatlichen Kulturen einschließt.

Krippendorff geht davon aus, dass der Staat ein Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen begründet (oder wenn nicht selbst begründet, dann auf eine Weise organisiert, die staatliche Herrschaft von nicht-staatlicher unterscheidet), das militärisch nach innen und außen abgesichert werden muss. Daraus können sich nun zwei Pfade zum Krieg ergeben, die er selbst nicht ausdrücklich unterscheidet. Einmal ein rationalistischer: die Staatsräson kann keine emanzipierten Bürger gebrauchen, also setzt sie auf Untertanen, deren Unbildung sie gezielt organisiert, damit diese gegebenenfalls tatsächlich die Interessen ihrer Herrscher nach außen absichern (Krippendorff 1985: 24). Und sie sorgt für ein Militär, das im Ernstfall diese Interessen auch nach innen, also „unten“ verteidigt, wenn die Volksverdummung einmal mal nicht funktionieren sollte. Oder in Krippendorffs eigenen Worten aus einer Zusammenfassung seiner Forschungen zu Staat und Krieg (Krippendorff 1991: 87):

„Die Kriege der Staaten gegeneinander dienten nie den Bevölkerungen, den „Staatsvölkern“, auch nicht den demokratisch Regierten – sie wurden vorbereitet und geführt im Interesse der Regierenden. Sie dienten ihnen weniger oder nicht in einem platten, materiellen Sinn als vielmehr und vor allem zum Gewinn von Geschichtlichkeit, Ruhm, Ehre und historischer Größe.“

„Alle Herrschaftsstrukturen, alle Regierungsformen (lassen sich) auf Gewaltverhältnisse zurückführen.“

²⁸ Als einen sehr bescheidenen frühen Versuch von mir selbst siehe Krell (1984).

„Ein zentrales Strukturmerkmal verstaatlichter Gesellschaften ist die Organisation der Waffenträger, ihrer privilegierten Institution, in der Regel mit dem Herrscher als militärisch-politischem Führer.“

„Ein zweites Merkmal verstaatlichter Gesellschaften besteht darin, dass sich unter ihren Führern eine spezifische Herrschermentalität herausgebildet hat, für die der Rekurs auf die Gewalt als Mittel und Instrument zur Reproduktion ihrer Privilegien selbstverständlich ist.“

„Der Krieg ist eine von vielen Erscheinungsformen von Herrschaftslegitimation: Herrschaft rechtfertigt sich durch ihre Bereitschaft und Fähigkeit zum Krieg.“

Zum zweiten eine psychologisierende: staatlich organisierte Herrschaft von Menschen über Menschen führt zwangsläufig zur Verdummung der Herrschenden selbst, die in abstrakte Kategorien von Machterhaltung bzw. Machterweiterung sozialisiert werden und so nicht nur den Kontakt zur Lebenswirklichkeit und den tatsächlichen Bedürfnissen ihrer Untertanen verlieren, sondern überhaupt blind werden für Tugend und Vernunft und schließlich sogar ihre eigenen Machtinteressen schädigen (Krippendorff 1985: 30-31, 391):

„Staatlichkeit [...], die Staatsvernunft selbst, macht ihre Protagonisten blind. Sie sozialisiert den zunächst, davon wollen wir fairerweise ausgehen, Sehenden in Strukturen, die zu einer Wahrnehmungsverzerrung, zu einer der unverstellten Vernunft schließlich diametral entgegengesetzten Logik führen, die das Vernünftige zur Unvernunft und das Unvernünftige zur (staatsnotwendigen) Vernunft macht: Staatsraison verdummt, macht Blindheit zur politischen Intelligenz, zur Staatstugend.“

„Aus der Geschichte lernen heißt, etwas zu lernen über die eigendynamische Machtlogik staatlich organisierter Gesellschaften und die Blindheit der Staatsmänner, denen es immer wieder gelungen ist, sich selbst und ihren Völkern einzureden, dass die eigene Sache gerecht und darum siegreich und die zu bringenden Opfer verglichen mit denen des Gegners gering seien.“

Auch wenn Krippendorff den Herrschenden „Momente der politischen Vernunft“ zutraut, bleibt der Zusammenhang von Militär bzw. Gewalt und Staat doch unauflöslich; der Staat als „Terrain der Torheit produziert politische Unvernunft zwangsläufig und systematisch“ (Krippendorff 1985: 329, 14). In seinem drei Jahre später erschienenen *Versuch über Goethes Poli-*

tik greift er das Grundthema wieder auf. Neu gegenüber *Staat und Krieg* ist hier u.a. die Perspektive des Gegenentwurfs: das absolutistische Weimar als „historisches Alternativprojekt“ (Krippendorff 1988: 35), das Experiment einer vernünftigen, menschendienlichen Sachpolitik als reale politische Alternative zur „präventiven und prestigieösen Machtpolitik“ von Krieg, Eroberung und Expansion (Krippendorff 1988: 58). Der Kern der Argumentation aber ist derselbe (Krippendorff 1988: 90):

„Dieses ‚höchste Glück‘ [nämlich wirklich Herren über die Mittel zu unseren Zwecken zu sein] ist in der Politik [bzw.] innerhalb der Politiksphäre einer verstaatlichten Gesellschaft nicht möglich. Hier heiligt bekanntlich immer schon der Zweck die Mittel, ist Unvernunft eine Tugend, herrscht die Verkehrung der Werte, ist Sachverstand weniger gefragt als Machtinstinkt.“

Und Weltpolitik bleibt eine „politische Handlungsebene der Unvernunft“ (Krippendorff 1988: 89), sie ist „Machtpoker und Risikospiele“ (Krippendorff 1988: 73), kurzum: pathologisch.

Wie immer bei Krippendorff enthält *Staat und Krieg* eine Fülle von Material, vieles davon erschreckend, von der Widersprüchlichkeit des gebildeten „Kriegsherren“ Friedrich II. über die Hypostasierung des Staates bei deutschen Intellektuellen bis zu den Nuklearkriegsplanspielen strategischer Denker im Ost-West-Konflikt. Gerade die preußisch-deutsche Geschichte bietet für beide von Krippendorff genannten Pfade zum Krieg reichlich Evidenz.²⁹ Und wieder ist der Einzugsbereich der Literatur beeindruckend: neben politischen oder intellektuellen Zeitzeugen der jeweiligen Epoche wie z.B. Otto von Bismarck, Max Weber, Karl Marx und Friedrich Engels kommt eine Fülle historischer oder politikwissenschaftlicher Sekundärliteratur zur Sprache, werden aber auch Autoren ausgewertet, die man normalerweise in einer solchen Studie nicht erwartet, wie z.B. Robert Musil oder Leo Tolstoi. Bei der Fachliteratur im engeren Sinne hält sich Krippendorff zurück; auch das ist nicht ungewöhnlich für ihn.

Ich will hier nur ein Beispiel nennen: Noch in der Vorbemerkung kommt er darauf zu sprechen, die noch junge Kriegsursachenforschung habe gezeigt, dass Rüstungswettläufe mit einer statistischen Wahrscheinlichkeit von 82 % zum Kriege führten. Ein „Mehr“ an Wahrheit könne man von sozialwissenschaftlicher Forschung nicht erwarten. Auf die Praxis derer, die für die sogenannten Außen- und Sicherheitspolitik zuständig seien, machten solche Argumente jedoch offensichtlich keinen Eindruck. Ironisierend fügt er gleich die möglichen Ausreden der

²⁹ Vgl. dazu etwa die Studie von Wette (2011); vgl. aber auch meinen Exkurs 3.2.3 weiter unten.

Praxis hinzu: wissenschaftliche Wahrheit müsse ja bekanntlich „pluralistisch“, dürfe nie „einseitig“, d.h. eindeutig sein; zu allem und jedem gebe es auch andere „Positionen“, andere „Meinungen“ (Krippendorff 1985: 9).

Aber so einfach ist die Sache tatsächlich nicht. Krippendorff hätte auch damals schon Studien zitieren können, die zu ganz anderen Ergebnissen kamen, denen zufolge das Vorhandensein eines Rüstungswettlaufs nämlich kaum Rückschlüsse auf die Aussicht auf Krieg oder Frieden zulässt. Danach gäbe es Konfliktbeziehungen mit Rüstungswettläufen, die nicht in einem Krieg endeten, sondern mit einem Kompromiss oder der Kapitulation einer Seite. Andererseits führten viele Konflikte auch ohne Rüstungswettläufe zum Krieg. Selbst wenn es stimmen sollte, dass ein Rüstungswettlauf zumindest ein ernstes Warnsignal wäre, das mit hoher Wahrscheinlichkeit einen kommenden Krieg anzeigt, bliebe die nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch äußerst relevante Frage, ob er (1) selbst die Ursache des Krieges, (2) der Ausdruck eines echten Konflikts oder (3) eines Sicherheitsdilemmas bzw. (4) die Folge eines zum Kriege entschlossenen politischen Willens ist (Krell 1994: 119-121).³⁰

Krippendorff stellt freilich durchaus kritische Fragen an seine Befunde: Seien alle Herrschaftsordnungen gleichermaßen bellizistisch oder bestimmte Strukturmerkmale der Staatenordnung nicht vergänglich bzw. schon vergangen? Könnten wir nicht, in Westeuropa z.B., den Prozess einer Überwindung der Nationalstaatlichkeit beobachten? Würden sich nicht Demokratie und zwischenstaatliche Kriege ausschließen? Hätten die Herrschenden nicht inzwischen andere Möglichkeiten der Disziplinierung der Beherrschten als das Militär? Seine Antwort ist eindeutig: Es hat sich kaum etwas geändert. Empirisch leicht verifizierbare Tatsachen sprechen „die Sprache der Vergangenheit, die Sprache der noch immer unaufgelösten Symbiose von Staat und Krieg“. Überall könnten wir „das ungehemmte Aufladen verstaatlichter zwi- schengesellschaftlicher Konflikte mit militärischem Sprengstoff“ beobachten. Die Großmächte bereiteten sich wie ehemals auf kriegerische Konfrontationen vor, auch die mittleren und kleineren Staaten auf die Möglichkeit von Verteidigung und Angriff [sic!]. Wie könnte es auch anders sein: Nach wie vor reproduzierten die alten politischen Klassen in den überlieferten Strukturen von staatlicher Kontrolle über Menschen ihre „Herrschaft im Gehäuse der Staatlichkeit“ (Krippendorff 1991: 89-90, dort auch alle Zitate).

Krippendorff bleibt also bei seinen prinzipiellen Aussagen. Auch in der *Militärkritik* von 1993 heißt es: „Die Wahrheit ist, dass es Kriege geben wird, solange wir in Staaten als bewaffneten

³⁰ Die dort referierten beiden kontroversen Studien stammen von 1979 und 1982.

Zwangsverbänden eingesperrt sind“ oder „wer die staatliche Organisation der modernen Gesellschaft nicht in Frage zu stellen bereit (oder in der Lage) ist, der hat das Militär- und Kriegsgefahrenproblem nicht wirklich begriffen“ (Krippendorff 1993: 119, 178). Deshalb möchte ich diskutieren, ob (1) *der* Staat wirklich der entscheidende Kriegsgrund ist und ob (2) nicht-verstaatlichte Gesellschaften also friedlich oder friedlicher sind; oder ob (3) auch ein Mangel an Staatlichkeit der Hauptgrund für kriegerische Auseinandersetzungen sein kann, wie z.B. in den aktuellen Bürgerkriegen in der Dritten und Vierten Welt. Außerdem bleibt doch noch zu prüfen, ob (4) die Kriegsneigung von Staaten nicht von einer Reihe von Faktoren, z.B. der Herrschaftsform, abhängt. Interessant ist auch (5) die Frage, welche Rolle die „Kleinen Leute“ auf dem Weg vom Frieden zum Krieg spielen (sind sie immer die Getriebenen oder vielleicht doch auch einmal die Treibenden) und ob (6) Kleinstaaten wirklich eine Alternative zum unauflösbaren Zusammenhang zwischen Staat und Krieg wären.

3.2 Logische und empirische Probleme

3.2.1 Um welche Staaten geht es?

Zunächst wäre zu klären, was Krippendorff überhaupt mit Staat meint. Dabei fällt auf, dass gängige Überlegungen in den Internationalen Beziehungen über unterschiedliche syn- oder diachrone Formen des Staates bei Krippendorff kaum eine Rolle spielen. So könnte es z.B. auch für eine aktuelle Global-Analyse interessant sein, grundsätzlich zwischen vormodernen, modernen und postmodernen Staaten zu unterscheiden oder andere Abstufungen vorzunehmen, wie das z.B. Czempiel (1999) oder Senghaas (zuletzt 2012) und andere Autoren immer wieder tun. Der Schwerpunkt der historischen Phasenanalysen in *Staat und Krieg* deutet darauf hin, dass es Krippendorff pauschal um den modernen, neuzeitlichen Staat geht, und zwar deutlich weniger im Sinne der politischen Ökonomie als in vielen seiner anderen Texte, in denen der Kapitalismus und mit ihm der *kapitalistische* Staat das Haupthindernis für eine friedliche Welt bildet.³¹ (In Krippendorffs späteren Schriften zu Goethe tritt die Moderne überhaupt, also neuzeitliche Technik und Wissenschaft und verbunden mit ihr die industrielle Revolution als zentrale Bedrohung des Überlebens der Menschheit neben bzw. – mit den Atomwaffen – in die Kriegsproblematik, wird die Moderne also zu einem Verfallsprojekt.)³²

³¹ In Wolf-Dieter Narrs Gedicht zu Krippendorffs Emeritierung erscheinen Pazifismus und Antikapitalismus immer noch als zwei Seiten derselben Medaille für beide Autoren (Krippendorff 2012: 195-196).

³² Etwa in *Die unerschöpfliche Faust-Parabel* (Krippendorff 2009: 187-204).

Krippendorff sieht zwar in der Antike „strukturelle Ähnlichkeiten“ bei den politischen Führungen der damaligen Staaten mit unserer staatlichen Moderne, dem „Zeitalter der Staatsräson“: den Wahnsinn der Fraktionskämpfe, das hohle Pathos der Appelle der Herrschenden an gemeinsame Werte, das Sich-Einreden der eigenen besonderen Bedeutung, schließlich die Zerstörung und Vernichtung dessen, was sie zu schützen versprochen. Gleichwohl seien die antiken Versionen der „zerstörerischen Natur von Staatlichkeit“ von denen moderner Staatlichkeit deutlich zu unterscheiden (Krippendorff 1985: 402, dort auch die Zitate). Nimmt man Krippendorffs Schriften über Shakespeares Dramen hinzu, dann erweitert sich der Rahmen jedoch wieder. Denn hier sind es die Herrschenden – vorrangig englische oder schottische Könige – vormoderner oder allenfalls frühmoderner, sicher noch nicht kapitalistischer Staaten, die das Thema der gewalttätigen Verblendung durch Macht repräsentieren. Am deutlichsten bei König Lear, der erst als er physisch geblendet und ohne Macht ist seine frühere politische Verblendung durch Macht erkennt (Krippendorff 1992: 428, 445):

„Länder zu erobern, gegen die Konkurrenz anderer Herren zu verteidigen, sie nach dynastischen, macht- und geopolitischen Gesichtspunkten zu ordnen, gehörte und gehört seit eh und je zum Geschäft der Könige und Staatsmänner.“

„Jede Stufe zur Macht ist gekennzeichnet wiederum von Mord, Gewalt und Verrat [...] und dieses System selbst, die verstaatlichte, verrechtlichte Gewalt, ist objektiv kriminell. *King Lear* zieht daraus die allgemeinste Summe, formuliert Shakespeares radikalste Einsicht in die Pathologie der Macht und seine Einsicht von der Unmöglichkeit friedfertigen gesellschaftlichen Miteinanders im Gehäuse staatlicher Organisation. Es gibt da nur kurze Momente des Schein-Friedens, der Schein-Ordnung in Gerechtigkeit. Die Logik der Gewalt, auf der alle hierarchischen politischen Systeme, alle Staaten errichtet sind, holt diese früher oder später ein.“

Auch Macbeth verkörpert und verwirklicht die dunkle, die „böse“ Seite nicht nur des zeitgenössischen, sondern „in letzter Instanz jedes Staates“ (Krippendorff 1992: 401).

3.2.2 Das Problem der Variabilität im Verhältnis zwischen Staat und Krieg

Das Problem mit Krippendorffs Pauschalaussagen, und die finden sich in vielen seiner Schriften, ist die offenkundig hochgradige Variabilität in der Beziehung zwischen Staat und Krieg, was er selbst nicht durchgängig verleugnen kann. So unterscheidet er z.B. zwischen den Kriegen der römischen Republik und des römischen Imperiums, spricht er an anderer

Stelle davon, dass keiner der heutigen Staaten, und „sei seine Außenpolitik *auch noch so friedlich*“ (Krippendorff 1991: 87; meine Betonung), auf Militär verzichten wolle. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch sein Hinweis auf Indien, wahrlich kein Kleinstaat, das in seinen Anfängen das Projekt einer ent- oder nichtmilitarisierten Außenpolitik verfolgt habe, das erst durch Chinas Eroberung eines „unbewohnten und unwirtschaftlichen Streifens [indischen, GK] Gebirgslandes“ zunichte gemacht wurde: „Wenn es nach dem Zweiten Weltkrieg ein hervorragendes außenpolitisches Verbrechen gegeben hat, dann war es diese chinesische Zerstörung der indischen Alternative zur Welt-Machtpolitik“ (Krippendorff 2000: 65, 62). Hier deutet sich eine echte Sicherheitsproblematik an, aus der Krippendorff aber weder theoretische noch praktische Konsequenzen zieht, die über eine streng gewaltfreie Politik hinausgehen. Jedenfalls gibt es offenbar doch Situationen, in denen ein Staat nicht in Frieden leben kann, wenn es dem „bösen Nachbarstaat“ nicht gefällt – in Analogie zu einem bekannten Satz Friedrich Schillers, gegen den Krippendorff wiederholt opponiert.

Auf das Problem Angriff versus Verteidigung komme ich später zurück. Hier will ich mich auf die gravierenden historischen und politischen Unterschiede im Macht- und Gewaltcharakter staatlicher Herrschaft nach innen und nach außen konzentrieren. Sie bilden den Anknüpfungspunkt für viele, ja die von Krippendorff so häufig kritisierte große Mehrheit in den internationalen Beziehungen wie in der Friedens- und Konfliktforschung, die staatlich organisierte Herrschaft nicht nur als negativ begreift; von der Frage der Alternative einmal ganz abgesehen. Die zivilisierende Bedeutung eines *rechtsstaatlich gezähmten und demokratisch legitimierten und kontrollierten* staatlichen Gewaltmonopols kann angesichts von Staatszerfall und ausufernder substaatlicher Gewalt in vielen Bürgerkriegsgesellschaften doch gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Und auch für den zwischenstaatlichen Verkehr gibt es eine Zivilisierungsperspektive, die verregelte und verrechtlichte Beziehungen zum wechselseitigen Nutzen an die Stelle bloßer Macht- und Gewaltpolitik setzt.³³ Das alles kommt bei Krippendorff kaum vor. Stattdessen schreibt er: „Die beliebig zitierten Friedrichs [u.a. Friedrich der Große, GK], Hitlers, Husseins [u.a. Saddam Hussein, GK] regieren uns noch immer“ (Krippendorff 1993: 35) oder „bis heute werden wir von denen regiert, die in die Fußstapfen der vielen frühen Richards getreten sind [darunter Richard III., der seine möglichen Konkurrenten schon als Kinder ermorden ließ und dessen Skelett jetzt gefunden wurde, GK], auch wenn sie das nicht zugeben können und keine Kronen mehr tragen“ (Krippendorff 1992: 227).

³³ Der Abschnitt nach Krell (2009: 82-92, Exkurs zu Staat und Krieg). Zur Zivilisierung der internationalen Beziehungen haben sich z.B. Dieter Senghaas (etwa 2004 oder 2012) oder Ernst-Otto Czempiel (1998, 1999) mehrfach maßgeblich geäußert; vgl. aber auch Müller (2008).

Wie ein kleiner Exkurs in die Kriegstatistik zeigt, hat sich die Zahl der Kriege zwischen Großmächten seit dem 16. Jhdt. kontinuierlich verringert, und zwar von 2,6 Kriegen pro Dekade über 1,7 (im 17. Jhdt.) und 1 (18. Jhdt.) auf 0,5 (19. Jhdt.) und 0,2 (20. Jhdt.). Kriege zwischen Großmächten sind also immer seltener, allerdings auch immer zerstörerischer geworden, was zusammen genommen gewiss nur ein fragwürdiger Trost wäre. Möglicherweise besteht zwischen diesen beiden Tendenzen ein Zusammenhang, sind sie in der nuklearen Abschreckung zwischen Ost und West sogar zusammengefallen. Torbjörn Knutsen, aus dessen Buch *The Rise and Fall of World Orders* ich diese Überlegungen übernommen habe, diskutiert freilich noch weitere säkulare Trends, die quer zu den großen Hegemonie- und Gewaltzyklen der Neuzeit stehen: die wachsende Interdependenz der Staaten und die Globalisierung der Zivilgesellschaft. Beide könnten ebenfalls für die (partielle) Pazifizierung der Beziehungen zwischen den Großmächten mitverantwortlich sein (Krell 2009: 91-92).

Eine andere Untersuchung (Russett/Oneal 2001) verweist auf die kumulativen Wirkungen des republikanischen bzw. gesamten kantianischen Friedens: Demokratien entwickeln intensive Handelsbeziehungen untereinander und beteiligen sich reichlich an internationalen Organisationen. Die Effekte des republikanischen, des freihändlerischen und des regulatorischen Friedens verstärken sich offenbar wechselseitig. Freilich bleibt das Verhältnis zwischen Demokratien und Autokratien (oder noch nicht voll entwickelten Demokratien in der Dritten Welt) brennend, und dazu gibt es eine Menge Kritisches zu sagen (vgl. Krell 2009: 200-215). Aber die Wahrscheinlichkeit, dass voll entwickelte Demokratien miteinander in militarisierte Auseinandersetzungen geraten, liegt 41 % unter dem Dyaden-Durchschnitt; gemischte Dyaden liegen 73, autokratische Dyaden 67 % darüber (Russett/Oneal 2001; 115). Die „kosmopolitische Sphäre“, wenn man so will, scheint auf die Welt der entwickelten Industriestaaten beschränkt. Die meisten Kriege seit 1945 sind Bürgerkriege und finden in den so genannten Entwicklungsländern statt. „Staat und Krieg“ könnte also auch zu einem Problem *unzureichender* Staatlichkeit geworden sein, es sei denn, man wollte wiederum alle Kriege und Bürgerkriege in den Entwicklungs- und Schwellenländern der OECD-Welt und ihren Anwärtern anlasten. Auf jeden Fall haben wir es mit einem historischen Trend vom *Great Power War* zum *Weak State War* zu tun (Krell 2009: 92).

Auch ein grober Blick auf die Verteilung der Kriegsbeteiligungen zeigt erhebliche Differenzen. So fällt z.B. Schweden im 19. und 20. Jhdt. ganz aus der Kriegstatistik heraus, und Schweden ist kein Kleinstaat. Dann gibt es auffällige Erbfeindschaften, aber auch Erbfreund-

schaften. Auch das deutet auf komplexere Ursache-Wirkungsbeziehungen, als die These vom ewig gleichen Zusammenhang zwischen Staat und Krieg suggeriert.

3.2.3 Exkurs: Deutsche Geschichte und Gegenwart

Ich möchte das Gesagte am Beispiel der deutschen Geschichte weiter erläutern. Als zwei Extreme in einem gedachten Spektrum staatlicher Macht- und Gewaltpolitik nehme ich das nationalsozialistische Regime auf der einen und Krippendorffs Modell Weimar (s.o. S. 19) auf der anderen Seite. Wo auf diesem Kontinuum wäre Deutschland heute anzusiedeln? Nach Krippendorff hätte ein großer Flächenstaat wie Deutschland prinzipiell keine Chance im Vergleich mit Weimar, aber ich habe ja schon eine zumindest phasenweise Ausnahme bei ihm erwähnt, nämlich Indien. Außerdem ist die Bundesrepublik im Gegensatz zu Goethes Weimar demokratisch, was auch Konsequenzen für die Macht-Theorie haben müsste. Die Literatur, die sich bemüht, den Grad des Machtcharakters der bundesdeutschen Außenpolitik auf den verschiedensten Feldern zu bestimmen, ergibt ein vielfältiges Bild. Durchaus seriöse Studien sehen zumindest eine Tendenz weg vom klassischen Machtstaat hin zum Handelsstaat oder sogar zur Zivilmacht.

Krippendorff hilft sich damit, dass er von der Gefahr einer Rückkehr der Bundesrepublik zur Militärmacht oder von einer „Militarisierung der deutschen [bzw. der EU-] Außenpolitik“ seit den 90er Jahren spricht (Krippendorff 2000: 164, 167). Nun kann man über alles Mögliche kritisch diskutieren: über Zapfenstreiche, hohe Rüstungsexporte, Auslandseinsätze (dazu später mehr), aber im Lichte der preußisch-deutschen Geschichte oder gar des Nationalsozialismus von einem bundesdeutschen Militarismus zu sprechen, das erscheint mir dann doch als eine dramatische Entleerung des Begriffs. Ich will dafür hier nur ein einziges Indiz nennen: Der Militärgeschichtler Wolfram Wette hat erst kürzlich die Tradition wahnhafter Vorstellungen von Heldenkampf und heroischem Untergang nachgezeichnet, die das militärische Denken in Deutschland vom 19. Jhdt. bis zum bitteren Ende unter den Nazis 1945 geprägt hat. Diese Tradition ist, so Wettes Fazit, nach 1945 „komplett verschwunden“ (Wette 2013):

„Die vermeintlich so todessüchtigen Deutschen haben wahrlich zu leben gelernt und ertragen heute gelassen den Vorwurf von Bellizisten diesseits und jenseits des Atlantiks, sie

seien nach 1945 ein ‚postheroisches‘ Volk geworden. Siebzig Jahre nach Goebbels‘ Rede im Sportpalast kann man nur sagen: Gut so.“³⁴

Ebenso überzogen ist Krippendorffs Formulierung, die bloße Existenz der Bundeswehr habe „das gesamte politische Denken in der Bundesrepublik konditioniert und deformiert“ (Krippendorff 1985: 88). Sicher, auch er erkennt an, dass es Veränderungen, ja Brüche gegeben hat. Neu in Deutschland seien anti-autoritäre und pazifistische Tendenzen, neu Herrschafts- und Militärcritik. Aber all das sei weit davon entfernt, die in der „staatlichen Ordnung verdinglichte Gewalt [...] ernsthaft in Frage zu stellen“ (Krippendorff 1993: 73).

Wer sind denn die heute Mächtigen in Deutschland? Sind die MdBs Karl Lauterbach, Karl Lamers, Sigmar Gabriel, Petra Pau, Cem Özdemir, Wolfgang Bosbach, sind der Ministerpräsident Winfried Kretschmann, die Ex-Bildungsministerin Annette Schavan oder die Minister/innen Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Wolfgang Schäuble Menschen, die Politik machen, um damit Macht über andere Menschen auszuüben? Ist Tom Königs, ein Altlinker wie Krippendorff, der als junger Mann Teile seines Erbes an den Vietcong verschenkt hat und sich heute als Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses im Bundestag darum bemüht, hier und da Gutes zu bewirken, ein Machtmensch, nur weil er zur politischen Klasse gehört? Der im Auftrag der UNO in Bosnien, in Guatemala und in Afghanistan war und sich redlich um Hilfe bemüht und dabei auch Risiken für Leib und Leben auf sich genommen hat? Der die Gewichtsverteilung zwischen militärischen und zivilen Maßnahmen beklagt und dagegen ankämpft, aber nicht ganz auf Militär oder wenigstens internationale Polizei, die in vielen Fällen ausreichen würde, ja vielleicht sogar wirksamer wäre, verzichten will (Königs 2011)?

Aber vielleicht geht es ja der Bundeskanzlerin Angela Merkel darum, Macht über andere Menschen auszuüben? Freilich bringt sie ihre Konkurrent/-innen nicht um wie Richard III. – aus meiner Sicht eine Differenz ums Ganze, nämlich um Leben oder Tod –, sondern beißt sie allenfalls symbolisch weg. Der Versuch von Gertrud Höhler, die Kanzlerin als reine Machtfrau zu enttarnen, hat jedenfalls nicht wirklich überzeugt (Höhler 2012). Gewiss ist auch Frau Merkel in den großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht unparteiisch und natürlich engagiert sie sich im üblichen taktischen Spiel der Positionierungen für Wahlkämpfe; aber eine „Herrschende“ im Sinne der (meist männlichen) historischen Figuren, die Krippen-

³⁴ Gleichwohl spricht auch Wette in seiner schon genannten Studie über Militarismus in Deutschland (2011) für die jüngste deutsche Geschichte von einer Tendenz zur „Remilitarisierung“, wenn auch in erster Linie bei den Eliten. Ich habe auch ihm gegenüber meinen Dissens zu dieser These angemeldet. Ich vermag in den heutigen Institutionen Deutschlands oder in den Attitüden seiner Eliten keine substanziellen Parallelen zu erkennen, die auf eine militaristische Kontinuität mit früheren Formen deutscher Staatlichkeit schließen ließen.

dorff so brillant analysiert hat, ist sie nicht. Alle hier genannten Vertreter und viele andere aus der heutigen politischen Klasse in Deutschland stehen mit durchaus glaubhafter Intention jener menschendienlichen Sachlichkeit, die Goethe offenbar nicht nur gefordert, sondern auch repräsentiert hat, deutlich näher als die Machtmenschen, in deren Tradition oder Fußstapfen Krippendorff sie immer wieder stellt. Ob sie diese menschendienliche Sachlichkeit immer einlösen, ist selbstverständlich kritisch zu diskutieren, aber angesichts komplexer Problemlagen in der Regel auch in der Sache selbst schon kontrovers. Immerhin scheiterte auch Goethe mit seinem gemeinschaftlichen Bergbauprojekt, wurden die Investoren schwer geschädigt.

Dagegen noch einmal Krippendorff im Wortlaut zu Staat und Politik (Krippendorff 1993: 71, 69 und 1992: 218):

„So steckt in unserer politischen Kultur, in *allen* politischen Gemeinwesen, denen die Form der Verstaatlichung übergestülpt wurde – nicht nur Gewalt, sondern auch die Menschenverachtung.“

„Das Höhere, dem sie [die Politiker] sich alle verpflichtet fühlen, ist der Staat als das Gehäuse ihrer Klassenherrschaft und der Ruhm vor der Geschichte, ein herrschaftspolitisch dauerhaftes Projekt geschaffen zu haben.“

„Zu sagen, dass wir eben nicht von Staatsklugen, sondern von Eigenruhm- und Machtsüchtigen, von pathologischen Herren regiert werden, das ist entweder lebensgefährlich oder es wird, im heutigen Normalfall, als schrullige Außenseitermeinung beiseite geschoben.“

Auch in der Rückschau sehe ich Deutschland etwas anders als Krippendorff (Krell 1992). Ich teile seine positive Einschätzung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und des Deutschen Bundes von 1815 und damit des (vorläufigen) Verzichts auf einen deutschen absolutistischen bzw. nationalen Einheitsstaat oder ein preußisch-österreichisches Kondominium. Krippendorff stützt sich dabei u.a. auf Goethe, der kein Nationalist, sondern Weltbürger war und auf die pazifizierende Wirkung einer kulturbeflissenen Kleinstaaterie setzte. Ich stütze mich meinerseits auf Überlegungen eines Historikers des frühen 19. Jhdts. zum Gleichgewicht in Europa; eine Kategorie, der gegenüber Krippendorff erhebliche Vorbehalte artikuliert, weil er sie nur für eine Variante der Machtspielerei und damit nicht für wirklich tragfähig hält (z.B. Krippendorff 1985: 331).³⁵ Arnold Heeren schrieb im Jahre 1816 in einer Studie über den

³⁵ Nach Krippendorff sind Gleichgewichtstheorien absurde Spiele, die nichts mit der Realität zu tun haben. Im Kalten Krieg seien sie völlig ins Absurde gesteigert worden. Das ist nicht ganz falsch, aber ich wende dagegen

Deutschen Bund in seinen Verhältnissen zu dem Europäischen Staatensystem, der Zentralstaat von Europa müsse so organisiert werden, dass er nicht zu einem europäischen Sicherheitsrisiko werde. Wegen seiner Mittelstellung im Gleichgewichtssystem dürfe er nicht die Unabhängigkeit oder die wesentlichen Rechte anderer Staaten verletzen; er müsse in der Lage sein, sich zu verteidigen, solle aber nicht selbst dominant oder aggressiv werden können. Aufgrund seiner Ausgleichs- und Stabilisatorfunktion dürfe er keine politisch-soziale Einheit werden, die ein hegemoniales Gewicht annehmen könnte (Gruner 1989: 102-103).

In der Tat machte die föderative Ordnung den Deutschen Bund kalkulierbar, und er wurde im Gegensatz zum preußisch-deutschen Kaiserreich um die nächste Jahrhundertwende nicht als kritische Größe für die Stabilität in Europa eingeschätzt; im Gegenteil, der Bund spielte bis in die Krisen der sechziger Jahre des 19. Jhdts. hinein eine wichtige Rolle bei der europäischen Friedenssicherung und trug mit dazu bei, einen weiteren großen europäischen Krieg zu verhindern. Zur historischen Hypothek dieser außenpolitisch progressiven Ordnung wurde freilich ihre innenpolitische Kehrseite: die Blockade der Verfassungsentwicklung nach der reaktionären Wende von 1819/20. Dabei darf man freilich die Risiken einer damaligen Demokratisierung, etwa überbordenden Nationalismus und Expansionismus, zum Teil ohne jede Rücksicht auf die legitimen Ansprüche anderer Ethnien oder Nationalitäten, nicht unterschlagen (Krell 1992: 105-106, 110-111).

Die in mehreren Kriegen durchgesetzte kleindeutsch-preußische Reichsgründung von 1871 war problematisch, aber noch nicht das Verhängnis, das Krippendorff in ihr sieht (Krippendorff 2000: 140-147); sie war noch nicht die Kriegserklärung an Europa wie 1933 die Machtübernahme der Nationalsozialisten. Ein stabiles Europa hätte ein Bismarck-Reich mit moderater und kluger Außenpolitik verkraften können. Leider war Europa spätestens seit der Mitte des 19. Jhdts. chronisch instabil und die deutsche Außenpolitik weder durchgängig moderat noch klug. Man kann die große Katastrophe des Ersten Weltkriegs als „überdeterminiert“ bezeichnen, und gewiss haben auf dem Weg dorthin viele der von Krippendorff oder Wette diagnostizierten politischen und militärischen Machtverblendungen eine Rolle gespielt. Aber Krippendorffs *Maxime*, Geschichte sei das was möglich war, muss auch hier gelten. Zu den Machtverblendungen auf deutscher Seite, die Bismarcks auch von Krippendorff anerkannte

ein, dass zwischen den USA und der UdSSR bzw. NATO und WVO nur über Gleichgewicht verhandelt werden konnte, nicht über Überlegenheit/Unterlegenheit. Aus meiner Sicht waren die Kodifizierungen von Gleichgewichten durch die Rüstungskontrolle (selbst wenn sie aus einer kritischen Perspektive als noch so absurd erschienen) notwendige Zwischenschritte auf dem Weg zur Beendigung des Ost-West-Konflikts und zu einer substanziellen Abrüstung bei Nuklear- und konventionellen Waffen in Europa (vgl. dazu Krell/Schmidt 1982 und Krell 1984a: 175-177).

machtpolitische Zurückhaltung (ab 1875) gefährdeten, gehörte die Annexion Elsass-Lothringens (gegen den Widerspruch der Vertreter dieser Region in Paris) und die darwinistische Politisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen, die der Reichskanzler mit dem Schwenk zum Protektionismus und der Begründung der neuen innenpolitischen Koalition um das Kartell von „Roggen und Eisen“ 1878 vollzog.

Bismarcks Nachfolger Georg Leo Graf von Caprivi jedoch, immerhin auch ein Vertreter der herrschenden Klasse, erkannte die damit verbundene Gefahr einer Vergiftung der politischen Beziehungen und das Risiko einer Revanche der europäischen und amerikanischen Konkurrenz. Seine Handelsvertragspolitik, die darauf zielte, Deutschland zu einem industriellen Exportland zu machen, störte jedoch das delikate Gleichgewicht zwischen der Industrie und den politisch von den Ostelbiern dominierten Landwirtschaft, deren Fürsprecher auf seinen Sturz drängten. Eine mögliche Alternative zu Wilhelminischer Weltpolitik, die nach Caprivis Voraussicht von 1891 in eine Weltkriegskonstellation mit Deutschland auf der einen, England, Frankreich und Russland auf der anderen Seite führen würde, wurde so nahezu sang- und klanglos begraben (Geiss 1990: 186-189).

Auch die zweite und noch größere Katastrophe des ersten deutschen nationalen Einheitsstaates war keineswegs zwangsläufig. Krippendorffs Version, zu Hitler wäre es nicht gekommen, wenn (auch) die Alliierten nach dem Ersten Weltkrieg abgerüstet hätten (Krippendorff 1993: 11), möchte ich dabei nicht übernehmen, weil sie mir zu nah an den Einschätzungen der nationalistischen Rechten in der Weimarer Republik liegt und weil sie nicht berücksichtigt, dass es aus französischer Sicht ein echtes Sicherheitsproblem gegenüber Deutschland gab, das die USA wegen ihres Fernbleibens vom Völkerbund nicht ausgeglichen haben. Die Chancen standen für Deutschland trotz der Niederlage und des Versailler Vertrages weit günstiger, als den Zeitgenossen bewusst war. Die Weimarer Republik hätte sogar die Gelegenheit gehabt, in einem neuen Anlauf eine konstruktive Großmachtrolle in Europa zu spielen. Auch für einen moderaten Revisionismus hätten ihr in einigem Abstand vom Ersten Weltkrieg fast alle Türen offen gestanden (dazu Hillgruber 1984). Oder wie es Fritz Stern, der große amerikanische Historiker deutscher Herkunft, in seiner faszinierenden Autobiographie im Anschluss an eine Aussage von Raymond Aaron formuliert hat: „Es hätte Deutschlands Jahrhundert sein können. Auf entsetzliche Weise war es tatsächlich Deutschlands Jahrhundert“ (Stern 2007: 385).

Die Chancen eines moderaten Revisionismus haben einige führende Vertreter der „herrschenden Klasse“ durchaus erkannt. Nach der Entspannung von 1925-30 verschob sich jedoch das

Gewicht wieder von der kooperativ-handelsstaatlichen zur politisch-militärischen Variante mit der Perspektive Wilhelminischer Großmachtpolitik. Trotzdem war die Machtergreifung durch die NSDAP 1933 nicht zwingend. Die Partei befand sich schon im Niedergang und sah das auch so, am Horizont zeigte sich eine erste Entspannung der schwierigen wirtschaftlichen Lage ab. Intrigenspiele, gravierende Fehleinschätzungen, unglückliche Konstellationen und Zufälle haben letztlich die Machtübernahme begünstigt. Daran trugen „die herrschenden Klassen“ eine erhebliche Mitschuld, aber nicht sie allein haben versagt. Eine der gravierendsten Fehleinschätzungen hat sich damals die deutsche Linke geleistet, die nicht in der Lage war, ihre Kräfte gegen die Nazis zu bündeln. Auch sie hat den wahren Gegner dramatisch unterschätzt, und nicht nur das. In den letzten großen freien Wahlkämpfen agitierte die KPD nicht nur gegen den „Sozialfaschismus“ der SPD, sondern auch nicht weniger nationalistisch gegen Versailles und nicht weniger antisemitisch gegen das Kapital als die NSDAP (Aly 2013, Ullrich 2013).³⁶ Das führt mich zur Rolle der „Kleinen Leute“.

3.2.4 Die Herrschenden und die „Kleinen Leute“

Wenn es Herrschende gibt, gibt es auch „Beherrschte“. In deren Einschätzung schwankt Krippendorff. Vielfach sind sie selbst in die Verblendungen der Eliten eingebunden, wobei nicht immer klar wird, ob diese Einbindung von den Herrschenden gezielt organisiert wird (die Machtstaatsräson braucht Untertanen und schafft sie sich) oder Teil eines (unbewussten) gemeinsamen Prozesses ist. Für die erste Variante sprechen etwa Aussagen, denen zufolge die Völker nicht den Krieg wollen, sondern gegeneinander gehetzt werden – was auch noch offen lässt, ob sie dazu gezwungen oder nur manipuliert werden (Krippendorff 1993: S. 14, 35). In der Tat werden sie von Krippendorff manchmal als das Opfer der Herrschenden beschrieben, denen sie hilflos ausgeliefert seien (z.B. Krippendorff 1992: S. 250), wird die politische Klasse als der eigentliche Motor aller Probleme charakterisiert. So spricht er in einem Artikel über Europa von groß dimensionierten Katastrophen, die von einer leichtfertigen und „ethisch haltlosen Klasse“ entweder durch Unterlassung oder durch aktives Tun zu verantworten seien. Vom Kampf der Kulturen, den sie gezielt vom Zaun gebrochen hätten, bis zur Klimaveränderung (Krippendorff 2009: 27-28).

Ein anderes Mal machen die Beherrschten mit, weil sie von den Herrschenden entpolitisiert oder bestochen wurden oder auch selbst „abgedankt“ haben (Krippendorff 1992, 285, 290,

³⁶ Dazu und dass selbst die deutsche Arbeiterklasse zu 40 % NSDAP gewählt hat, bringt Krippendorff nur das apologetische Brecht-Zitat: „Niedergeknüppelt, aber nicht widerlegt“ (Krippendorff 1999: 271).

320). In *Staat und Krieg* überwiegt eine Tendenz, sie als „Komplizen“ der Mächtigen zu deuten, die „in pathologisches, verdummtes Denken“ eingeübt wurden oder sich haben einüben lassen (Krippendorff 1985: 2). In Shakespeare sieht Krippendorff zwar einen Sympathisanten des Volkes, aber auch einen Warner vor der Anfälligkeit der „Kleinen Leute“ für Demagogie, wobei die Demagogen „wohlmeinende Volksvertreter“ oder „zynische Techniker der Machtergreifung“ sein können (Krippendorff 1992: 23).

Manchmal, etwa in den Analysen zu Shakespeares Komödien, erscheinen die „Kleinen Leute“, das Volk oder die Beherrschten aber auch als Gegenpol zu den Herrschenden, als bloß Leidende, und perspektivisch auch als diejenigen, die alles ganz anders machen würden. So etwa in *Measure for Measure*, wo „ein Stück Hoffnung“ in den unangepassten gesellschaftlichen Randgruppen liegt, die als „kollektive Protagonisten und Gegenspieler der Regierungsmacht“ ins Zentrum der Komödie rücken (Krippendorff 2008: 285). Dass nicht nur herrschende Akteure, sondern auch Normalbürger oder „Kleine Leute“ autonome – zweifellos auch gesellschaftlich, aber eben keineswegs nur durch „die Herrschenden“ vermittelte – Anteile in die Problematik einbringen, und zwar nicht nur explizite Befürwortung von Krieg und Gewalt, sondern auch die (zumindest phasenweise) begeisterte oder aber doch bewusst akzeptierte bzw. schweren Herzens hingenommene Teilnahme an organisierter (Gegen-)Gewalt, das scheint nur in Ausnahmefällen in Krippendorffs Texten auf.

Das liegt einmal daran, dass es bei Krippendorff so gut wie keine legitime Verteidigung mit militärischen Mitteln gibt. Es hat aber auch damit zu tun, dass ihm der Gedanke, die Herrschenden könnten eventuell Wünsche oder Bedürfnisse der Beherrschten aufgreifen oder repräsentieren, fern liegt. Erst recht die Möglichkeit, dass es nicht sie, sondern die Beherrschten sind, die zum Krieg drängen. Reichlich Belege für die Kriegsbereitschaft der öffentlichen Meinung im Gegensatz zu ihren moderateren politischen Entscheidungsträgern bringt aber z.B. Walter Russell Mead in einem Buch über die Außenpolitik der USA (Mead 2002: 24):

“Administrations were constantly aware that the American people would not permit their government to look weak or to appease foreign governments. Often, indeed usually, the American government was more pacifistic and isolationist than public opinion. At several points in the nineteenth century, the popular pressure for war against Britain and France was almost overwhelming.”

In diesem Zusammenhang wäre auch auf den Vietnam-Krieg zu verweisen. Hier kann sich die Kritik nicht auf einen Mangel an Öffentlichkeit berufen, auch wenn die Regierungen mit Ma-

nipulationen gearbeitet haben. Die Öffentlichkeit hatte genügend Informationen, aber sie war zunächst nicht sonderlich interessiert; sie wollte dem Thema aus dem Weg gehen und ließ sich von der Regierung führen. Zunächst skeptisch gegenüber einer erneuten Entsendung amerikanischer Bodentruppen nach Asien, gab sie sich patriotisch, nachdem die Entscheidung, den Krieg endgültig zu amerikanisieren, einmal gefallen war. Die Öffentlichkeit hat den Krieg dann lange Zeit mehrheitlich unterstützt. Als er sich hinzog und keine schnelle Kriegsentscheidung absehbar wurde, nahm die Opposition gegen die Politik der Regierung zu, wobei jedoch ein signifikanter Teil der öffentlichen Meinung die Kriegführung weder für unmoralisch noch für zu massiv, sondern für *zu zurückhaltend* hielt. Die „schweigende Mehrheit“ vollzog keineswegs eine pazifistische Wende, „unannehmbar war allein der entgangene Sieg“; beim sogenannten Vietnamsyndrom ging es also nicht um Selbstbeschränkung, sondern um das Gegenteil, um die „Aversion gegen militärische, politische und juristische ‚Selbstfesselung‘“ (Greiner 2007: 545).

Es hat weiterhin damit zu tun, dass die politische Psychologie über den pauschalen Pathologie-Verdacht hinaus keinen sicheren Platz in Krippendorffs Studien findet. In *Goethes Politik* verneint er sogar ausdrücklich, dass ihr ein Stellenwert für die Diskussion über Staat und Krieg zukomme: „Es ist ohnehin eine irreführende, *grundsätzlich falsche* Hypothese, die großen außenpolitischen Konflikte, die Kriege der Staaten zumal, aus der psychischen Verfassung der Bürger und Untertanen abzuleiten“ (Krippendorff 1988: 110, meine Betonung). Dabei ist doch die kompensatorische Machtsucht destruktiver Führungspersonlichkeiten eines von Krippendorffs eigenen zentralen Themen; besonders eindrucksvoll in den Analysen der shakespearschen Königs-Dramen. Auch den Nationalsozialismus kann man ohne psychologische Ansätze nicht wirklich begreifen. Die nationalsozialistische Herrschaft war, psychologisch oder psychoanalytisch gesprochen, ein „psychosoziales Arrangement“, eine Kollusion (ein Zusammenspiel) zwischen den Macht- und Größenphantasien einer extrem nationalistischen und antisemitischen Aufsteiger-Elite *und* dazu passenden Bedürfnissen bei den Beherrschten. Hitler faszinierte, weil er die Massen über die autoritäre Unterwerfung hinwegtäuschte und die Befriedigung narzisstischer Wünsche nach Größe, Macht und Einssein versprach bzw. massenwirksam bediente und organisierte: Mit dem Aufstieg Deutschlands würde jeder Deutsche die Chance erhalten, an der Größe und Macht des Dritten Reiches teilzuhaben (Krell 2009: 405-406 auf der Grundlage von Mentzos 2002).

In den *Lebensfäden* beschreibt Krippendorff mit eindrucksvollen Belegen die „tägliche Mobilisierung des dumpfen Volksempfindens“ in Berlin gegen die Studentenbewegung in der

zweiten Hälfte der sechziger Jahre (Krippendorff 2012: 159-161, das Zitat 161). Wer da wen mobilisiert hat, diskutiert er nicht im Detail, aber Verweise auf konkrete politisch Verantwortliche, auf die Springer-Presse oder die Polizeiführung wären hier nicht unplausibel; freilich gehören zur Mobilisierung immer auch diejenigen, die sich mobilisieren lassen. Was die Neo-Nazis heute angeht, dürfte es sehr schwer werden, irgendeine Art von Mobilisierung seitens „der Herrschenden“ zu konstruieren; und zwar auch dann, wenn man die dubiosen Verwicklungen des Verfassungsschutzes in Rechnung stellt. Von einer „Kollusion“ gar mit den Herrschenden ist so gut wie nichts zu sehen.

Immerhin habe ich auch bei Krippendorff wenigstens einen Hinweis auf einen „fast einmalig zu nennenden“ Massenwahn, den „kollektiven patriotischen Rauschzustand“ zumindest in Deutschland und Frankreich zu Beginn des Ersten Weltkrieges gefunden (Krippendorff 1999: 212), und ein anderes Mal spricht er mit Empathie über einen der großen zerstörerischen Machtmenschen und sogar von „unserer eigenen Teilhabe an diesem Bösen“ (Krippendorff 1992: 405-406):

„Selbst der größte politische Verbrecher und ‚Tyrann‘, wie Macbeth dann von seinen Gegnern zu Recht genannt wird, auch wenn er noch so viel Unheil gestiftet und Böses über die Menschen gebracht hat, ist doch noch immer ein Mensch mit Leib und Seele, aus Blut und Sinnen, mit Gefühlen und Gewissen. Eben das wird uns an der Figur, dem Menschen und Gewalttäter Macbeth gezeigt – wir leben ihn und seine Verbrechen von innen her mit und leiden mit ihm, machen die Erfahrung der Sympathie mit seinem Dilemma, seinen Versuchen, dem verständlichen und doch zugleich verbrecherischen Griff nach der Krone, nach der ganzen Macht, statt sich mit dem zweiten Range zu begnügen. Diese Empathie des Zuschauers/Lesers macht *Macbeth* zur großen Tragödie (statt zum Schaustück), zwingt ihn/uns dazu, den verbrecherischen politischen Führer von innen zu sehen, ohne ihn und seine Taten deswegen zu rechtfertigen, zwingt ihn/uns dazu, dass wir uns mit einem Abgrund des Politischen in Gestalt des Machtmenschen auseinandersetzen oder diesen Abgrund wenigstens zu Kenntnis nehmen, den die schnelle und selbstgerechte Verurteilung als ‚Verbrecher‘ und ‚Inkarnation des Bösen‘ in der Regel verdeckt und damit zugleich unsere eigene, und sei sie auch nur minimale Teilhabe an diesem Bösen verdrängt.“

3.2.5 Kleinstaaten als Alternative?

Small Is Beautiful, so ist einer von Krippendorffs 24 Aufsätzen in *Die Kunst nicht regiert zu werden* (Krippendorff 1999: 112-131) überschrieben. Hier greift der Autor die verschiedent-

lich in der politischen Theorie auftauchenden Diskussionen über die optimale Größe von Gemeinwesen, auch Stadtstaaten oder Flächenstaaten auf, etwa im alten Griechenland, um die Französische Revolution oder in den *Federalist Papers*, bis hin zu aktuellen Überlegungen des Soziologen Meinhard Miegel. Überschaubarkeit ist für Krippendorff ein hochgradig politischer Begriff, denn die Verführungen der Machtpolitik und der Staatsräson sind auch Folge eines unausgewogenen Verhältnisses von Herrschaft und Räumlichkeit bzw. von Demokratie und soziogeographischer Größe (Krippendorff 1999: 112):

„Je größer in räumlicher Ausdehnung eine politische Gemeinschaft – heute: ein Staat – ist und/oder je größer an Bevölkerungszahl, umso größer ist notwendigerweise die Distanz zu den Regierenden, zur politischen Klasse, zur Gruppe der jeweiligen Repräsentanten, und zwar ganz unabhängig von der Staats- oder Regierungsform. [...] Herrschaft lebt von Distanz.“

Und in *Goethes Politik* heißt es, wir könnten nur politisch-gesellschaftlich verantwortlich handeln in Zusammenhängen, die wir kennen (Krippendorff 1988: 152-153):

„Zugespitzt formuliert: Demokratie und Mehrheitsentscheidung am Arbeitsplatz, Demokratie und Mehrheitsentscheidung in der Gemeinde, Demokratie und Mehrheitsentscheidung im Kanton, auch, vielleicht, in einem überschaubaren Kleinflächenstaat – aber alles, was darüber hinausgeht, führt notwendig zur sinnen-feindlichen Abstraktion, zur Herrschaft der Begriffe und Phrasen als ideologischem Überbau der großflächigen politischen Einheiten, der großen Staaten. Über eben solche Abstraktionen („nationales Interesse“, „Sicherheitspolitik“, „Gleichgewicht“, „Politik der Stärke“, „Entspannung“, „Abschreckung“ usw.) legitimieren diese sich und werden gleichzeitig in den Köpfen und Händen der Staatsmänner selbst zu unter Umständen tödlichen Realitäten.“

In Goethes Geburtsstadt, der reichsfreien Stadt Frankfurt am Main, habe sich in einer Zeit, in der Politik schon weitgehend zum „Spiel der Großen und Mächtigen auf dem Schachbrett der Welt“ degeneriert war, noch so etwas wie „bürgerlicher Gemeinsinn und Selbstregierung“ gehalten (Krippendorff 2001: 29). Diesen Gemeinsinn in einer überschaubaren politischen Gemeinschaft habe Goethe, der in politischer Vielfalt die Voraussetzungen für kulturelle Blüte sah und im Kleinstaat ein Gegenmodell gegen die Versuchung zur militärischen Macht- und Eroberungspolitik, so wie sie in den großen Staaten angelegt war (Krippendorff 1999: 118), als Minister im Fürstentum Weimar zu praktizieren versucht.

Krippendorff stützt sich für *small is beautiful* auch auf schriftliche Zeugnisse und die Lebenspraxis von Thomas Jefferson,³⁷ darüber hinaus beruft er sich für seine Thesen auf Textstellen des österreichischen Sozialphilosophen Leopold Kohr, Autor verschiedener Bücher gegen Gigantismus, denen er „eine baldige Renaissance“ wünscht (Krippendorff 1999: 128). Eine solche zumindest kleine Renaissance dieses Autors hat inzwischen Dieter Senghaas bewerkstelligt in einem Papier, das mit *Rettung durch den Kleinstaat?* überschrieben ist (Senghaas 2010). Kohr hatte schon mit Blick auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ein Gegenprogramm gegen Strategien der überstaatlichen Integration formuliert, nämlich des Abbaus von Großstrukturen hin zu einem System von „Kleinstaatenselbständigkeit“. Ganz im Sinne Krippendorffs bleibt das eine zentrale Überlegung auch im weiteren Werk dieses wenig bekannten Autors, also „die Reflexion über die *kritische Größe* desjenigen Raumes, innerhalb dessen eine lebenswerte Gesellschaft in politischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht überhaupt realisierbar ist“ (Senghaas 2010: 253). Kohrs Begründungen sind denen von Krippendorff offenbar sehr ähnlich. Großmächte sind die Hauptkriegstreiber, nur sie geben den Kriegen das Potenzial zur totalen Vernichtung. Außerdem könne eine Demokratie aktiver und wirklichen Einfluss ausübender Bürger nur in einem Kleinstaat gedeihen. Größe führe zur Gigantomanie, zu Größenwahn und damit zur Potenzierung von Problemen auf den verschiedensten Gebieten. In der Eigenübersetzung in Dieter Senghaas' Fachsprache werden Parallelen zu Krippendorff bis in die Diktion hinein erkennbar (Senghaas 2010: 258):

„Je größer die Gruppe bis hin zu staatlichen Organisation von Gesellschaft, um so größer wird das jeweils verfügbare Machtpotenzial, wobei angesichts der sich steigernden Komplexität der Umwelt bei solchen an Größe zunehmenden Gruppierungen das Intelligenzpotenzial und die Fähigkeit zur Selbststeuerung mit den entstehenden Problemlagen nicht mehr Schritt halten, so dass es zu folgenreichen Fehlentwicklungen kommt und also die Verfügung über Macht sich *strukturbedingt* in pathologisches Lernen, die Verkennung von Realität, übersetzt. Macht abgesichertes Verhalten wird dann in der Tendenz autistisch.“

Senghaas, der ausdrücklich auf die Geistesverwandtschaft zwischen Kohr und Krippendorffs Buch *Die Kunst nicht regiert zu werden* verweist und der dem *small is beautiful* Ansatz wie gezeigt durchaus etwas abgewinnen kann, reflektiert freilich auch die Voraussetzungen, unter denen die unterstellten positiven Auswirkungen überhaupt wirksam werden könnten.³⁸ Denn

³⁷ Jefferson habe sich vor allem als „Virginia-Patriot“ verstanden (Krippendorff 2001: 58).

³⁸ Wie der Kleinstaat Parma, der von höfischen Intrigen um Machterhalt dominiert wurde, dokumentiert, ist Größe allein nicht das Problem bzw. Kleinheit allein nicht die Lösung; vgl. dazu Krippendorffs eigenen Aufsatz *Stendhals Kartause von Parma* (Krippendorff 1990: 38-49).

bei Kohr fänden sich kaum Überlegungen darüber, welche Konfliktregelungsmechanismen auch in Kleinstaaten zu etablieren seien, um Interessen- oder Identitätskonflikte einzuhegen. Das kann, so füge ich hinzu, wie die Schweiz, Kohrs großes Vorbild, zeigt, bis zum Klassen- oder Religionskrieg gehen. Ganz abgesehen davon, dass eine geordnete Aufgliederung der Welt im Sinne Kohrs, der schon 1940 eine Teilung allein Europas in 40-50 gleich große Staaten vorschlug, sich selbst in einer wohlwollenden annäherungsweisen Phantasie als ein äußerst komplizierter und konflikträchtiger Prozess darstellen dürfte.

Nicht nur die Geschichte der Schweiz, von deren militaristischer Großmachtspolitik im 16. Jhd. kaum noch jemand weiß,³⁹ dokumentiert, dass Kleinstaaten nicht per Definition friedlicher sind; auch die Geschichte der altgriechischen Stadtstaaten spricht gegen eine solche Pauschalvermutung. Auch eine Kleinstaaten-Welt, das kann man schon am Beispiel des bundesdeutschen Föderalismus studieren, erfordert die Koordination politischer Strategien zur Lösung überstaatlicher Problemlagen. Als weiteres, vielleicht sogar das zentrale Problem für die kohrsche (und damit implizit für die krippendorffsche) Perspektive kommt noch die (kapitalistische) Globalisierung hinzu: „Das begrenzte Maximum, nach dem eine ideale Gesellschaft à la Kohr im Kleinstaaten-Kontext streben könnte, ist unter solchen Voraussetzungen [d.h. unter dem Vorzeichen kapitalistischer Produktionsweise, GK] nicht erreichbar“ (Senghaas 2010: 264).

Nun tauchen in Krippendorffs Werk gelegentlich Hinweise auf „qualitativ neue, d.h. sozialistische Produktionsweisen“ auf (z.B. Krippendorff 1993: 178); was das genau sein könnte, wird freilich nicht ausgeführt, außer dass die bisher bekannten diesen Namen nicht verdienen. Die real existierenden bzw. die vergangenen sozialistischen oder gemischten Produktionsweisen geben wenig Anlass zu der Annahme, dass sich die genannten Schwierigkeiten allein durch die Umwandlung der Welt in ein System von Kleinstaaten umgehen ließen. Es sei denn, wir würden in den quasi-autarken traditionell wirtschaftenden Dörfern, die Mahatma Gandhi im Sinn hatte, eine Alternative sehen. Was bleibt, sind Prozesse der Devolution, der Subsidiarität, der „Politik von unten“, für die es viele sehr positive Beispiele gibt, wie ein schöner

³⁹ Zur schweizer Großmachtspolitik im 15./16. Jhd. vgl. Im Hof 1997: 46: „Das halbe Jahrhundert Mitmachen in der großen Politik in der merkwürdigen Rolle eines sich verkaufenden, geldgierigen, derben und wilden Kriegervolkes war nur rascher Aufstieg und rascher Zerfall gewesen, eine momentane Forcierung der Kräfte der Föderation, deren Führung uneinig und von der Maßlosigkeit ihrer Leute abhängig war.“ Welche internen Konfliktregelungsmechanismen die Helvetische Republik in einem langen, auch blutigen Prozess für die interne Pazifizierung entwickelt hat, kann man sehr schön bei Schoch (1998) nachlesen. Dass die Schweiz mit dieser internen Pazifizierung und ihrem dauerhaften äußeren Frieden heute in ihren weltweiten Interaktionen nur Wohlfahrt, Frieden und Gerechtigkeit fördere, werden freilich auch wohlwollende Betrachter der Alpenrepublik nicht ohne erhebliche Einschränkungen behaupten wollen.

Aufsatz von Krippendorff über transnationale NGOs zeigt (Krippendorff 2000: 189-203). Aber wir wissen, dass auch Politik von unten „autistisch“ sein kann bis hin zur Destruktivität.

3.2.6 Kriege vorstaatlicher Gesellschaften

Dass *small* keineswegs immer *beautiful* ist, zeigt auch ein Blick auf vorstaatliche Gewalt zwischen Gruppen. Natürlich weiß auch Krippendorff, dass es Kriege gab, bevor Staaten gebildet wurden; es sei denn, man definierte Krieg als eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Staaten oder zwischen der Regierung eines Staates und anderen bewaffneten Gruppen – was in Teilen der quantitativen Kriegsursachenforschung durchaus getan wird. Aber wenn für Krippendorff der Staat die Voraussetzung des Krieges ist und er nicht bloß tautologisch argumentieren will, dann muss auch die organisierte Gewalt *before civilization* in den Blick genommen werden. Krippendorff tut das auch in *Staat und Krieg*, stellt aber fest, dass die Kriege zwischen nicht staatlich organisierten Gesellschaften anders waren. Ihr Zweck sei nicht Eroberung, Expansion oder die Aneignung fremder Ressourcen zur Verbesserung der eigenen materiellen Basis gewesen, sondern die Selbsterhaltung des Verbandes, die Bewahrung „eines ungemein komplexen Equilibriums“ (sic!), die ritualisierte Bestätigung des Gruppenzusammenhaltes oder die Sicherung des Bestehenden im Falle von Störungen durch extern verursachte Mängelerscheinungen. Insofern seien die Kriege dieser Gesellschaften auch ökonomisch und historisch folgenlos geblieben (Krippendorff 1985: 47).

Schon das Buch von Lawrence H. Keeley, *War Before Civilization* (Keeley 1996), das von einer sehr hohen gewaltsamen Todesrate in den vorstaatlichen Gesellschaften ausgeht, ließ erhebliche Zweifel an diesen Einschätzungen aufkommen. Die Zusammenfassung des aktuellen Beitrags eines amerikanischen Anthropologen, der für sein Papier 11 Untersuchungen aus seinem Fachgebiet ausgewertet hat, kommt ebenfalls zu Ergebnissen, die sich mit Krippendorffs Deutung nur schwer in Einklang bringen lassen (Herrmann 2012). Danach blicken die Volksgruppen im Amazonasgebiet auf eine blutige Geschichte zurück, und zwar schon vor ihrem Kontakt mit den Europäern. Die Mortalitätsrate durch Überfälle oder Kriege zwischen Stämmen lag dort bei etwa 30 % der gesamten Bevölkerung. Und die Gründe für diese Auseinandersetzungen waren nicht so weit entfernt von denen, die Krippendorff für die staatlich organisierten Gesellschaften beschreibt: Es ging meistens um Rache, Ehre, Territorialansprüche und Eifersucht. Kämpfe zwischen Stämmen mit gleicher bzw. ähnlicher Sprache seien besonders häufig gewesen, so heißt es, allerdings hätten sie weniger Opfer gefordert. Sich sehr fremde Stämme hätten seltener miteinander gekämpft, ihre Auseinandersetzungen seien aber

blutiger gewesen. Manche Stämme hätten sich fast gegenseitig ausgerottet. Unter den Yanomami habe die Sterblichkeitsquote durch Kriege 20,9 % erreicht, bei den Waorani habe sie zwischen 1860 und 1960 sogar bei fast 44 % gelegen. (Im Ersten Weltkrieg starben 3 % der Gesamtbevölkerung von Frankreich und Deutschland.) Ironischerweise habe die Christianisierung und die Einführung von Gesetzen zwar zu einem dramatischen Verlust an Identität geführt, dafür aber die Gewalt eingedämmt.

Damit will ich keineswegs einem unreflektierten Konservativismus das Wort reden nach dem Motto: Kriege habe es immer gegeben, weil wir Menschen sind. Auch unter den vorstaatlichen Gesellschaften gab und gibt es erhebliche Varianzen in ihrer Kriegs- oder Friedensorientierung und dramatische Unterschiede, nicht nur nach Phasen und Umständen, sondern auch im Gewaltgrad ihrer Beziehungen. Hier geht es mir nur darum zu zeigen, dass es neben der Variabilität im Verhältnis zwischen Staat und Krieg auch zu viel Kontinuität im Vergleich zwischen nicht-staatlichen und staatlich organisierten Gesellschaften gibt, um eine Kriegs- oder Friedenstheorie allein oder zentral mit der „Zwangsjacke des Staates“ zu begründen.

4. Das Militär

4.1 Der Soldat als Verkörperung des entfremdeten Menschen?

Die Einleitung zu Krippendorffs *Militärkritik* beginnt mit einem Zitat Goethes, in dem der große deutsche Dichter einen Offizier beschreibt (Krippendorff 1993: 9):

„In einem strengen Dienste, wo alles seit Jahren in der bestimmten Ordnung ging, wo alles abgemessen, die ehrene Notwendigkeit allein die Göttin war, der man opferte, wo die Gerechtigkeit zur Härte und Grausamkeit ward und der Begriff von Mensch und Menschheit gänzlich verschwand, war seine gute Seele, die in einem freien und willkürlichen Leben ihre Schönheit würdig gezeigt und ihre Existenz würde gefunden haben, gänzlich verdrückt, seine Gefühle abgestumpft und fast zugrunde gerichtet worden.“

Für Goethes Blick, so Krippendorff weiter in seinen eigenen Worten, sei also entscheidend nicht die unbestreitbare Tatsache, dass Soldaten zum Töten ausgebildet würden, sondern dass „in jedem Uniformträger“ die Menschheit getötet, weil mit der militärischen Disziplin die „Schönheit der Seele“, die in jedem von uns ruhe, verkrüppelt werde: „Der Soldat kann nur darum zum ‚Mörder‘ werden, weil der Mord an ihm selbst zuvor schon begangen worden ist.“ Hier liege der Kern seiner eigenen Militärkritik (Krippendorff 1993: 9 und 19):

„Soldaten sind – heute nicht weniger als früher – einsetzbare, dingliche Mittel der Politik. Sie sind Sachen, nicht als Menschen höchste Zwecke. [...] Nirgendwo, in keiner anderen Institution, keinem Stand oder Beruf wird der Mensch so wie in der Figur des Soldaten seinem Wesen entfremdet, in das eigentliche Gegenteil seiner Bestimmung und seiner Möglichkeiten verkehrt.“

Ich habe diese Passagen mit einem befreundeten Bundeswehroffizier diskutiert. Er hatte mich in den siebziger Jahren als jungen Friedensforscher im Rahmen einer Weiterbildungsveranstaltung für Offiziere zu einem Vortrag über Rüstungskontrolle eingeladen. Wie ich erst 35 Jahre später erfahren habe, hat ihn das Thema damals so gepackt, dass er es zu einem zentralen Teil seiner weiteren Lebensaufgaben gemacht und sich aktiv im Prozess der Entspannung und konventionellen Rüstungskontrolle mit „den Russen“ engagiert hat. Heinz Kluss ist trotz seiner militärischen Laufbahn ein aufrechter Mensch geblieben. Als Pensionär ist er heute unermüdlich lesend, schreibend, mailend tätig, vor allem im Kampf gegen Kriegs- und Militärverherrlichung bei „alten Kameraden“, die in „rechten“ Verlagen publizieren, oder bei Nostalgikern aus der ehemaligen Volksarmee der DDR. Er hat auf die zitierten Passagen so ähnlich reagiert wie Krippendorff einmal auf seine eigenen Kollegen, die er in einem bösen Brief mit einem „zum Teufel mit dieser Friedensforschung“ konfrontierte (Krippendorff 2012: 60-61).⁴⁰

Wo – von Ausnahmen abgesehen – gäbe es z.B. heute noch so dumme Kriegsbegeisterung wie in vielen „rechten“ militärischen Schriften der Weimarer Republik, von der NS-Zeit ganz zu schweigen? Krippendorff schildert in seiner Autobiographie am Beispiel eines Briefes von Heinrich Böll vom 29. Dezember 1939 die damals keineswegs ungewöhnlichen verhängnisvollen Illusionen junger Männer über das Soldatsein. Böll spricht davon, wie sehr ihn das „Absolutgestellsein“ am Soldatentum anziehe, es reize ihn geradezu. Seine soldatische Sehnsucht sei wirklich, immer an der Front zu sein. Mitte 1944 schreibt er noch von „der elementaren Lust des Mannes am Kampf“ in einer Hymne auf Ernst Jüngers *In Stahlgewittern*. Und Krippendorff fügt hinzu, es falle ihm nicht schwer, sich in einer solchen Haltung als „Verlängerung der ihm als Pimpf eingeübten militarisierten Weltsicht“ wiederzuerkennen (Krippendorff 2012: 206-207). Aber seitdem hat sich doch Einiges verändert, und zwar nicht nur bei Böll und Krippendorff und nicht nur in Deutschland, wie man z.B. in einem Aufsatz von

⁴⁰ Heinz Kluss hat sich trotzdem sein Differenzierungsvermögen bewahrt und sich einige Zeit später mir gegenüber sehr lobend über den erwähnten aktuellen Zeitschriftenartikel von Krippendorff zu Goethe (Krippendorff 2012a) geäußert.

David Morgan über Krieg, Militär und Männlichkeit nachlesen kann, aus dessen Zusammenfassung ich hier zitiere (Morgan 1994: 179):

„I have argued that the linkages between masculinity, violence, and the military are rarely, if ever, as straightforward as the dominant model suggests [...] There are also good reasons to suppose that the linkages have become even weaker and more complex in many modern societies. [...] These interacting changes have underlined the need to see the military as a site for the development of a plurality of masculinities rather than a single, dominant, and highly embodied masculinity.”

Dass die Institution des Militärs nicht nur historisch, sondern auch aktuell aus einer menschenrechtlichen oder demokratietheoretischen Perspektive höchst problematisch sein kann, wird kein seriöser Kommentator bestreiten wollen. Bei Wette (2011: 143-146) sind z.B. die verhängnisvollen Kontinuitäten gewalttätiger soldatischer Männlichkeit in Familien und individuellen Biographien von den preußisch-deutschen Kadetten über die Freikorps, die Schwarze Reichswehr bis zur SA und SS nachzulesen. Die Frage ist nur, gilt Krippendorffs Charakterisierung immer und für alle gleichermaßen? Die russische Armee ist noch heute ein Schrecken für alle Rekruten, intern vergleichbar mit der preußischen und der wilhelminischen Armee oder gar der Wehrmacht wohl doch aber nicht. Nicht einmal die US Marines, eine Truppe, die für äußerst brutalen Drill bekannt ist, wäre mit dem Goethe-Zitat und seiner Interpretation durch Krippendorff zureichend beschrieben. Eher zufällig habe ich parallel zu meiner intensiven Krippendorff-Lektüre auch das Buch von Karl Marlantes, *Matterhorn: A Novel of the Vietnam War* (Marlantes 2010), gelesen. Das ist kein pazifistischer, aber alles andere als kriegsverherrlichender Text.

Der Ich-Erzähler ist ein Gruppen-, später Zugführer, der authentisch und realistisch den Dschungelkampf beschreibt. In einem Krieg, von dem er weiß, dass er nicht gewonnen werden kann und dessen offizieller Legitimation er misstraut, schildert er, wie die Marines einen Hügel erobern, ihn auf höhere Weisung wieder räumen, um ihn dann später erneut erobern zu müssen, immer unter schweren Verlusten. Zu dieser also doppelt absurden Situation kommen die unglaublichen Strapazen der jungen Männer, die meisten um die 20 Jahre alt: die ständige Todesangst, die Ungewissheit, die Dunkelheit, die Feuchtigkeit, die Auseinandersetzungen zwischen schwarzen GIs und weißen Offizieren; und kommen immanente Fragwürdigkeiten aus der Planungshierarchie wie z.B. die auch im engen militärischen Verständnis verlogenen, weil meist fingierten *body counts*. Mit Krippendorff frage auch ich, warum werden Soldaten in solche Situationen gebracht oder warum tun sie sich das an? (Einige versuchen verzweifelt,

über Krankheit oder Selbstverstümmelung dem alltäglichen Wahnsinn zu entkommen.) Aber per se „verkrüppelt“ als Soldaten im oben zitierten Sinne sind auch sie nicht, allenfalls geschädigt. Viele sind gewiss körperlich oder seelisch verkrüppelt aus diesem Krieg herausgekommen, wenn sie ihn denn überlebt haben, aber in einem anderen Sinne als dem von Krippendorff unterstellten.

Wir wissen heute, dass der Vietnam-Krieg, in dem angeblich die Freiheit des Westens verteidigt wurde, ein furchtbarer „Fehler“, ja ein politisches Verbrechen war. Aber wir wissen von dem nordvietnamesischen Schriftsteller Bao Ninh aus seinem Roman *The Sorrow of War*, wenn man so will durchaus eine Art Gegenstück zu Marlantes Buch, dass auch der „Befreiungskampf“ des Vietcong und der Nordvietnamesen ein Fehler, ein politisches Verbrechen war. Für eine im Übrigen sehr relative Befreiung wurden viel zu viele Menschen getötet und geopfert (Ninh 1996).

Als ein weiteres Beispiel möchte ich auf Steven Spielbergs neuen Film *Lincoln* verweisen, ein Film, der die Schrecken des Krieges mehr als andeutet: die Schlachtszenen am Anfang und am Ende, das offenkundige Leiden von Lincolns Frau und sein eigenes, verstecktes Leiden über den Verlust eines Sohnes; die innere Zerrissenheit eines weiteren Sohnes, der mit ansehen muss, wie Gliedmaßen in eine Grube gekippt werden, aber trotzdem glaubt, sich zum Kriegsdienst melden zu müssen. Zugleich aber auch ein Film, der den Bürgerkrieg nicht grundsätzlich in Frage stellt, sondern mit dem Verbot der Sklaverei rechtfertigt – und zwar sowohl aus der Sicht der Schwarzen wie der der weißen Gegner der Sklaverei. Mit den Augen von Ekkehart Krippendorff habe ich mich im Anschluss an den Film gefragt, war das Ziel der nationalen Einheit (es ging ja nicht nur um die Sklavenbefreiung⁴¹) bis zu 750.000 Tote wert?

Man müsse sich nur vor Augen halten, was eine Selbstbehauptung des Südens bedeutet hätte, schreibt der Historiker und Journalist Joachim Käppner anlässlich des 150jährigen Jahrestages der Schlacht bei Gettysburg, dem Wendepunkt des Krieges. Die USA wären als Einheitsstaat zerbrochen, gespalten in eine moderne Industriegesellschaft im Norden und ein rassistisches Apartheidsystem im Süden, in mindestens zwei tief verfeindete Staatsgebilde also, die ihrerseits den Keim künftiger Abspaltungen in sich getragen hätten. Ein solches Amerika wäre schwerlich zur Vormacht der Freien Welt aufgestiegen, jener Macht, welche die Demokratien des Westens in zwei Weltkriegen aus höchster Not gerettet hätte (Käppner 2013).

⁴¹ Freilich war die Sklaverei der Motor des Konflikts auf dem Weg zum Krieg und im Krieg selbst, siehe jetzt Davis (2013).

Aber hätte es nicht doch andere, weniger blutige Möglichkeiten des Kampfes gegen die Sklaverei gegeben? Erst zwei Tage nach dem Film habe ich bei Krippendorff, der ein großer Verehrer von Abraham Lincoln ist und 1994 seine *Gettysburg Address zusammen mit einem Essay* herausgebracht hat, ähnliche Fragen zum amerikanischen Bürgerkrieg gefunden (Krippendorff 1985: 358-361). Die Lage der Schwarzen war im Süden nach dem Krieg zum Teil noch schlechter als vorher, ihre wahre Befreiung fand erst 100 Jahre später statt. Was die (tragische?) Doppelrolle Lincolns angeht, so wäre auch zu erwähnen, dass er ausdrücklich die Strategie des „Ausblutens“ im Kampf gegen den personell unterlegenen Gegner, die „Arithmetik des Todes“, befürwortet hat. Auch in dieser Hinsicht war der amerikanische Bürgerkrieg bereits ein „moderner“ Krieg. Trotzdem hat eine deutliche Mehrheit der Frontsoldaten und Offiziere der Union Lincoln wiedergewählt. Auch aus diesem Grund teile ich Krippendorffs oben angeführte Einschätzung der Soldaten und Offiziere auch hier nicht, und zwar für beide Seiten. Sie gilt auch nicht für die amerikanischen Soldaten, die er 1945 als kleiner Junge als sympathische und freundliche Menschen und unbewusst auch als „unsere Befreier und keine triumphierenden Sieger“ erlebt hat (Krippendorff 2012: 42-43).

4.2 Ist Krieg gleich Krieg?

In *Militärisches in unserer Kultur*, einem der Texte in seiner *Militärkritik*, setzt sich Krippendorff mit der „Ideologie“ der Verteidigung auseinander. Eigentlich hätten sich Staaten ja immer nur „verteidigt“, auch schon mal „präventiv“, und dafür das Recht auf die Opferung ihrer Bürger für sich in Anspruch genommen (Krippendorff 1993: 74). Hier stellt sich das schon mehrfach angesprochene Problem, warum nicht nur „die“ Staaten, sondern auch ihre Bürger häufig die genannte „Ideologie“ teilen, etwa im soeben erwähnten amerikanischen Bürgerkrieg; also auch selbst des guten oder schlechten Glaubens sind, sie verteidigten sich tatsächlich gegen einen Gegner, der ihrem Gemeinwesen übel wolle. An mehreren Stellen seines Werkes scheint es für Krippendorff selbst so etwas wie eine legitime Verteidigung gegeben zu haben, etwa im Falle der griechischen Stadtstaaten, die sich dem Eroberungszug des persischen Großreiches gewaltsam und erfolgreich widersetzen (Krippendorff 1985: 376):

„Kein Zweifel, dass die erobernde Expansion Persiens in der zweiten Hälfte des 6. und zu Anfang des 5. Jahrhunderts, beginnend mit der Unterwerfung der reichen, kleinasiatischen griechischen Kolonialstädte und dann nach Griechenland selbst übergreifend, eine militärische Verteidigung herausforderte und erzwang.“

In der Analyse des Shakespeare-Dramas *Coriolanus* scheint Krippendorff die Tribunen zu tadeln dafür, dass sie, als sich Coriolans Rachefeldzug abzeichnet, nicht einmal einen Versuch machen, die Verteidigung zu organisieren. Auch die Patrizier, so heißt es weiter, dächten nicht daran, „das Vaterland zu retten“ (Krippendorff 1992: 251). Was die Neuzeit angeht, so hat kein geringerer als der amerikanische Präsident Thomas Jefferson Krieg „als Notmaßnahme“ und „unter bestimmten Bedingungen“, also vor allem zur Verteidigung akzeptiert; außerdem hat er Piraten bekämpfen lassen (Krippendorff 2011: 108-109). Und ich habe schon erwähnt, dass Krippendorff Chinas Angriff auf indisches Territorium im Himalaya im Jahre 1962 auf das schärfste verurteilt und als Grund für die Abkehr Indiens von einer weitgehend entmilitarisierten Außenpolitik bezeichnet, wenn vielleicht auch nicht anerkennt; das bleibt unklar. Was Hitler-Deutschland betrifft, so hat er offenbar – auch das habe ich schon angedeutet – Alternativen zum gewaltsamen Widerstand gegen die Eroberungszüge der deutschen Wehrmacht im Kopf, aber immerhin zitiert er den von ihm (auch von mir) hoch geschätzten scharfen Kriegs- und Militarismus-Kritiker Karl Kraus mit einem Satz aus dem Jahre 1935: „Gegen Hitler gibt es nur eines: die Waffe“ (Krippendorff 1990: 173, FN 14).

Wie kann es dann sein, dass derselbe Krippendorff in dem oben schon zitierten Passus aus seiner *Militärkritik* weiter schreibt, es stelle sich erst lange hinterher heraus, dass alle Verteidigungskriege Angriffskriege und umgekehrt waren; der Etikettenschwindel gehöre schließlich zum Metier (Krippendorff 1993: 74). Weiter vorn heißt es auf S. 12, das böse Mittel Militär habe noch nie Gutes geschaffen. Gleichzeitig verwirft er alle Modelle alternativer oder defensiver Verteidigung, so wie sie zeitweise auch in der Friedensforschung intensiv diskutiert wurden. (Immerhin lässt Johan Galtung in einem Vorwort zu Krippendorffs *Militärkritik* offen, ob die Zeit für die Abschaffung des Militärs schon gekommen sei oder ob es nicht doch um eine „defensive Verteidigung, anstelle der Aggressivität einer offensiven Verteidigung“ gehe, Krippendorff 1993: 8.) In einem anderen Essay erklärt Krippendorff noch einmal die Differenz zwischen Angriff und Verteidigung für „zweitrangig“ (Krippendorff 1992a: 29) und in der *Militärkritik* betont er außerdem, Blauhelme seien auch nicht besser als andere Helme. Das einzige, was für ihn zählt, ist die einseitige und vollständige Abrüstung: *Helme absetzen, nicht blau färben*, ist seine Devise (Krippendorff 1993: 138-144, 159-180).

Nun ist es in der Tat nicht einfach und auch nicht hinreichend, wenn man diejenige Partei, die einen Krieg beginnt, als Aggressor, die andere als die sich verteidigende kodiert, wie das in der quantitativen Kriegsursachenforschung häufig geschieht. Der Gaza-Krieg vom Januar 2009 taucht zwar in vielen Kriegsstatistiken gar nicht auf, weil die allermeisten Getöteten

Zivilisten waren, das eigentlich Probleme dieses Krieges, Krieg aber als eine bewaffnete Auseinandersetzung mit mindestens 1000 im Kampf gefallenen Soldaten definiert wird. Wer hat diesen Krieg angefangen? Vordergründig die Hamas. Aber die Kriegsschuldfrage wäre damit nur unzureichend beantwortet, weil – wie die Vorgeschichte auch dieses Krieges zeigt – der Nahost-Konflikt insgesamt durch *wechselseitige* Konfliktverstrickung und die Unkultur *wechselseitiger* Vergeltung gekennzeichnet ist.

So konzidiere ich ohne weiteres, dass es in vielen, wahrscheinlich sogar in der großen Mehrzahl aller bewaffneten Konflikte nicht nur die gute und die böse Seite gibt. Wie sich Kriegsschuld verteilt, kann man lange und auch sehr unfruchtbar diskutieren; manchmal brechen Herrschende *und* Beherrschte über solchen Streit sogar einen neuen Krieg vom Zaun. Aber Krippendorff verdoppelt mit seinem Pauschalurteil einen anderen schweren Mangel der (frühen) quantitativen Kriegsursachenforschung, die häufig nicht ausreichend zwischen der Art des Krieges und der Legitimität der jeweiligen Gewaltanwendung unterschieden hat. Jeder erfolgreiche Kolonialkrieg Englands zählte in den berühmten *Wages of War* von David Singer und Melvin Small genauso wie die gelungene Abwehr eines unprovokierten Angriffskrieges (eben als Erfolg), das Scheitern der nationalsozialistischen Eroberungskriege genauso wie der gescheiterte Aufstand eines Volkes gegen Kolonialherrschaft (als Niederlage) (Krell 1984: 103).

Nur wenn Angriff oder Verteidigung unter gar keinen Umständen noch relevante Unterscheidungskriterien sind, kann man auch alle Soldaten als potenzielle Mörder bezeichnen, wie das Krippendorff wiederholt tut: „Das Militär ist eine Organisation zur Legitimierung durch Gewalt und, offen und direkt ausgesprochen, zum Mord“ (Krippendorff 1993: 49). Demgegenüber bestehe ich darauf, dass es einen Unterschied ums Ganze ausmacht, und zwar nicht nur völkerrechtlich, sondern auch politisch und moralisch, ob man als SS-Mann (weiß)russische Dörfer und ihre Einwohner gleich mit verbrannt hat oder als russischer Jude zu den Partisanen in die Wälder gegangen ist. Eine Friedens- und Konfliktforschung, die die legitimen Sicherheitsbedürfnisse (wie legitim, ist immer zu diskutieren) von Gruppen, Völkern und ihrer politischen Repräsentanten, auch wenn sie ihr nicht immer einleuchten mögen, nicht ernst nimmt und prinzipiell nicht mehr zwischen lebensgefährlicher Aggression und Notwehr unterscheidet, erschien mir als sehr problematisch; jedenfalls dürfte sie nicht viel Gehör finden.

4.3 Ist das Militär immer Herrschaftsinstrument?

In der *Militärkritik* vertritt Ekkehart Krippendorff auch die Auffassung, das Militär aller Staaten beanspruche in allen Teilen der Welt mit Erfolg den „konstantesten und proportional größten Anteil am Steueraufkommen der Völker“; über Jahrzehnte, Jahrhundert hinweg sei er, mit wenigen Unterbrechungen, immer nur gestiegen (Krippendorff 1993: 133). An anderer Stelle heißt es, das Militär sei zum „Krebsgeschwür aller Gesellschaften“ geworden (Krippendorff 1999: 368). Auch hier ist die Wirklichkeit komplizierter. In vielen westlichen, aber auch in anderen Ländern liegen die Sozialausgaben schon seit Jahrzehnten über denen für die Rüstung, ist der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt seit dem Ende des Ost-West-Konflikts kontinuierlich gesunken. Das trifft sogar für die hochgerüsteten USA, und sogar schon für die Zeit des Ost-West-Konflikts zu. Auch für längere historische Zeiträume dürfte gelten, dass der Anteil der Militärausgaben an den Staatsbudgets eher geringer geworden ist, einfach weil die modernen Wohlfahrtsstaaten Zug um Zug neben der „Sicherheit“ weitere Aufgaben übernommen haben.

Aber darum geht es mir in diesem Abschnitt nicht vorrangig. Hier will ich prüfen, inwieweit das Militär Herrschaftsinstrument auch nach innen sei. (Krippendorff bezeichnet übrigens auch die Zöllner, die Bahnbeamten und die Feuerwehr als „aufgeblähte Puppen der Macht“ – wegen ihrer Uniformen, Krippendorff 1993: 67.) Es soll und kann nicht bestritten werden, dass dieser Sachverhalt historisch und aktuell in vielen Fällen eindeutig gegeben ist (reichlich Evidenz z.B. in Krippendorff 1985: 337-345). Nur fehlt auch hier wieder die Differenzierung. Krippendorffs These, Militär sichere Herrschaft auch nach innen, da es im Falle von Revolutionen gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden könne, haben schon Christoph Weller und Michael Zürn Anfang der neunziger Jahre wenigstens kursorisch überprüft, und zwar am Beispiel der VR China, der DDR und Rumäniens im Epochenjahr 1989 (Weller/Zürn 1991).

Danach konnte in China die Herrschaft der dogmatischen Parteikader gewaltsam gesichert werden, aber auch erst nachdem Truppen aus anderen Landesteilen nach Peking verlegt worden waren. Die zunächst für die Repression der großen Demonstration auf dem Platz des Himmlischen Friedens (1 Million Teilnehmer) vorgesehene 38. Armee, die südlich von Peking stationiert war, hatte sich geweigert, gegen die Demonstranten eingesetzt zu werden. In der DDR waren weder Polizei noch Betriebskampfgruppen und auch das Militär nicht zu „chinesischen Aktionen“ gegen die friedlichen Demonstranten bereit. Trotz gegenläufiger Anweisungen der Staatssicherheit erschienen die Betriebskampfgruppen bei der Großdemonstra-

tion am 9. Oktober, wenn überhaupt, dann ohne Waffen. In Rumänien hat die *Securitate* das Ceausescu-Regime verteidigt, die Armee war jedoch nicht bereit, Gewalt gegen die Bevölkerung anzuwenden. Die Autoren der Recherche, die man heute um eine Untersuchung der Umstürze in den arabischen Ländern (mit divergierenden Befunden) erweitern könnte, stellten zusammenfassend fest, dass „Gewaltapparate, deren Mitglieder am normalen gesellschaftlichen Leben teilnehmen, nicht oder zumindest entscheidend weniger bereit sind, die Herrschaft einer politischen Klasse, die von weiten Teilen der Bevölkerung nicht (mehr) als legitim erachtet wird, mit Gewalt zu verteidigen.“ Krippendorff habe also die Enge des Zusammenhangs von Militär und staatlicher Herrschaft deutlich überschätzt (Weller/Zürn 1991: 101).

5. Der Pazifismus-Streit

5.1 Die Kontroverse in der deutschen Friedensforschung

In der Zeit des Ost-West-Konflikts und der Entspannungspolitik galt gerade in Deutschland die Stilllegung des Militärischen als plausibel, jedenfalls in Europa. Zwar war diese Stilllegung prekär, weil sie auf der nuklearen Abschreckung beruhte, aber diese Paradoxie schien sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts, der Deutschen Einheit und den Vereinbarungen über nukleare und konventionelle Abrüstung aufzulösen. Wie so oft in Umbruchs-Zeiten, die im ersten Moment als Völker- und Friedensfrühling wahrgenommen werden, stellten sich jedoch bald neue Paradoxien ein. Mit den gewaltsamen Nationalitäten-Konflikten vor allem in Jugoslawien sah sich auch die deutsche Politik mit praktizierter militärischer Gewalt nicht nur in der Dritten Welt, sondern gleichsam vor der Haustür konfrontiert. Die Frage sogenannter humanitärer Interventionen entzweite nicht nur *Die Grünen*, die daran zu zerbrechend drohten, sondern auch die Friedensforschung, zum Teil sogar die Friedensbewegung. Schon fast vergessene Kontroversen um kollektive Sicherheit gegebenenfalls auch durch militärische Zwangsmaßnahmen versus unbedingter Antimilitarismus brachen wieder auf (Hummel/Grundmann 1998: 9):

„Der Nuklearpazifismus hatte seine bisherige konsensstiftende Bedeutung verloren. Die friedenspolitische Auseinandersetzung führte zu einer unüberwindlich scheinenden Polarisierung, in der sich idealtypisch zwei Positionen gegenüberstanden: der Radikalpazifismus, der militärische Gewaltanwendung grundsätzlich ablehnt, und der ‚relative Pazifismus‘, wie ihn Gert Krell genannt hat, der das Recht auf Notwehr und die Pflicht zur Nothilfe auch mit militärischen Mitteln betont. Als institutionalisierte *Community* der Friedens- und

Konfliktforschung konnte auch die AFK diesem neuen Pazifismusstreit nicht entgehen, obwohl sie vielleicht länger als andere Bereiche der friedenspolitischen Öffentlichkeit am Mythos eines pazifistischen Konsenses festhielt, sich jedenfalls zunächst nicht einer produktiven Auseinandersetzung mit der Interventionsdebatte jenseits von Aus- und Abgrenzungen stellte.“

Der Konflikt in der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung eskalierte, als Ulrike Wasmuht auf der Jahrestagung der AFK im Frühjahr 1997 in einem Einführungsvortrag über den „dritten Richtungsstreit“ in der Friedensforschung, für den sie Texte und Befragungen verschiedener Kolleg/innen ausgewertet hatte, die Kontroverse dokumentierte und analysierte. Der Vortrag wurde im AFK-Rundbrief veröffentlicht (Wasmuht 1998). Da sahen sich die „relativen Pazifisten“ dann mit Vorwürfen konfrontiert wie: die Kollegen in den staatlich finanzierten Friedensforschungsinstituten seien „in einer subtilen Weise bestochen“ (Ekkehart Krippendorff) oder sie wollten durch bestimmte Forschungsergebnisse ihre Arbeitsplätze sichern (Theodor Ebert). Karlheinz Koppe wurde zitiert mit einer Kritik an „vordergründigem polittaktischem Denken“, das zwar nicht für den Atomkrieg, ansonsten aber für den Krieg sei. Von Gerda Zellentin war zu hören, wer solche Positionen vertrete, sei eben kein Friedensforscher, sondern gebe sich nur dafür aus. Kollegen aus den neuen Bundesländern – darunter Max Schmidt, der jahrelang die offizielle marxistische DDR-Doktrin vom gerechten sozialistischen Krieg mit vertreten hatte – warnten vor einer moralischen Diskreditierung der Friedensforschung; Egbert Jahn sah ihr Ende gekommen. Wolf-Dieter Narr wurde mit dem schon erwähnten Rauchfleisch-Gleichnis (s. oben Fn. 12) aufgeführt und mit einer Warnung vor „unsauberen“ Vermischungen in der Friedensforschung; die „Rauchfleischtypen“ nannte er Opportunisten, die ihren Kopf und ihr Herz schlafen legten. Narr wünschte sich also einen reinen, von „Opportunisten“ gesäuberten Pazifismus (Krell 1998: 41-42).⁴²

Der AFK-Vorstand bemühte sich, den endgültigen Bruch zu vermeiden (mehrere Kollegen und ich selbst erwogen ernsthaft ihren Austritt), und unter der Leitung von Reiner Steinweg, der sich sehr gut in gewaltfreier Kommunikation auskennt, haben einige der Kontrahenten auf einer kleinen Tagung versucht, miteinander ins Reine zu kommen. Auf dieser Tagung übernahm Ekkehart Krippendorff am späten Abend in einem Spiel mit vertauschten Rollen den Part des „relativen“ Pazifisten, und so fühlte ich mich zum ersten Mal auch von ihm verstanden. Da konnte ich mich dann spontan auf die Gegenseite setzen und energisch für Früherken-

⁴² In der für den Tagungsband überarbeiteten Fassung hat Ulrike Wasmuht die besonders brisanten Passagen aus dem Interview mit Narr gestrichen.

nung, Prävention und langfristige Strategien der Friedensförderung plädieren, denn natürlich habe ich diese Seite auch in mir; ich brauchte sie nicht bloß zu spielen. Ich habe diese kleine Tagung auf der persönlichen wie auf der intellektuellen Ebene immer als etwas Besonderes empfunden, weil sie mir zu zeigen schien, wie Spannungen zwischen „Realos“ und „Fundis“ unter wechselseitiger Anerkennung fruchtbar gemacht werden können. Integration und Identitätsbildung würden dann in einem dialogisch-dialektischen Prozess entstehen. (Auch in anderen Gesprächen oder Korrespondenzen, z.B. mit Egbert Jahn oder Karlheinz Koppe, fanden auf der Sach- und auf der Beziehungsebene Klärungen statt, wurde der eine oder andere Vorwurf ausgeräumt oder zurückgezogen.)

Umso größer war meine Enttäuschung darüber, dass von diesem „Moment der politischen Vernunft“ in Krippendorffs Blick zurück auf seine politischen Lebenserfahrungen und sein Lebenswerk kaum etwas übrig geblieben ist. Mich stört keineswegs, dass er auch in den *Lebensfäden* am absoluten Pazifismus festhält. Aber wieder reklamiert er den Begriff des Pazifismus allein für diejenigen, die militärische Gewalt unter allen Umständen ablehnen. Die Fachvertreter der Friedensforschung hätten jetzt (in den neunziger Jahren und darüber hinaus) der „Remilitarisierung der Politik und den sie flankierenden wissenschaftlichen Diskursen“ hilflos gegenüber gestanden, schreibt er. In bitteren Disputen habe sich die Disziplin gespalten, seien Freundschaften irreparabel beschädigt worden. Und weiter ist die Rede von einer Bruchlinie zwischen Kriegs- und Nachkriegsgeneration, denn es seien mehrheitlich die Jüngeren gewesen, die „bellizistische Positionen einnahmen und eine Nie-wieder-Auschwitz-Position umstandslos [!] mit friedensforscherlicher Rechtfertigung militärischer Interventionen vereinbarten“ (Krippendorff 2012: 63-64). Denjenigen unter den jüngeren „Bellizisten“, die ihre wissenschaftliche Zukunft noch vor sich hätten, unterstellt er Opportunismus. Um ihre beruflichen Karrieren nicht zu gefährden, wollten sie sich nicht zu weit vom realpolitischen Konsens entfernen (Krippendorff 2012: 64-65):

„Das neue, wieder vereinigte Deutschland sollte mit entsorgter NS-Vergangenheit endlich wieder ein gleichberechtigtes – darf man sagen: ‚gleichgeschaltetes‘? [sic!] – Mitglied der Staatengesellschaft werden. [...] Als Friedensforscher grundsätzlich gegen militärische Konfliktlösungen und in jedem Falle gegen eine deutsche Beteiligung an Militärinterventionen zu sein, das hieß sich von diesem realpolitischen Konsens zu entfernen und, in letzter Instanz, auch eben die eigene akademische Karriere in Gremien, bei wissenschaftlichen Bewerbungen oder auch nur für Kongresseinladungen zu riskieren.“

Zieht man Krippendorffs Schriften aus dem zeitlichen Umfeld des Verständigungsversuchs in der AFK mit heran, dann wird verständlich, warum dieser Versuch letztlich doch scheitern musste. In Texten zum Kosovo-Krieg wird Joschka Fischer zum „Verräter“, äußert Krippendorff zugleich Unverständnis darüber, wie man überhaupt, wenn man das Politische ernst nehme, *nicht* zu unbedingten pazifistischen Konsequenzen kommen könne (Krippendorff 2000: 214-215). Denn zu jeder Form der Gewalt gebe es eine zivile Alternative (Krippendorff 2000: 219 oder 2009: 128). Eine Wochenendklausur unter Experten für gewaltfreie Aktion hätte gereicht, gegen Milosevics ethnische „Säuberungen“ ein aussichtsreiches ziviles Widerstandsprogramm zu formulieren: einen totalen Wirtschaftsboykott einschließlich der Abspernung von jeder Öl-Zufuhr, intensive Aufklärungsaktionen, hauptsächlich durch pausenloses und massenhaftes Abwerfen von entsprechenden Flugblättern oder Broschüren unter der serbischen Bevölkerung mit Androhung an alle Armeekommandanten bis zum kleinsten Milizsoldaten, dass jedes Verbrechen vor ein Kriegsgericht komme (Krippendorff 2000: 212-214). Was Bosnien betreffe, so sei eine Alternative gewesen, von außen 10-30.000 Zivilisten in den Schutzzonen zu stationieren (Krippendorff 1999: 168).

Das alles kann man ernsthaft diskutieren. Nur muss man wissen, dass sich Wirtschaftsboykotts nicht von einem auf den anderen Tag organisieren lassen und dass es oft sehr lange dauert, bis sie Wirkung zeigen. Oft gelingt es den Herrschenden sogar in solchen Situationen, die Zustimmung der boykottierten Bevölkerung zu ihrer Politik zu vergrößern, zumindest zeitweise. Und: wirtschaftliche Sanktionen treffen meistens die ärmeren Teile der Bevölkerung besonders hart; die Todesfälle vor allem unter Kindern nehmen u.U. dramatisch zu, wie Untersuchungen zu Haiti und zum Irak gezeigt haben. Und was Bosnien angeht, so wären aus meiner Sicht die 32.000 zusätzlichen UN-Soldaten, die Kofi Annan, der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, gefordert hatte, um die UN-Schutzzonen auch wirklich schützen zu können, die er aber nicht bekam, immer noch die aussichtsreichere und realistischere Alternative gewesen (Annan 2013: 20). In meinem Kommentar zur Kontroverse über Bosnien schrieb ich damals (Krell 1998: 48):

„Gewiss wurden auf westlicher Seite politische Handlungsmöglichkeiten nicht genutzt bzw. schwere politische Fehler gemacht: die fehlende wirtschaftliche und politische Unterstützung für die Regierung Markovic; die vorzeitige Anerkennung Kroatiens durch Deutschland; die Weigerung der meisten europäischen Länder (nicht Frankreichs!) und der USA, die Anerkennung von Bosnien-Herzegowina mit der präventiven Stationierung von Friedenstruppen zu verbinden ([Präsident] Izetbegovic hatte händeringend darum gebeten);

der zögernde und späte Protest gegen die Lager. Aber die Literaturlage erlaubt es mir auch zu sagen, dass es Stationen gab, in denen die begründete Chance bestand, mit vergleichsweise geringen Risiken den Hauptaggressor Serbien durch glaubwürdige militärische Drohpolitik in die Schranken zu weisen. [US-]Außenminister [James] Baker hat bei seiner „last minute“-Blitzreise in Jugoslawien die Anwendung von Gewalt durch die USA jedoch explizit ausgeschlossen, und damit wusste Milosevic, dass er den Druck der Vereinigten Staaten nicht zu fürchten brauchte.

Obwohl [der kroatische Staatspräsident] Tudjman dringend darum ersuchte, führen keine amerikanischen Kriegsschiffe auf, als Dubrovnik beschossen wurde. Obwohl es Pläne gab, die serbischen Panzerkolonnen vor Vukovar und die serbische Artillerie um die Stadt herum aus der Luft zu bombardieren oder wenigsten mit Kampfflugzeugen zu überfliegen, ist nichts passiert. Später wurde der serbische Nachschub nach Bosnien nicht wirksam gestört. Und es war ein Skandal, dass die Staatengemeinschaft bestimmte Gebiete zu Schutzzonen bzw. zu „sicheren Gebieten“ erklärte und dann praktisch zuschaute, wie Teile der Bevölkerung in Srebrenica, vor allem Männer und Jungen, zu Tausenden liquidiert wurden; wirklicher Schutz hätte militärischen Schutz bedeutet. Die These einiger Kolleginnen und Kollegen schließlich, der Krieg, die Belagerung und Beschießung Sarajewos und das Abschlagen wären auch ohne die militärische Intervention der NATO von sich aus zu einem Ende gekommen, halte ich für eine idealistische Rationalisierung, auf gut deutsch für einen ‚frommen Wunsch‘.“

Heute kann ich aus einem aktuellen Zeitungsartikel über drei Niederländer, die als junge Männer zum UN-Kontingent in der Schutzzone Srebrenica gehörten, folgendes ergänzen. Einer von ihnen, Anne Mulder, heute Abgeordneter in Den Haag, hatte sich nach dem Abschluss seines Studiums mit 25 freiwillig für den Einsatz in Bosnien gemeldet, weil er dachte, Menschen zu schützen sei eine gute Sache. Aber er musste, wie seine Kameraden auch, sehr bald einsehen, dass er „auf einem verlorenen Posten gelandet war“ (Klein 2013):

„Diese Hilflosigkeit habe ihn fertiggemacht, sagt er, die völlige Unmöglichkeit, irgendetwas zum Guten zu wenden in den Tagen, als die Serben von den Bergen herunterkamen. Er, der Mann mit dem blauen Helm, fühlte die Verantwortung und wollte sich ihr stellen, aber er wusste nicht wie. Er roch den Geruch der Angst, er sah in den Augen die Bitten um Hilfe, ‚aber du warst nicht in der Lage, sie zu geben.‘ [...] Du konntest nichts tun.“

Die ausführliche Analyse des holländischen Historikers Hans Blom, der sich sechs Jahre lang mit dem Massenmord von Srebrenica und seiner Vorgeschichte beschäftigt hat, bestätigt, dass man die jungen Soldaten einer völlig aussichtslosen Situation ausgesetzt hatte. Sie sollten eine Schutztruppe bilden, ohne dafür ausgerüstet zu sein. Es habe nur die vage Hoffnung gegeben, dass sich die guten Absichten irgendwie durchsetzen würden: „Durchsetzen gegen eine Blut- und bodentruppe, von der man doch wusste, dass ethnische Säuberung ihr Markenzeichen war“ (Klein 2013).

Krippendorffs Polemik gegen den „Bellizismus“ seiner Kolleginnen und Kollegen verwundert vor diesem Hintergrund umso mehr, als er an einer Stelle sogar einräumt, die traditionelle Politik habe mit der militärischen Intervention in Bosnien am Ende doch „einen gewissen Erfolg“ verbuchen können (Krippendorff 1999: 168). Was den Irak-Krieg betrifft, so schreibt er, faktisch völlig korrekt, dass er von der Mehrheit der Iraker zunächst tatsächlich als Befreiung empfunden worden sei, was, so ergänze ich, zumindest für die irakischen Kurden bis heute gelten dürfte. (Krippendorff fügt freilich einschränkend gleich hinzu, dass das nur ein fast zufälliger Nebeneffekt machtpolitischer, d.h. geostrategischer Überlegungen der USA gewesen sei [Krippendorff 2012: 237-238]). Goethe lässt er durchgehen, dass er zwar Kriegsgegner und Antimilitarist, aber kein unbedingter Pazifist war; ihm verzeiht er sogar, dass er in Napoleons militärisch gestützter Politik anfangs die Chance für eine neue europäische Friedensordnung gesehen, dass er ihn als *Pacificator* Europas missverstanden hat (Krippendorff 1999a: 80-81 und 88-89). Wahrscheinlich steht Goethe sogar den „relativen“ Pazifisten näher als Krippendorffs absolutem Pazifismus. Darauf deuten jedenfalls folgende Passagen, die ich aus *Goethes Politik gegen den Zeitgeist* (Krippendorff 19991: 80-81) referiere bzw. zitiere. So sei für Goethe der Krieg wohl aus dem Leben der Völker nicht gänzlich wegzudenken; er sei einzuhegen, zu bekämpfen, zu verurteilen. Auch müssten wir ihm jeden Anspruch streitig machen, hier könne sich der Mensch, der Mann vor allem in besonderem Maße bewähren und mit seinen besten Eigenschaften verwirklichen. Und der Dichter wörtlich: „So ist zwar nicht zu hoffen, dass ein allgemeiner Friede dadurch sich einleite, aber doch, dass der unvermeidliche Streit nach und nach lässlicher werde, der Krieg weniger grausam, der Sieg weniger übermütig.“

Zu Albert Einstein, einem der bedeutendsten Pazifisten des 20. Jahrhunderts, schreibt Krippendorff, niemand habe so nachdrücklich und unermüdlich für eine Politik und Wissenschaft gleichermaßen umfassende „ethische Kultur“ geworben (Krippendorff 1999: 323-324, Fn. 7).

Dass Einstein den Konflikt zwischen radikalem und relativem Pazifismus in seiner eigenen Biographie verkörperte (ich gehe gleich darauf ein), erwähnt er mit keinem Wort.

Das letzte Wort zum Pazifismus-Streit in diesem Abschnitt soll hier jene Nachkriegsautorin haben, die ihn nicht ausgelöst, aber offengelegt hat. Krippendorff nennt „Friedenstruppen“ einen Widerspruch in sich, lehnt also auch die „Nachsorge“, den Versuch der Friedensstabilisierung mithilfe von Soldaten *nach* einer kriegerischen Auseinandersetzung, ab (Krippendorff 2000: 224). Dazu noch einmal Ulrike Wasmuht aus dem neuen Nachwort zur ihrem ursprünglichen Vortrag (Wasmuht 1998: 37):

„Auch wir haben uns aufgrund unserer Erfahrungen und mit uns unsere moralisch-ethischen Bewertungen verändert. In der ‚Pazifismus-Bellizismus‘-Diskussion, die unter Links-Intellektuellen und innerhalb der Grünen ausgetragen wurde, war offensichtlich, dass viele ihre Einstellung über den IFOR- resp. SFOR-Einsatz nach einem Besuch in Bosnien gründlich revidierten. [...] Auch ich habe solche Meinungsänderungen bislang extrem kritisch gesehen, wenn z.B. ein Joschka Fischer sich von der absoluten Gewaltfreiheit abwendet und plötzlich das Militär als Friedensstifter anruft [...] Inzwischen sehe ich das etwas anders. Und nicht, weil ich in einer Institution der Bundeswehr arbeite oder sonstwelchen Reproduktionszwängen unterstehe, sondern weil ich im Februar 1998 im Rahmen eines soziologischen Einsatzbegleitprojektes in Bosnien war und die Gelegenheit hatte, all die Spuren des Krieges mit eigenen Augen zu sehen. Es war für mich, die den Krieg bislang nur aus den Erzählungen der Eltern und Großeltern kennt, etwas anderes, dort selbst zu sein, als zerstörte Häuser in den Medien nur mittelbar zu sehen. Für mich war diese Woche eine prägende Zeit. Ich bin überzeugt, dass die SFOR-Truppe in Bosnien gebraucht wird – m.E. würde der dort labile Frieden ohne sie bald wieder zerstört sein.“

5.2 Ein historischer und systematischer Rückblick

Ich möchte zunächst noch einmal unterstreichen, dass es im Pazifismus bzw. in der internationalen Friedensbewegung seit ihren Anfängen im 19. Jhdt. immer schon unterschiedliche Strömungen gegeben hat, auch wenn im öffentlichen Sprachgebrauch Pazifismus häufig mit der Ablehnung jeder Art von militärischer Gewalt assoziiert wird. Krippendorff freilich, der auch immer wieder Pazifismus mit gewaltfreier Politik gleichsetzt und den Begriff „radikaler Pazifismus“ als einen Pleonasmus (einen „weißen Schimmel“) bezeichnet, weil Pazifismus immer radikal sei (Krippendorff 2000: 225), sollte es besser wissen. Der auch von ihm so geschätzte Albert Einstein vertrat bis 1933 einen „radikalen“ Pazifismus, warb für die Kriegsdienstver-

weigerung und setzte sich kritisch (und ganz in Krippendorffs Sinne) mit „relativen“ Pazifisten auseinander (Einstein 1975: 110, 113, 119):

„Friedliche Streitschlichtung ist nur möglich, wenn die Kampfheere allenthalben abgeschafft werden und ebenso jede Militärpflicht. Einstweilen wäre es förderlich, wenn alle Menschen von Ansehen für die prinzipielle Militärdienstverweigerung einträten.“

„Die einzige wirksame Aktion besteht darin, für die Ausrottung des Krieges zu kämpfen. Man muss die widersinnige Idee brandmarken, Rüstungen könnten die Sicherheit garantieren.“

„Krieg führen heisst Unschuldige töten und sich selbst unschuldig töten lassen [...] Kann sich ein selbständiger und anständiger Menschen an einem solchen Geschäft beteiligen? Würden sie einen Meineid begehen, wenn es Ihr Staat verlangt? Gewiss nicht, aber Unschuldige töten?“

1933 hat Einstein seine Position geändert, wurde er selbst zum „relativen“ Pazifisten. Einstein war einer der wenigen Intellektuellen, die sofort erkannten, dass Hitlers Machtergreifung eine Kriegserklärung an Europa (und an die Juden) war. Zwar hielt er an seinem langfristigen Ziel fest, der Abschaffung des Krieges durch eine Organisation zur friedlichen Lösung internationaler Konflikte; er forderte aber jetzt den Westen auf, gegen Hitler eine wirksame Abschreckung durch Aufrüstung aufzubauen. Einsteins frühere Mitstreiter warfen ihm Verrat an der Sache des Antimilitarismus vor und diffamierten ihn als „Renegaten“. Auch diejenigen, die ihre Enttäuschung freundlicher formulierten, verstanden seine Wende nicht, u.a. weil sie glaubten, Hitler werde nicht so dumm sein, Krieg zu führen. An seine Kritiker schrieb Einstein 1933 (Einstein 1975: 247, 252-253):

„Solange Deutschland durch materielle Rüstungen und Abrichtung der Bürger systematisch den Revanchekrieg vorbereitet, sind die westeuropäischen Länder leider auf militärische Abwehr angewiesen. Ich behaupte sogar, dass sie, wenn sie klug und vorsichtig sind, nicht warten werden, bis sie angegriffen sind [...] Dies können sie nur, wenn sie hinreichend gerüstet sind.“

„Das Evangelium der Gewalt und Unterdrückung nach innen und aussen hat sich dort [in Deutschland, GK] durchgesetzt und bildet eine schwere Bedrohung des Kontinentes und der Unabhängigkeit eines jeden seiner Bewohner. Dieser Bedrohung kann nicht durch mo-

ralische Mittel, sondern nur durch organisierte Macht entgegengewirkt werden. Um das grössere Übel zu vermeiden, muss (einstweilen!) das kleinere in Kauf genommen werden, das verhasste Militär! Wenn sich Deutschland durchsetzt, dann gibt es kein lebenswertes Dasein mehr in Europa. [...] Sie können den französischen Militarismus nicht mit dem deutschen vergleichen, weil das französische Volk heute in seiner überwiegenden Mehrheit bis in die letzten Schichten hinein pazifistisch ist und nur auf Verteidigung bedacht ist. Dies gilt erst recht für Belgien. [...] Unter den heutigen Umständen können vernünftige Pazifisten nicht mehr die Zerstörung, sondern nur mehr die Internationalisierung der militärischen Macht erstreben. Erst wenn diese einmal erreicht ist, müssen wir die Reduktion zu einer internationalen Polizei anstreben. Die Gefahr wird nicht dadurch gebannt, dass wir vor ihr die Augen schließen.“

Und 1953 argumentierte er gegenüber einem „absoluten, d.h. bedingungslosen“ Pazifisten:

„Ich habe [...] nicht geschrieben, dass ich ein *absoluter* Pazifist sei, sondern dass ich stets ein *überzeugter* Pazifist gewesen bin. Wenn ich nämlich auch überzeugter Pazifist bin, so gibt es doch für mich Bedingungen, unter denen es nach meiner Meinung geboten ist, Gewalt anzuwenden. Dieser Fall ist dann gegeben, wenn ich einen Gegner habe, dessen bedingungsloses Ziel es ist, mich und die Meinen zu vernichten. [...] Ich bin *entschiedener*, aber nicht *absoluter* Pazifist (583-584).“

Um Einsteins biographische Kontroverse in die Geschichte der Friedensbewegung einzubetten, fasse ich im Folgenden eine Ausarbeitung meines Kollegen Egbert Jahn zusammen, der aus Anlass des hundertjährigen Jahrestages des Baseler Außerordentlichen Kongresses der Sozialistischen Internationale (SI) am 22. November 2012 einen Vortrag zum Thema gehalten hat (Jahn 2012). (1912 fanden die größten Antikriegsdemonstrationen statt, die es weltweit je gegeben hat.) Die Ausführungen dieses Kollegen haben aus meiner Sicht besonderes Gewicht, weil er selbst aus der Gewaltfreiheits-Bewegung kommt und ein alter Kenner und Anhänger der gandhischen Lehre ist.⁴³ Aus Jahns *tour d'horizon* ergeben sich erstaunliche Parallelen zu späteren Kontroversen. Die bürgerliche Friedensbewegung des 19. und 20. Jhdts. setzte auf das Völkerrecht, den Völkerbund und den Freihandel. Sie erstrebte einen dauerhaften Weltfrieden auf der Grundlage der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnungen. Die SI dage-

⁴³ Aus einer anderen Perspektive, nämlich der des kritischen Militärhistorikers, gelangt Wette (2012), der auf derselben Tagung wie Jahn einen Plenarvortrag gehalten hat, für den historischen Teil übrigens zu ganz ähnlichen Ergebnissen. Seine Einschätzungen der aktuellen Politik unterscheiden sich freilich sowohl von Jahns als auch von meinen eigenen (vgl. auch Fn. 31 weiter oben).

gen glaubte, ein solcher Frieden sei nur möglich durch eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ohne dass sie genauere Vorstellungen von der neuen staatlichen und Staatenordnung entwickelt hätte.

Jahn nennt das Friedensdenken beider Gruppierungen naiv. Denn beide meinten, unvereinbare nationale Interessen seien lediglich von den Herrschenden zu verantworten, die das Volk bzw. die Massen gegeneinander indoktrinierten. Sie stellten sich nicht die Frage, inwieweit die Herrschenden real existierende Gegensätze zwischen den nationalen Interessen, Bedürfnissen, Emotionen, historisch gewachsenen Vorstellungen der Massen und Völker selbst zum Ausdruck brächten und lediglich politisch gestalteten bzw. überzeichneten, jedenfalls nicht selbst erzeugten (Jahn 2010: 8). Dabei waren die meisten Sozialisten ebenso wie die meisten Mitglieder der bürgerlichen Friedensbewegung *keine prinzipiellen Kriegsgegner*, sondern lehnten „nur“ imperiale Angriffskriege/Eroberungskriege ab. Prominente Führer der SI traten schon vor 1914 offen für den nationalen Verteidigungskrieg zum Schutz des territorialen oder völkerrechtlichen Status quo ein. Bekannte „Revisionisten“ wie Eduard Bernstein oder Karl Kautsky und viele britische Labour-Führer waren „Pazifisten mit Verteidigungsvorbehalt“.

Andere Sozialisten traten sogar für offensive „Verteidigung“ ein, etwa zur Erringung eines eigenen Nationalstaates oder zur irredentistischen Befreiung fremden Staatsgebietes mit oder ohne die Zustimmung der dortigen Bevölkerung. Eine linke sozialistische Minderheit lehnte auch den nationalen Verteidigungskrieg ab, plädierte aber (wie der frühe Krippendorff und andere Friedensforscher der 68er Generation) für den sozialrevolutionären Bürgerkrieg, was Jahn „revolutionären Bellizismus“ nennt. Was diese Bürgerkriege und ihre Folgen kosten würden, nämlich Millionen von Toten, ahnte diese Linke nicht. Die absoluten Kriegsgegner waren sowohl in der bürgerlichen Friedensbewegung als auch in der Arbeiterbewegung eine verschwindende Minderheit (Jahn 2012: 9-10, 20).

Die meisten Sozialisten haben dann 1914 moralisch-politisch vor dem nationalen Kriegspatriotismus kapituliert, aber mit dem Verrats-Vorwurf muss man auch hier vorsichtig sein. Was 1914 stattfand, so jedenfalls Jahn, war nicht unbedingt ein Umschwung von einer mehrheitlich kriegsfeindlichen Öffentlichkeit zu einer allgemeinen Kriegsbegeisterung, sondern eher ein Wechsel in der politischen Hegemonie bereits vorher vorhandener Stimmungen und Mehrheitsverhältnisse: „Es waren [...] vermutlich eher zwei verschiedene ‚Völker‘, d.h. Volksteile, die vor und nach dem 1. August in den kriegsführenden Ländern auf den Straßen erst gegen und dann für den Krieg demonstrierten (Jahn 2012: 11).“ Weder die bürgerliche

Friedensbewegung noch die SI vertraten „das Volk“, die SI nicht einmal die Mehrheit der Arbeiterschaft. Nur eine sehr geringe Minderheit der Arbeiter wäre 1914 zum revolutionären Bürgerkrieg bereit gewesen, um so den Staatenkrieg zu verhindern. Auch für zivilen Widerstand gegen den Krieg gab es unter den Arbeitern keine Mehrheiten; die Rhetorik der SI war immer durch „revolutionär-ideologischen Überhang“ gekennzeichnet, sie entsprach einer Selbsttäuschung über das Potenzial zur Revolte (Jahn 2012: 8, 10; ähnlich Wette 2012: 5-7).

Ähnlich wie Einstein weist Jahn in seinen systematischen Überlegungen auf ein zentrales Problem jeder Friedensbewegung hin: das der Asymmetrie im Staatensystem (Jahn 2012: 12):

„Sporadisch wurde das Grundsatzproblem jeglicher Kriegsgegnerschaft schon vor 1914 erkannt: je fortschrittlicher und freiheitlicher ein Land und je stärker seine Antikriegsbewegung, desto mehr läuft es Gefahr, von dem Land besiegt zu werden, in dem jede Anti-Kriegsbewegung rücksichtslos unterdrückt werden kann, weil entweder die Herrschenden zu mächtig oder die Antikriegsbewegung zu schwach ist. [...] 1914 gab es jedenfalls nicht die geringsten Ansätze für eine Gleichgewichtigkeit der Kriegsgegnerschaft in der Arbeiterschaft und in der Friedensbewegung der kriegsbeteiligten Länder. Da alle diese Länder größere oder kleiner imperiale Kriegsziele besaßen, hieß einseitig wirksame Kriegsgegnerschaft faktisch die Unterstützung von Fremdherrschaft.“

Jahn geht im Übrigen davon aus, dass die unbedingten Pazifisten noch lange eine Minderheit bleiben werden. Deshalb werde eher der bedingte Pazifismus eine Rolle bei der Stiftung eines dauerhaften Weltfriedens spielen als der unbedingte. Und in Umkehrung des krippendorffschen Zusammenhangs von Abrüstung und Frieden kommt Jahn zu dem Schluss, Frieden sei nicht durch unilaterale oder allgemeine Abrüstung herbeizuführen; Abrüstung werde erst nach einem jahrzehntelangen Frieden möglich sein, denn erst der Frieden werde die Völker davon überzeugen, dass sie ein für allemal auf Gewaltinstrumente zu ihrer Verteidigung verzichten können (Jahn 2012: 30-31). Jahn würdigt zugleich die Erfahrungen gewaltloser Bewegungen. Sie hätten gezeigt, dass extreme Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Ausbeutung, Alltagsgewalt, Armut und Elend auch ohne Waffengewalt erfolgreich bekämpft werden könnten, auch wenn dieser Kampf oft viel länger währe als ein Krieg.

Doch Jahn nennt eine wichtige Ausnahme. Ein Friede, in dem von der Staatsgewalt ein Massenmord verübt oder geduldet werde, verdiene diesen Namen nicht. Ein Krieg zur Beendigung eines solchen Massenmords sei ethisch und zunehmend auch völkerrechtlich zu rechtfertigen (Jahn 2012: 29). In Erweiterung dieser Aussage hat Jahn in einer Vorlesung zum Fall

Mali die These vertreten, zum Einmarsch des französischen Militärs (oder einer anderen wirksamen militärischen Gegenwehr gegen den Eroberungsfeldzug der radikalislamischen Milizen) habe es keine Alternative gegeben. Er diskutiert freilich auch die Risiken der Aktion und insistiert auf politischen Lösungen für die Probleme des Landes und der Region (Jahn 2013).

5.3 Ein innerpazifistischer Quasi-Dialog

In den politischen Auseinandersetzungen um die Kosovo-Intervention haben verschiedene vom Staat finanzierte und angeblich deshalb von der Politik abhängige Friedensforscher aus den Instituten Stellung *gegen* die deutsche Politik im Rahmen der NATO bezogen, darunter einige meiner engsten Kollegen. Ich war (und bin heute) anderer Meinung und dokumentiere hier noch einmal meine (ungekürzte) Antwort auf einen Offenen Brief von Dieter S. Lutz (der leider schon 2003 gestorben ist) und Reinhard Mutz.⁴⁴ Sie kann auch als eine weitere Antwort auf Krippendorffs Artikel zum selben Thema (Krippendorff 2000: 204-232) und die zitierten oder referierten Passagen in seiner Autobiographie gelesen werden. Ich integriere über Fußnoten in meinen Text von 2001 Ausführungen von Peter Rudolf (2013), der in einer kleinen, aber sehr feinen Studie die aktuelle wissenschaftliche Debatte zum Thema Schutzverantwortung und humanitäre Intervention aufgearbeitet hat und gerade auch mit moralischen Überlegungen einer konsequenzialistischen Ethik zu äußerster Zurückhaltung rät. Was die Legitimität der NATO-Intervention im Kosovo angeht, so wird sie aus der Rückschau heute offenkundig nicht weniger kontrovers interpretiert als damals.

Lieber Dieter Lutz, lieber Reinhard Mutz,

ich habe Euren Offenen Brief in der Frankfurter Rundschau vom 24. März 2001 (im Folgenden “der Brief” genannt), dem ja nun schon eine Reihe weiterer Offener Briefe gefolgt sind, mit dem Respekt gegenüber langjährigen und geschätzten Kollegen – wir haben vieles zusammen gemacht und gemeinsam vertreten – und mit großem Interesse, aber zum Teil auch mit Irritationen gelesen, und zwar mit ganz anderen, als Ihr ausdrücklich und mit gutem Recht auszulösen beabsichtigt. Der Brief artikuliert Sorgen, die eine breite, ernsthafte und engagierte öffentliche Diskussion verdienen: die Sorge über den Missbrauch des Völkerrechts, die Sorge über falsche Prioritäten in der Friedens- und Sicherheitspolitik, die Sorge über ein Defizit an demokratischer Debatte über Grundfragen unseres Gemeinwesens. Die Sorgen jedoch, die andere, insbesondere die Befürworter der Intervention, bewegt haben, stellt der Brief weitgehend als unbegründet, ja als verfehlt hin. Wäre ich Abgeordneter des Deutschen Bundes-

⁴⁴ Den Offenen Brief meiner beiden Kollegen hat die Frankfurter Rundschau am 24. März 2001 dokumentiert, meine (gekürzte) Antwort am 17. August. An anderer Stelle habe ich einen kleinen theoretischen Versuch unternommen, beide pazifistische Positionen fair zu bewerten und so weit wie möglich zu integrieren (Krell 1994).

tages und hätte ich für die Intervention (den Krieg) gestimmt, ich würde mich von dem Brief nicht zu einer offenen Diskussion eingeladen fühlen. (Vgl. auch die Stellungnahmen der Abgeordneten Erler und Nachtwei in der FR vom 12./13. April bzw. 15. Mai.) Ich hätte einen Angriffskrieg befürwortet, damit einen “dreifachen Rechtsbruch” begangen und wäre für den Tod unschuldiger Menschen mit verantwortlich, und das alles ohne triftigen Grund, ohne Not; ich hätte mich, wäre ich nur recht informiert und allein an menschendienlicher Sachpolitik orientiert gewesen, gegen die Intervention entscheiden müssen. Ich hätte somit nur zwei Möglichkeiten, auf den Brief zu reagieren: ich müsste mich verteidigen oder mir müsste es gleichsam “wie Schuppen von den Augen” fallen.

Nun bin ich in einer anderen Situation; die Notwendigkeit, mich in der Frage des Kosovo-Krieges eindeutig entscheiden zu müssen, ist mir erspart geblieben. Aber auch als außenstehender Wissenschaftler, der das doppelte Privileg hat, weder direkt (als Betroffener eines Bürger- oder Staatenkrieges) noch indirekt (als jemand, der in einer solchen Angelegenheit Entscheidungen zu treffen hat) beteiligt zu sein, kann ich der Einladung nur zum Teil folgen. Als einen eindringlichen Appell, langfristig und systematisch über nicht-militärische Mittel der Friedenssicherung nachzudenken und ihnen in der Praxis mehr Gewicht zu geben, kann ich den Brief voll unterstützen. Zum Glück gibt es dazu von der Friedens- und Konfliktforschung inzwischen eine Reihe fundierter Beiträge, so etwa von Ernst-Otto Czempel (“Die kluge Macht”) oder Volker Matthies (“Krisenprävention”). Als eine Zusammenfassung der offenen Fragen zum Kosovo-Krieg sehe ich den Brief (oder auch Czempels Beitrag in der FR vom 9. Mai) jedoch nicht. Auch wenn der Vorstand der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, wie wir jetzt von Hans-Peter Dürr wissen, den Brief auf einer Sitzung Ende März zustimmend zur Kenntnis genommen hat (vgl. FR vom 23. April), so wäre der Eindruck, es gäbe in der Diskussion über die Kosovo-Intervention eine eindeutige und einhellige wissenschaftliche Position, unzutreffend.

Es geht nicht darum, der Politik zur Seite zu treten, das kann sie selbst, und außerdem ist das nicht unsere Aufgabe. Es geht um die Sache, um die Ehre der Toten und Ermordeten, um die Perspektiven der Überlebenden, um die Chancen für eine bessere Weltordnung. Wenn ich meinen Gesamteindruck zu dem Brief in einen Satz fassen müsste, dann würde ich in salopper Umkehrung eines bekannten Spruches sagen: Vorhang auf und alle Fragen sind geschlossen. Ich sehe viele der Fragen, die der Brief schon entschieden hat, durchaus als offen, und daraus ergeben sich für mich zum Teil auch wieder andere Fragen. Das betrifft völkerrechtliche und ethische Grundsatzprobleme ebenso wie die “*quaestio facti*”, also die Interpretation der Lage und der politischen Handlungsalternativen.

Ich fange mit dem Völkerrecht an. Wenn ich es richtig sehe, so haben wir es bezogen auf die Diskussion über die Legitimität der Kosovo-Intervention zunächst auf einer sehr grundsätzlichen Ebene mit einer Rechtsgüterkonkurrenz zu tun, die bis zum Beginn des modernen Völkerrechts zurück reicht, sich aber im Laufe der letzten fünfzig Jahre kontinuierlich weiter verschärft hat. Es geht um die Konkurrenz zwischen dem Gewaltverbot und dem Respekt vor staatlicher Souveränität auf der einen und

dem Schutz der Menschenrechte auf der anderen Seite. Staatliche Souveränität und erst recht das Gewaltverbot sind bedeutende politische und kulturelle Errungenschaften, die nicht leichtfertig zur Disposition gestellt werden dürfen; darüber gibt es nichts zu streiten. Was die Souveränität angeht – auf die Gewaltproblematik komme ich weiter unten zurück –, so stützt sich der Brief für meine Begriffe jedoch auf eine zu konservative etatistische Interpretation des Völkerrechts; denn die massive und massenhafte Verletzung von Menschenrechten steht heute nicht mehr unter ihrem Schutz. Das Völkerrecht ist kein reines Staatenverkehrsrecht mehr, es hat sich zu einem wirklichen Recht der Völker (auf Selbstbestimmung) und der Menschen (auf Leib und Leben) weiter entwickelt. Die Staaten sind inzwischen nicht nur politisch, sondern auch rechtlich verpflichtet, einen Kernbestand von Menschenrechten einzuhalten, und sie haben sich dafür vor der Staatengemeinschaft zu verantworten. Die Zeiten, in denen die Vereinten Nationen die Abertausende von Beschwerden von Menschen, die ihre Menschenrechte verletzt sahen, nur abgeheftet haben und sich dabei sogar auf die mangelnde Rechtsgrundlage für ein Tätig-Werden berufen konnten, sind ein für allemal vorbei.

Natürlich ist die Satzung der Vereinten Nationen mit dem berühmten Einmischungsverbot nach wie vor grundlegend, aber sie ist nicht allein maßgebend. Müssen wir nicht von Anfang an als Gründungsdokument unserer heutigen Weltordnung neben die UN-Charta die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte stellen - zusammen mit den ihr folgenden Konkretisierungen? Wie sagte Eleanor Roosevelt, der wir es zu einem Gutteil zu verdanken haben, dass es zu dieser Allgemeinen Erklärung überhaupt gekommen ist, gegenüber Andrei Wyschinski, dem Vertreter des sowjetischen Staates und berühmter-berühmter Staats-Anwalt der stalinistischen Schauprozesse: “We here in the United Nations are trying to develop ideas which will be broader in outlook, which will consider first the rights of man, which will consider what makes man more free. Not governments, Mr. Vishinsky, but man.” (Eleanor Roosevelt war eine Feministin, aber sie benutzte das Wort “man” als Gattungsbegriff, nicht als geschlechtsspezifische Kategorie.) Und hat die Allgemeine Erklärung vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges die im Brief mehrfach zitierte “Geißel des Krieges” nicht ausdrücklich mit der Erfahrung gravierender und massenhafter Menschenrechtsverletzungen verknüpft? Bildet nicht die Anerkennung der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der menschlichen Familie die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit *und des Friedens* (Präambel der Allgemeinen Erklärung, meine Betonung)? Ist es nicht wesentlich, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechts zu schützen, damit der Mensch nicht zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung als letztem Mittel gezwungen wird (ebda.)?

Da ich vermute, dass ich mit diesen Ausführungen offene Türen einrenne, möchte ich sie zuspitzen: Ist es nicht so, dass ein Staat oder ein Regime, das grundlegende Menschenrechte seiner Bürgerinnen und Bürger oder eines Teils von ihnen chronisch, massiv und massenhaft verletzt, seine völkerrechtliche Legitimation und damit seine Souveränität selbst in Frage stellt? Müssen Staaten/Regierungen heute nicht wissen, dass sie ihre Legitimation gefährden – und zwar nicht nur nach innen, sondern auch

nach außen –, wenn sie chronisch Menschenrechte verletzen? Das Völkerrecht hat den Staaten nicht nur die Verfügung über Krieg und Frieden, das begann bekanntlich schon 1919, sondern darüber hinaus auch über ihre vermeintlich “inneren” Angelegenheiten partiell entzogen. Heute haben alle Menschen Anspruch auf Schutz ihrer grundlegenden Menschenrechte nicht nur durch die Staaten, deren Staatsbürger/-innen sie sind, sondern durch die Staatengemeinschaft, jedenfalls prinzipiell. (Wie im Detail, das ist im Einzelnen zu diskutieren und nicht einfach zu entscheiden.) Gerade auch in Europa wäre eine Ordnung, die nichts gegen massive Menschenrechtsverletzungen in ihrem eigenen Bereich, in ihrem Umfeld und darüber hinaus weltweit unternähme, keine dauerhaft legitime Ordnung und auch keine tragfähige Rechtsordnung. Insofern war die Frage einer Kroatin, die sie mir als Referenten und dem Publikum auf einem Antikriegstag zu Beginn der neunziger Jahre stellte, wo denn Europa gewesen sei, als sie mit kroatischen Mitbürger/-innen – und ihren serbischen Nachbarn, notabene – in einem Keller von Vukovar saß, während die Stadt, einschließlich des Krankenhauses, tagelang ungehindert von serbischer Artillerie beschossen wurde, völlig berechtigt.

Ich gehe davon aus, wir hätten soweit Konsens. Die eigentlichen Probleme fangen jetzt erst an. Wer ist befugt, solche gravierenden Menschenrechtsverletzungen festzustellen, und vor allem, wer darf mit welchen Mitteln dagegen vorgehen? Die Feststellung ist noch relativ einfach, da gibt es autorisierte Gremien, die regelmäßig die verschiedensten Berichte machen; schwieriger wird es schon bei der öffentlichen Verurteilung, die die Volksrepublik China gerade einmal wieder erfolgreich abwenden konnte. Von der Staatenbeschwerde eines Staates gegenüber einem anderen, der die Menschenrechte seiner eigenen Bürger verletzt, ist so weit ich weiß bislang auf UN-Ebene noch niemals Gebrauch gemacht worden, wohl aber in Europa. Zuständig für ein aktives politisches oder gar militärisches Eingreifen, so die Position des Briefes, ist allein der Sicherheitsrat. Dessen Zustimmung zur Intervention hatte die NATO bekanntlich nicht, auch wenn er eine Gefahr für den Frieden und die internationale Sicherheit auf Grund der Krise im Kosovo anerkannte und die KFOR jetzt das Mandat der Vereinten Nationen für den Versuch der Friedenssicherung im Kosovo hat (was der Brief übrigens nicht erwähnt). Gibt es kein Mandat des Sicherheitsrates für eine Intervention, dann hat sie zu unterbleiben. Wohin käme eine Rechtsordnung, in der sich einzelne Individuen, Gruppen, Staaten anmaßen, das Recht in die Hand zu nehmen, nur weil ihnen die Entscheidung oder Nicht-Entscheidung des zuständigen Rechtsorgans nicht passt, so das klare und wohl erwogene Fazit des Briefes. Vor allem dann, wenn es sich dabei auch noch um Staaten handelt, die durch andere Handlungen und Unterlassungen erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit ihres Engagements für das Völkerrecht und die Menschenrechte haben aufkommen lassen.

Ich kann dem nicht einfach eine andere Position entgegen stellen, dafür haben diese Argumente viel zu viel Gewicht. Ich frage einfach nur in Anknüpfung an meine Erörterungen weiter oben: was bedeutet es für eine Rechtsordnung, wenn das zuständige Gremium sich im Angesicht massiver Rechtsverletzungen als handlungsunwillig oder handlungsunfähig erweist? (Dieter Senghaas hat darauf sehr ein-

dringlich aufmerksam gemacht.) Der Sicherheitsrat ist bekanntlich weniger ein Rechtsorgan als ein politisches Gremium, das ist das Dilemma, an dem sich alle Positionen abarbeiten müssen. Das heißt noch lange nicht, dass man sich schon deshalb seinen Beschlüssen oder Nicht-Beschlüssen widersetzen soll oder darf, keineswegs. Ich argumentiere hier noch nicht auf der Ebene der Lage-Interpretation, sondern grundsätzlich: Der Sicherheitsrat mag gute oder weniger gute opportunistische Gründe haben, Menschenrechtsverletzungen zu ignorieren oder zu tolerieren, er tut das ständig. Dadurch aber verlieren die Menschen, deren Menschenrechte verletzt werden, nicht ihren Rechtsanspruch auf Schutz.

Und so ist die Frage der "auctoritas" m.E. nicht ganz so eindeutig, wie der Brief sie entschieden hat. Auch wenn er eine Mehrheit der Völkerrechtler/-innen auf seiner Seite hat – ich habe nicht gezählt, aber ich gehe davon aus –, eine Intervention zugunsten von Menschenrechten ohne Mandat des Sicherheitsrates wäre nicht grundsätzlich und prinzipiell ohne jede völkerrechtliche Grundlage. Eine Möglichkeit bietet die Analogie über das Recht auf Selbstverteidigung, das die Charta den Staaten einräumt für den Fall und solange der Sicherheitsrat nicht tätig wird, und das das Recht auf Nothilfe zugunsten eines angegriffenen Staates einschließt. Ich weiß, das sind alles sehr schwierige und kontroverse Diskussionen. Es geht hier nicht um advokatische Trickserei, jedenfalls wäre das nicht mein Anliegen. Es geht mir darum, ein Dilemma aufzuzeigen, das der Brief für meine Begriffe zu schnell und zu einfach zugunsten des "dreifachen Rechtsbruchs" aufgelöst hat.

Hier schließt sich die Frage nach den Intentionen der NATO an: Ging es ihr wirklich (nur) um den Schutz der Menschenrechte? Dieser Punkt steht nicht im Zentrum der Argumentation des Briefes, aber er ist für die Einschätzung, ob es sich um einen Angriffskrieg gehandelt hat, nicht unerheblich. Unabhängig von der völkerrechtlichen Auslegung, die mehr oder weniger eindeutig ausfallen kann, wäre doch auch politisch zu prüfen, ob dieser Krieg wirklich mit einem klassischen Angriffskrieg schon begrifflich auf ein- und dieselbe Stufe gestellt werden darf. Es ist unbestreitbar, dass die NATO Ziele in Jugoslawien bombardiert hat, und das kann aus vielerlei Gründen kritisiert werden (dazu weiter unten). Aber dem Krieg der NATO fehlen die Attribute eines klassischen Angriffskrieges. Es ist keine Eroberungsabsicht erkennbar, und strategische Interessen stehen nicht im Vordergrund. Im Gegenteil, die NATO hat sich mit der Intervention auf längere Sicht erhebliche politische und wirtschaftliche Kosten eingehandelt. Jedenfalls muss die Gegenthese ernsthaft geprüft werden, der zufolge es ohne die gravierenden Menschenrechtsverletzungen im Kosovo und die damit verbundenen Eskalationsrisiken keine Militär-Intervention der NATO gegeben hätte. Ich vertrete diese These, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil ein großer Teil gerade der Konservativen in den USA, die großen Wert auf machtpolitische Interessenskalküle legen, gegen die Intervention war. Sie hätte ohne die Unterstützung derjenigen politischen Gruppierungen in Europa wie in den USA, für die der Schutz der Menschenrechte das ausschlaggebende Argument war, nicht stattfinden können.

Damit sind wir bei der “causa iusta”, dem gerechten Interventions- oder Kriegsgrund. Da hat mich die Position des Briefes in der Tat sehr verwundert, und zwar nicht nur deswegen, weil dieses Kriterium auch von vielen entschiedenen Gegnern der NATO-Intervention als gegeben angesehen wird. Der Brief stellt die Begründungen für die Bombardierungen sehr deutlich in Frage, er liest sich so, als hätten die NATO-Bomben die humanitäre Katastrophe überhaupt erst geschaffen, zu deren Verhinderung sie – angeblich oder wirklich – eingesetzt wurden. Um es auf den Punkt zu bringen: die NATO oder wer auch immer hatte keine wirkliche Veranlassung einzuschreiten; der Sieger interpretiert die Geschichte und weil er der Sieger ist, findet er genug Gehör für die Erfindungen, mit denen er sein Handeln rechtfertigen kann. Angriff und Verteidigung, das sind Siegerdefinitionen. (Diesen Satz hätte der Brief nicht in unmittelbare Nähe zu einem Hinweis auf die Lehren aus der deutschen Vergangenheit stellen dürfen!) Massaker, geplante Vertreibung eines ganzen Volkes: wir haben uns getäuscht oder sind getäuscht worden.

Gernot Erler hat schon auf Berichte zur Lage im Kosovo vor der Intervention hingewiesen, die nicht von der NATO stammen und nicht nur deshalb eine gewisse Autorität für sich in Anspruch nehmen können. Was im Brief fast völlig fehlt, ist die ganze reale Vorgeschichte der serbischen Repressions- und offenen Okkupationspolitik im Kosovo unter Milosevic. Die serbische Führung hat im Kosovo ein Apartheid-Regime errichtet, das die Kosovo-Albaner nicht nur politisch und kulturell völlig entrechtete, sondern auch ökonomisch in ihren Existenzgrundlagen gefährdete. Systematische Repression und Diskriminierung kennzeichnen die serbische Politik im Kosovo seit der neuen Verfassung – oder genauer: dem staatsstreichartigen Verfassungsbruch von 1989/1990. Mehr als ein halbes Jahr vor der NATO-Intervention beginnen dann zusätzlich Massaker gegen die albanische Zivilbevölkerung, das angeblich umstrittene Raczak war bei weitem nicht das einzige, und beginnen Vertreibungen. Es zeichnete sich eine Situation ab, für die es einen “Vorlauf” gab, nämlich die Politik der “ethnischen Säuberung”, so wie sie gegenüber den Muslimen in Bosnien praktiziert worden war.

Nun sagt der Brief, die serbische Seite sei nicht allein für die Eskalation der Gewalt verantwortlich, man müsse bei jeder Art von Konflikt-Intervention prüfen, ob es sich nicht um einen Bürgerkrieg handle, mit anderen Worten, einen Krieg, in dem beide Seiten Gewalt anwenden und man nicht mehr so genau weiß, wie sich Recht und Unrecht zueinander verhalten. Das ist wieder eine sehr gewichtige Argumentation, die aber auch zur Legitimation von Nichtstun missbraucht werden kann, so wie das in der Frühphase der “Bürgerkriege” in Bosnien der Fall war. Sicher gibt es gute opportunistische Gründe, in solchen Konflikten nicht zu intervenieren, schon gar nicht militärisch. Aber auch gegenüber einem Bürgerkrieg muss die Diskussion über mehr oder weniger Legitimität der jeweiligen Positionen möglich sein. Wir können doch z.B. nicht sagen, die Welt soll sich aus dem Nahost-Konflikt heraushalten, weil auch die Palästinenser Gewalt anwenden! So moralisch verwerflich und politisch unklug ihr Verhalten sein mag, es ändert nichts daran, dass es sich hier um einen höchst asymmetrischen Kon-

flikt handelt: “[it] does not change the fact that they are Israel’s victims” (William Pfaff, IHT, 24.4.2001, S. 8.)⁴⁵

Ich vergleiche hier nicht die israelische Politik gegenüber den Palästinensern mit der serbischen Politik gegenüber den Kosovo-Albanern. Aber ich deute eine zweifellos notwendige Debatte an über die Glaubwürdigkeit und die Ausgewogenheit westlicher Menschenrechtspolitik. Ich könnte mir vorstellen, dass nicht nur die Palästinenser, sondern auch die Kurden hier gute Argumente vorzubringen hätten. In Belgien hat eine Debatte darüber begonnen, warum das Land und die viel zitierte Staatengemeinschaft die Zivilbevölkerung in Ruanda – nicht nur die Tutsi generell, sondern auch Tausende von Hutu – gegenüber der Mordkampagne der Regierung und ihrer Gefolgschaft im Stich gelassen und die stationierten Blauhelme nicht verstärkt, sondern abgezogen haben. (Während die USA Kriegsverbrechertribunale wegen des Abschlachtens von Zivilisten in Osttimor, Ruanda, Bosnien und Kambodscha unterstützen, hat es eine auch nur annähernd vergleichbare Befürwortung einer Auseinandersetzung mit den eigenen Kriegsverbrechen in Vietnam nie gegeben. Frankreich wird gerade durch die Memoiren eines Generals erneut mit seinen Kriegsverbrechen in Algerien konfrontiert. Wie viele der unsäglichen deutschen Kriegsverbrechen sind wirklich geahndet worden?)

Serbien verhielt sich im Kosovo schon lange vor 1989/90 wie eine Besatzungsmacht gegenüber dem erklärten Willen einer weit überwiegenden Bevölkerungsmehrheit, und es führte schließlich einen Bürgerkrieg “von oben”, in dem es das “Wasser”, in dem der UCK-Widerstand zu “schwimmen” begann, also die Zivilbevölkerung, mit zum Ziel seiner Kriegführung machte. Ich stelle also folgende These zur Diskussion: Hätte die NATO nicht interveniert, hätte die reale Gefahr einer massiven ethnischen Säuberungspolitik im Kosovo bestanden nach dem Muster, wie es in Bosnien insbesondere von serbischer (und kroatischer) Seite gegenüber den so genannten Muslimen (oder zu Muslimen gemachten) Bürgerinnen und Bürgern schon praktiziert worden war. Dafür gibt es eine Reihe von Indizien, nicht nur den umstrittenen “Horseshoe”-Plan. Dass sich das Tempo dieser Politik durch den Ein- und Angriff der NATO beschleunigt hat, ist wahrscheinlich. Dass sie das hätte voraussehen können und müssen, muss diskutiert werden; dass es so kommen musste, ist nicht von vornherein zwingend. Jedenfalls halte ich es für sehr verkürzt, um es vorsichtig zu formulieren, wenn der Brief suggeriert, die NATO sei für die ethnischen Säuberungen im Kosovo verantwortlich. Sollte sich nach einer ausführlichen Diskussion auf der Grundlage kontroverser Expertise herausstellen, dass sich die NATO tatsächlich in diesen Krieg fahrlässig hineinmanövriert hat, dann bliebe immer noch die Frage, welche Alternative sie ihrerseits nach der weiteren Eskalation der Vertreibungen durch Milosevic dann noch zu einem militärischen Sieg über diesen Gegner hatte.⁴⁶

⁴⁵ Zu meiner aktuellen Haltung im Nahost-Konflikt vgl. etwa Krell (2008) oder Krell/Müller (2012).

⁴⁶ Rudolf (2013: 28-29) zitiert aus einer Studie der Independent International Commission on Kosovo aus dem Jahre 2000, der zufolge im Jahr vor der Intervention im Kosovo 2000 Menschen serbischer Gewalt zum Opfer fielen, während der Zeit der Bombenangriffe der NATO 10.000 Kosovaren von serbischen Truppen getötet

Was hätte eine Niederlage der NATO bedeutet? Eine humanitäre Katastrophe größten Ausmaßes mit mehr als einer Million Vertriebener in einer politisch instabilen Region, verbunden mit dem Risiko einer Ausweitung bürgerkriegsähnlicher Unruhen. Und ein weiteres Signal an alle notorischen Menschenrechtsverächter, dass Europa, der Westen, die Vereinten Nationen, die Welt "ethnischen Säuberungen" größten Stils nichts entgegen zu setzen hat. Wenn wir schon die Versionen der Sieger mit denen der Verlierer abgleichen müssen, müssen wir dann nicht auch diejenigen hören, die möglicherweise gar nichts mehr zu verlieren hatten: die kosovo-albanische Zivilbevölkerung? Sie hatte unter dem, was im Krieg der NATO gegen Jugoslawien im Kosovo passierte, am meisten zu leiden, aber sie hat – angesichts ihrer langjährigen Unterdrückungserfahrung verständlich – bislang wenig Kritik an der Interpretation der Sieger artikuliert.

Es scheint Einigkeit darüber zu bestehen, dass die Lage im Kosovo kritisch genug war, um die Mitwirkung der Staatengemeinschaft oder einer Gruppe von Staaten bei einer nicht-militärischen "Lösung" zu rechtfertigen, die den begonnenen Bürgerkrieg hätte stoppen und die repressive Okkupationspolitik Serbiens mildern oder gar beenden können. Ob eine solche Lösung 1998ff. überhaupt noch möglich war, finde ich sehr schwierig zu entscheiden; es bedarf m.E. der Diskussion der Expert/-innen. Der Brief scheint diese Lösung jedoch schon zu haben: Dayton plus. Dayton hat gezeigt, wie man's macht, nämlich durch Verhandlungen. Ich räume sofort ein, dass die westliche Diplomatie wahrscheinlich Fehler, vielleicht sogar gravierende Fehler im Vorfeld der Intervention gemacht hat. Aber Dayton ist kein gutes Argument für die Überlegenheit von Verhandlungen. Noch einmal die Gegenthese: Zu den Verhandlungen in Dayton wäre es nicht gekommen, wenn das serbische Bosnien nicht militärisch in Bedrängnis geraten wäre, und zwar einmal durch die kroatische Offensive in Westbosnien (die mit westlichen oder vom Westen tolerierten Waffenlieferungen und Beratern unterstützt wurde) und durch gezielte Angriffe auf serbische Stellungen. Von gleichem Gewicht, d'accord, waren die Signale aus Moskau gegenüber der serbischen Führung, nämlich: einlenken. Und schließlich: Dayton steht für den Beginn des Bürgerkrieges im Kosovo. Die Hoffnungen der Albaner, ihre fürchterliche Lage würde jetzt endlich auch zum Thema, löste sich in Dayton in Luft auf; Milosevic verweigerte bekanntlich jede Erörterung.

wurden (dem Internationalen Strafgerichtshof gegenüber wurden nach Beginn der Luftangriffe 4.400 Fälle dokumentiert). Rudolf lässt offen, ob es auch ohne die Luftangriffe der NATO zu den Massenvertreibungen und den Morden in großer Zahl gekommen wäre, räumt aber ein, dass die serbische Offensive vorbereitet gewesen sein musste, sonst hätte sie nicht so schnell anlaufen können. Offensichtlich war die von der NATO gewählte Strategie nicht geeignet, sie zu verhindern. Rudolf argumentiert insgesamt, die NATO-Intervention habe den ethnischen Bürgerkrieg zwischen Serbien und Kosovo verschärft; die Unterdrückung der Kosovaren durch die serbische Politik, die der gewaltfreien kosovarischen Alternative immer mehr den Boden entzog, diskutiert er freilich nicht. Als eine Deutung, die wiederum meiner Auffassung näher steht, erwähne ich eine aktuelle Einschätzung von Kofi Annan, dem damaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen, an (Annan 2013: 21): „Dem Kosovo-Konflikt war der Zusammenbruch des ehemaligen Jugoslawien vorausgegangen. Wir wussten, wozu die Führer in der Region fähig waren, wir hatten Srebrenica erlebt. Ich fragte mich: ‚Lehnen wir uns zurück und erlauben, dass dieselbe Welle der Gewalt sich im Kosovo ausbreitet? Oder sollten wir diesen Männern Grenzen setzen?‘ Deshalb habe ich die Kosovo-Militärschläge unterstützt.“

Zu einer offenen Diskussion über den Kosovo-Krieg gehört auch eine offene Diskussion über Bosnien. M.E. hat gerade Bosnien gezeigt, dass es Kriegs- und Krisensituationen geben kann, in denen nicht-militärische Mittel nicht ausreichen, um Menschenrechte zu schützen. In Bosnien ist die Strategie, Konflikte durch Verhandlungen zu mäßigen und schließlich beizulegen, lange Jahre von Seiten der UNO, der USA und der EU praktiziert worden *und nachweislich gescheitert*. Jedenfalls ist das eine sehr ernst zu nehmende Position, die von vielen sehr ernst zu nehmenden Menschen zu Papier gebracht worden ist. Zur Verdeutlichung und Veranschaulichung dieser These, zu der ich neige, empfehle ich den Spielfilm des englischen Regisseurs Peter Kosminsky mit dem Titel *Warriors*, den er auf der Grundlage von Interviews mit britischen Blauhelmen für die BBC gedreht hat. Viele dieser britischen Soldaten sind daran zerbrochen, dass sie gerade nicht eingreifen durften, sondern neutral zuschauen mussten, wie Dörfer und Städte bombardiert, Zivilisten vertrieben und massakriert wurden. Ihr seid Helden für das, was ihr dort getan habt, sagt einer der Väter zu einem heimgekehrten Soldaten. Es war großer Mist, was wir gemacht haben, ist die Antwort, denn wir haben die Menschen dort im Stich gelassen. (Ich erwähne der Gerechtigkeit halber, dass dieser Film überwiegend Verbrechen von kroatischen Milizen an Muslimen dokumentiert. Das erfordert nun wieder eine Diskussion darüber, warum sich der Westen, die UNO, auf die Kooperation mit der kroatischen Seite eingelassen hat, um den rein quantitativ größeren Übeltäter, nämlich die serbisch-bosnische Seite, endlich zum Einlenken zu bewegen. Hatte er keine Alternative? Musste er das "kleinere Übel" gegen das "größere" wählen? Warum wurde später die Vertreibung der Krajina-Serben durch Kroatien mehr oder weniger stillschweigend hingenommen?)

Es bleibt die Frage der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Der für mich gravierendste Einwand gegen die Kosovo-Intervention ist die Bombardierung nicht-militärischer Ziele in Jugoslawien und die damit verbundene Tötung Unschuldiger. In eindrucksvoller Weise hat Reinhard Merkel die Frage aufgeworfen, ob man überhaupt unbeteiligte Dritte gefährden darf, um andere in ihrer Existenz bedrohte Menschen zu retten. Er kommt zu einem radikalen Nein, aber er schwächt dieses Kriterium ab für den Fall der Selbstverteidigung. Im Zweiten Weltkrieg war den alliierten Soldaten nicht generell – abgesehen vom ganz anderen Stand der Militärtechnologie – zuzumuten, ihr Leben zu riskieren, um im Konfliktfall deutsche Zivilisten zu schonen – obwohl es auch dafür Beispiele gibt; diesem Argument würde ich mich nicht verschließen, zumal die deutsche Zivilbevölkerung ja nun keineswegs unschuldig am NS-Regime und seinen Untaten war. (Gezielte Angriffe auf Zivilisten sind ein Kriegsverbrechen, aber darum geht es hier und heute nicht, denn solche Angriffe hat es im Kosovo meines Wissens von Seiten der NATO nicht gegeben.)

Ob sich die von R. Merkel vorgenommene Differenzierung zwischen Hilfe (gegen Leib und Leben gefährdende Unterdrückung) und Verteidigung rechtsphilosophisch und ethisch aufrechterhalten lässt, ist für mich eine offene Frage. Ist es so eindeutig, dass diejenigen, die einer existenziell bedrohten Bevölkerungsgruppe zu Hilfe kommen wollen, nur dann helfen dürfen, wenn sie ausschließen können, Dritte

zu gefährden? Man darf nicht handeln, wenn man nicht legitim handeln kann, ist die klare Konsequenz von Merkel. Wenn das so wäre, wäre vieles einfacher; aber meine Schlussfolgerung ist komplizierter: Es kann sein, dass Entscheidungsträger gar keine Wahl zwischen prinzipiell illegitimem Handeln auf der einen und legitimem Nicht-Handeln auf der anderen Seite haben. Wenn sie nicht handeln, weil sie ja nicht ausschließen können, dabei selbst unverschuldet Unrecht zu tun, kann es sehr wohl sein, dass sie trotzdem schuldig werden, weil sie damit wieder anderes – und möglicherweise größeres – Unrecht hinnehmen.⁴⁷ Die auch im Brief geforderte zweifelsfreie Gewissheit bei Entscheidungen, die Tod und Leben berühren, ist in solchen extremen Lagen in der Regel nicht zu haben, denn sie sind nicht zweifelsfrei interpretierbar und schon gar nicht in ihrer Entwicklung zweifelsfrei prognostizierbar. Die genannten fürchterlichen Dilemmas sind ja gerade der entscheidende Grund dafür, dass nicht nur im Interesse der Konfliktparteien, sondern auch im Interesse der möglichen Interventen allen Strategien der langfristigen Konfliktprävention und der gewaltfreien Konfliktmediation der Vorzug gebührt. Hier hat das Plädoyer des Briefes seinen zentralen Ort. Nur lässt sich eben mit diesen Strategien die Wahrscheinlichkeit solcher dilemmatischer Situationen nicht auf null reduzieren, Politik und Politikwissenschaft werden, das zeigen allein die letzten zehn Jahre zur Genüge, immer wieder damit konfrontiert werden.

Neben der grundsätzlichen Problematik ist auch die konkret gewählte militärische Strategie der NATO zu diskutieren. Sie hätte sich doch darauf beschränken können, wirklich nur die bedrohten Kosovo-Albaner militärisch zu schützen, statt nach clausewitzscher Manier einen Straf- und Vergeltungskrieg gegen Milosevic zu führen mit dem Ziel, den Willen des Gegners zu brechen, und dabei (bewusst) das Risiko der Tötung Unschuldiger in Kauf zu nehmen. In der Tat hat die NATO mangelnde militärische Effizienz vor Ort mit der Bombardierung von Zielen im Hinterland des Gegners kompensiert. An *dieser* Stelle wäre der Hinweis auf Dayton sinnvoll. Aber auch hier ist die Alternative, die sich für den Brief nicht stellt, weil er grundsätzlich gegen die militärische Intervention im Kosovo-Konflikt argumentiert, nicht so unproblematisch, wie sie erscheinen mag. Eine Intervention mit Bodentruppen, die manchen Kritikern der Luft-Bombardierungen ziemlich leicht über die Lippen bzw. in die Feder kommt, wäre selbst in hohem Maße risikoreich gewesen. Auch sie hätte sehr wahrscheinlich Unschuldige getroffen, ja möglicherweise sogar mehr Opfer unter Kombattanten wie Nicht-Kombattanten gefordert. Und: wie will man eine politische Führung, die dazu entschlossen ist und die Mittel hat, andere Menschen zu malträtieren, zu vertreiben oder gar zu massakrieren, dazu bringen, damit aufzu-

⁴⁷ Rudolf (2013: 27) weist darauf hin, dass hier moralisch sehr wohl zu differenzieren wäre: Schadenszufügung und unterlassene Hilfeleistung sind nicht dasselbe. Die Tötung von Nichtkombattanten wiegt bei einer „humanitären“ Intervention besonders schwer (ganz abgesehen davon, dass auch die Tötung gegnerischer Soldaten unter Legitimationszwang steht), was für eine sehr hohe Hemmschwelle spricht. Ein anderes generelles Problem, was bei humanitären Interventionen immer wieder genannt wird, aber weder von Rudolf noch mir diskutiert wird, ist die sogenannte Selektivität. Damit ist der Vorwurf gemeint, dass man anderen Menschen, die von gravierenden oder gar lebensgefährdenden Menschenrechtsverletzungen bedroht sind, ja auch nicht helfe (bzw. u.U. auch gar nicht helfen könne). Das ist freilich ein moralisches Scheinproblem, denn der Hinweis an einen Menschen, dessen Leben in Gefahr ist, man könne nichts für ihn tun, da man seine Nachbarn, die ebenfalls in Gefahr sind, nicht auch noch retten könne, wäre absurd.

hören, ohne dass man ihren Willen bricht? Will man ihr die Möglichkeiten, das heißt die militärischen Mittel dazu nehmen, dann heißt doch gerade auch das: "Krieg führen". Neben dieser schwierigen Güterabwägung muss auch diskutiert werden, ob die NATO auf die Option "Bodentruppen statt Bombardierung des Hinterlandes" nicht vorrangig aus innenpolitischen Gründen verzichtet hat. Es wäre in der Tat fatal, wenn die im Prinzip ja erwünschte tendenzielle Kriegsabneigung der demokratischen Öffentlichkeit in fragwürdiger Weise zu Lasten Dritter technologisch umgangen würde.

Um die Liste der heiklen Güterabwägungen zu erweitern, möchte ich darauf hinweisen, dass auch nicht-militärische Sanktionen Opfer fordern. Studien der Vereinten Nationen kommen zu dem Ergebnis, dass die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak zwischen 1991 und 1998 eine halbe Million Kinder das Leben gekostet haben. Die Sanktionen der OAS und der UNO gegen das Militärregime in Haiti zu Beginn der neunziger Jahre haben einer Studie des Harvard Center for Population and Development Studies zufolge jeden Monat 1.000 Kinder "getötet". Ich sage das keineswegs um anzudeuten, wie "harmlos" im Vergleich dazu eine erfolgreiche Militärintervention wie z.B. die in Haiti sein kann. Ich will damit nur unterstreichen, wie schwierig die ganze Thematik und wie problematisch solche Güterabwägungen sind; denn die "Güter" sind Menschen.

Letzter Punkt: Der Brief betont mehrfach, die NATO habe ja ihre Ziele gar nicht erreicht, die Region sei nach wie vor unruhig, der Konflikt zwischen den Ethnien nicht beigelegt, die Perspektive für alle Beteiligten ungewiss. Das ist alles richtig, aber wer behauptet denn, dass man mit militärischen Mitteln (alle) politische(n) Probleme lösen könne, das ist doch nicht ihre Aufgabe. Es ging darum – jedenfalls ist das für mich nach wie vor eine mögliche Interpretation –, eine extreme Notlage und die reale Gefahr einer Eskalation massiver ethnischer Säuberungen mit erheblichen Risiken für Leib und Leben von Abertausenden, ja vielen Hunderttausenden von Menschen abzuwenden und damit überhaupt erst die Voraussetzungen für mögliche politische Perspektiven wiederherzustellen; nicht mehr und nicht weniger. Die verfeindeten Gruppen genießen "lediglich ein Mindestmaß äußerer Sicherheit", so heißt es im Brief. Mich stört das "lediglich", denn für die Betroffenen ist das erst einmal die Differenz ums Ganze.⁴⁸

Ich komme zum Schluss. Ich habe meine Argumente nicht zu Papier gebracht, weil ich dem militärischen Instrument das Wort reden wollte. Ich bitte, meine Einwände als Anfragen zu verstehen. Mehr als 400 tote Non-Kombattanten und erhebliche Zerstörungen der Industrie und Infrastruktur in Serbien, die Inkaufnahme der Tötung Tausender von Kosovo-Albanern und die Bekräftigung des Misstrauens in Russland, in China und in anderen Teilen der Dritten Welt gegenüber westlicher "Ordnungspolitik", das ist eine schwere Hypothek auch dann, wenn plausibel gemacht werden kann, dass

⁴⁸ Rudolf (2013: 29) betont jedoch völlig zu Recht: „Die Verantwortung für die Folgen einer Intervention bezieht sich nicht nur darauf, ob die eingesetzten Mittel die Ziele erreichen können. [...] Wer interveniert und in einem Bürgerkrieg Partei ergreift, der übernimmt Verantwortung für die absehbaren Gesamtfolgen.“

die Vertreibung von Hunderttausenden rückgängig gemacht und Abertausende Opfer ethnischer Ermordungen sowie die Ausweitung bürgerkriegsähnlicher Unruhen und noch andere mögliche Eskalationen in der ganzen Region verhindert wurden. Wenn der Konfliktprävention und der gewaltfreien Konfliktintervention die Mittel und das Engagement zuteil werden, das sie verdienen, dann wird es in Zukunft weniger Situationen geben wie die, über die wir hier kontrovers diskutieren. Daneben wird weiterhin mit einer Reihe von Konflikten zu rechnen sein, bei denen aus guten opportunistischen Gründen wenig zu machen ist, allenfalls vielleicht vorsichtige Schadensbegrenzung und behutsame Einflussnahme ohne kurzfristige Erfolge.

Dass sich die Friedensforschung auf Prävention und gewaltfreie Konflikt-Intervention konzentriert, ist völlig angemessen, das ist genau ihre Aufgabe und dafür sollten wir ihr dankbar sein. Ich finde nur, und damit komme ich zur dritten Variante, bei einer offenen Debatte kann die Frage, ob und wann und wie politische Interventionen zugunsten der Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr für Leib und Leben einer großen Zahl von Menschen wie im Kosovo im Frühjahr 1999 gegebenenfalls auch mit polizeilichen oder militärischen Mitteln gestützt werden sollten oder gar müssen, nicht grundsätzlich ausgeklammert werden. Wir sollten auch ehrlich darüber reden, ob nicht ein frühes entschiedeneres Auftreten der Staatengemeinschaft gegenüber den Mord-Milizen und ihren militärischen und politischen Führern in Bosnien dem Balkan, Europa und der Welt viel Leid, Elend, unnötiges Sterben und politische Probleme erspart hätte.

Ergänzung vom 17. Februar 2013:

In meinen aktuellen Gedanken zum syrischen Bürgerkrieg phantasieren ich zuweilen, mein Freund Reiner Steinweg und ich wären Lehrende an einer syrischen Universität. Natürlich hätten wir uns an den friedlichen Demonstrationen „unserer“ Studierenden beteiligt, die eine Liberalisierung und Demokratisierung des Assad-Regimes fordern. Was hätten wir getan angesichts der Repression gegen die Demonstrationen und dann im Zug der auf beiden Seiten eskalierenden Gewalt? Von Reiner weiß ich, dass er niemals eine Waffe anrühren würde, er würde eher ins Gefängnis gehen. Von außen betrachtet, sage auch ich, es war ein Verhängnis, dass sich die Rebellion auf Gewalt eingelassen hat. Der Preis dafür war zu hoch, und wahrscheinlich war er absehbar.

Wäre ich vor Ort und wäre Syrien mein Lebenszusammenhang, hätte ich mit Sorge und Trauer zur Kenntnis genommen, wie immer mehr Studierende zu den Waffen greifen und das Häuflein derer, die an gewaltfreiem Widerstand festhalten, immer kleiner wird. Für beide Gruppen hätte ich Verständnis. Vielleicht würde ich erleben, wie Bekannte, Freunde, Verwandte in die Fänge des Regimes geraten, misshandelt, gefoltert oder sogar umgebracht werden.

Ich weiß nicht, wie ich mich am Ende entscheiden würde, und ich bin froh, dass ich keine solche Entscheidung zu treffen habe. Was ich ziemlich sicher weiß: Reiner Steinweg und ich würden Freunde bleiben, vorausgesetzt wir würden beide die syrische Tragödie überleben.

6. Männer und Frauen – Gewalt, Krieg und Frieden

Krippendorff gehört zu den wenigen Männern in der Politikwissenschaft, die sich ernsthaft auf die feministische Herausforderung eingelassen haben. Ich kenne nicht viele so treffende Zusammenfassungen dieser politischen und intellektuellen Herausforderung wie die im 19. Kapitel seiner *Ethischen Politik*. Der feministische Blick, so heißt es dort, sei in letzter Instanz auch ein moralischer Blick, weil er die Welt „aus der Perspektive und Erfahrung nicht verwirklichter menschlicher Möglichkeiten“ betrachte (Krippendorff 1999: 351). Er enthalte den Vorwurf, dass die Hälfte der Menschheit im Patriarchat durch erzwungene und schließlich auch verinnerlichte Abhängigkeit und Unmündigkeit um wesentliche Lebenschancen gebracht worden, dass ihr im Ganzen gesehen ein gewaltiges Unrecht geschehen sei. Also komme es einmal darauf an, in einer großen Umwertungsarbeit den tatsächlichen Anteil der Frauen an der Geschichte der Menschen bewusst zu machen. Zugleich gehe es darum zu erkennen, was die Asymmetrie zwischen den Geschlechtern und die Universalisierung der männlichen Normen an Kosten für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt verursacht habe. Es sei also ein doppelter Verlust bzw. eine doppelte Fehlleistung festzustellen (Krippendorff 1999: 352):

„Die Verkümmerng der weiblichen Kreativität durch Reduktion der ‚Frauenrolle‘ auf untergeordnete Hilfsfunktion im Dienst männlicher Herrschaft entspricht eine einseitige, ungehemmte und eindimensionale Entwicklung männlicher Eigenschaft, die Ausbildung einer an Herrschaft, Kontrolle, Unterordnung – in letzter Instanz der Gewalt – orientierten ‚Männerrolle‘, auch sie verinnerlicht als vermeintliche Natur des Mannes wie der vom Patriarchat geprägten und gestalteten Regeln und Gesetze von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, von Wissenschaft, Kunst und Kultur.“

Eindrucksvoll konkretisiert Krippendorff diese Überlegungen in seinen Analysen von Shakespeares Dramen und Komödien, deren Lektüre sich offenbar besonders gut für einen feministischen Blick eignet. Denn die hier beschriebenen Herrscher sind Prototypen dessen, was R. W. Connell als „hegemoniale Männlichkeit“ definiert hat (Connell 1995). Zu wahrer Liebe unfähig, streben sie nach der Macht über andere und nach einer fragwürdigen Form von Ehre, für die sie auch in sinnlosem Kampf ihr Leben opfern. In *Troilus und Cressida* entscheidet sich Hektor am Ende wider besseres Wissen (er weiß, dass der Raub Helenas unrecht war,

und er weiß, dass die Griechen stärker sind und Troja den Krieg verlieren kann) für den Kampf, in dem er schließlich wie ein Hund totgeschlagen wird: „HEKTOR: Seid still, sage ich; meine Ehre hat den Vorrang vor meinem Geschick. Sein Leben hält jeder für wertvoll; aber der Mann von Wert hält die Ehre für weit kostbarer (und) wertvoller als das Leben“ (Krippendorff 1992: 88).

Bemerkenswert ist auch Krippendorffs Rezeption von Christel Neusüß' „solidarischer Kritik am Marxismus“ aus einer feministischen Perspektive (Neusüß 1989), eine Kritik an der männlich geprägten Gewalttradition in der Arbeiterbewegung und ihrer Theoretiker, gerade auch an Karl Marx und Friedrich Engels, an der Vergötzung der Gewalt als List der Vernunft, als Produktivkraft, als Motor des historischen Fortschritts. Selbstkritisch formuliert er (1993: 56):

„Erkennen wir, die Politikökonomie studiert haben oder uns doch politisch in deren Kategorien bewegen, uns nicht in dem schrillen Spiegel wieder, den Neusüß uns – vermittelt über Rosa Luxemburg – da vorhält: ‚Die Opfer sollten sich beruhigen, sie haben etwas für den Menschheitsfortschritt getan. Die indischen Weber, die verhungert sind wegen der englischen Gewaltkonkurrenz und deren Knochen die indischen Ebenen bleichen, wie der Genosse Marx sich ausdrückt, haben sich mit ihrem Verhungern großartige historische Verdienste erworben. Nur schade drum, dass sie das nicht wussten, als sie nur noch Haut und Knochen waren, sonst wären sie vielleicht noch beseligten Blickes ins Jenseits gegangen. Sie waren halt leider Analphabeten, haben die bürgerliche Geschichtsphilosophie und den Marxismus-Leninismus nicht studiert.‘“

Staat und Krieg sind auch bei Krippendorff immer männlich kodiert, aber er warnt vor stereotypisierenden Essenzialismen; ganz so einfach ist es mit der Verteilung von vermeintlich typisch männlichen bzw. typisch weiblichen Eigenschaften auf die Geschlechter nicht. In *Much Ado About Nothing*, einer Komödie über den Zusammenstoß der beiden Gender-Welten, erkennt die männerkritische Beatrice am Ende, dass eine rein feminine Welt ohne männlichen Widerpart nicht nur eine unvollkommene, sondern auch eine gefährdete Welt wäre und dass es „echte männliche Werte gibt, die sich nicht zuletzt in der Verteidigung bedrohter und verletzter Frauen zu bewähren haben“ (Krippendorff 1998: 176-177, 186, das Zitat 186).

Der feministische Blick kritisiert auch die Frauen, sagt Krippendorff, und zwar für ihre mit verschuldete Akzeptanz und Internalisierung der eigenen Unterwerfung (Krippendorff 1999: 349). Inwieweit sie Opfer einer männlich dominierten Welt oder an der Gewalt dieser Welt aktiv beteiligt sind, das bleibt jedoch auch bei ihm offen; und das muss es wohl auch, denn für

beides gibt es empirische Evidenz. In den Shakespeare-Analysen kommen Frauen als tätige Komplizinnen der Macht vor, wie z.B. Volumnia, die militarisierte Heroenmutter des Coriolan, die ihren Sohn unbedingt an der Macht sehen will und weiß, dass Macht nur über die Männerwelt zu erreichen ist. Und doch nimmt Krippendorff sie in Schutz; in ihrer „perversen Selbstverkrüppelung als Frau und Mutter“ bleibe sie letztlich ein „tragisches Opfer der Männergesellschaft“, obwohl sie der eigentliche Schurke des Stücks sei, der „tragisch-böse Motor hinter dem ganzen Politik-Drama“ (Krippendorff 1992: 255-256).

Von Lady Macbeth, die aus Machtlust und Ehrgeiz ihren Mann zum Mord treibt, schreibt er, sie unterdrücke seiner Karriere zuliebe „ihre eigene Menschlichkeit, ihre Weiblichkeit, ihr Geschlecht in sich“; sie wolle selbst zum Mann werden (Krippendorff 1992: 419). Auch Helena, die das Spiel der Männer um Ehre, Sex und Kampf mitspielt, oder Cressida, deren „ganze Kunst in der sexuellen Verführung der Männer“ besteht, sind letztendlich Objekte der Männerwelt (Krippendorff 1992: 93-94). Wirkt hier bei Krippendorff ein ähnlicher Reflex wie bei seiner Diskussion des Verhältnisses von Herrschenden und Beherrschten? Auch Frauen haben Optionen; sie müssen die Machtspiele der Männer nicht mitmachen, obwohl sie das, wie *Antigone* zeigt, u.U. teuer zu stehen kommt. Die Millionen von deutschen Frauen, die Hitler gewählt (1932 waren es in vielen Großstädten mehr Frauen als Männer) und auch nach der Machtergreifung ihm weiter zugejubelt, ja ihn teilweise gottähnlich verehrt haben, hätten das, genauso wie die Männer, nicht machen *müssen*. Sie hätten sich weitgehend risikofrei anders entscheiden können, auch ohne in offenen Widerstand oder nur Unbotmäßigkeit zu gehen.⁴⁹

Manche Feministinnen sehen nicht zuletzt deswegen die Rolle ihrer Geschlechtsgenossinnen etwas kritischer als Krippendorff. Keine Frage: Frauen sind im Patriarchat systematisch benachteiligt, und die Gewalttäter sind überwiegend Männer – sei es aufgrund des (sexualisierten) Herrschaftsverhältnisses zwischen den Geschlechtern oder aufgrund gesellschaftlicher Arrangements, einschließlich auf Konsens beruhender Arbeitsteilung. Aber Frauen sind nicht nur „Gewaltphantasieurinnen, Gewaltassistentinnen und Gewaltclaqueurinnen“, sondern auch eigenständige Gewaltakteurinnen, wie Astrid Albrecht-Heide schon argumentiert hat (Albrecht-Heide 1983). Ruth Waldeck hat in ihren literarisch-psychologischen Analysen der *Kassandra* und der *Kindheitserinnerungen* von Christa Wolf herausgearbeitet, wie Frauen Gewaltphantasien und Gewaltbereitschaft an Männer delegieren oder ihre Verstrickung in Gewalt und Rassismus verleugnen (Waldeck 1989, 1991). Wettes Monographie über den Mi-

⁴⁹ Den Mythos, die Frauen seien im Nationalsozialismus nur Opfer gewesen, hat die feministische Debatte schon lange hinter sich gelassen (zum Stand der Diskussion vgl. etwa Koonz 2008).

litarismus in Deutschland bestätigt diese skeptischen Einschätzungen. Die soziale Militarisierung der deutschen Gesellschaft galt auch für die Frauen, die Weltkriege haben die Mitwirkung der beiden Geschlechter lediglich unterschiedlich organisiert. Im Ersten Weltkrieg waren die Frauen auf vielfältige Weise eine materielle und psychologische Stütze ihrer kämpfenden Männer, und im Zweiten Weltkrieg verhielt sich die große Mehrheit der Frauen so, wie es vom NS-Regime erwartet wurde (Wette 2011: 116-131, 186-196).

Radikale Feministinnen argumentieren zwar ähnlich wie Krippendorff, dass es nicht darauf ankomme, den Frauen den gleichberechtigten Zugang zur Männerdomäne Militär zu verschaffen, sondern das männerdominierte Militär überhaupt abzuschaffen. Bei anderen Feministinnen freilich ist die Perspektive einer auf die Defensive ausgerichteten, nicht-militaristischen Sicherheitspolitik durchaus positiv besetzt (vgl. etwa Seifert/Eifler 2003). Was die Einstellungen von Männern und Frauen zu Krieg und Frieden angeht, so rechtfertigen die empirischen Daten nicht die auch analytisch verdächtige Dichotomie „kriegerische Männer“ vs. „friedliche Frauen“, aber sie zeigen auch keine völlige Indifferenz der Kategorie Geschlecht. Noch stärkere Bedeutung könnte einem anderen Befund zukommen, nämlich Zusammenhängen zwischen Geschlechterdemokratie und Frieden. Ein Abbau der hierarchisierten Lebens- und Gefühlswelten könnte *beide* Geschlechter für eine größere Friedensbereitschaft und -kompetenz qualifizieren. Dafür sprechen nicht nur neuere quantitative Studien (siehe Bussmann 2012), sondern auch Krippendorffs Analysen der shakespearschen Dramen und Komödien.

Ergänzen möchte ich zum pro-feministischen Blick auf das Thema Staat, Krieg und Gewalt noch, dass wir auch den Staat als ein organisiertes Geschlechterverhältnis betrachten müssen, denn selbst der demokratische Staat, der ja über das Gewaltmonopol verfügt, um seinen Bürgern die Gewalt zu entziehen und sie vor Gewalt zu schützen, toleriert Gewalt gegen Frauen oder sichert sie sogar ab, wie nicht nur Indien, immerhin die größte Demokratie der Welt, aber gerade Indien in dramatischer Weise dokumentiert.⁵⁰ Dieser Vorschlag wäre sicher im Sinne von Krippendorff, wobei ich allerdings hinzu fügen muss, dass auch hier Staat nicht gleich Staat ist. Auch hier gibt es diachron wie synchron erhebliche Unterschiede, und in Fortschrittstendenzen bei der Überwindung des sexuellen Gewaltverhältnisses der Männer

⁵⁰ Dass Demokratien ihre Bürger nicht umbringen, wird zu Recht als ein lebenswichtiger Vorteil gegenüber Autokratien, Diktaturen oder gar Terrorregimen angesehen. Aber auch Demokratien lassen durch Fahrlässigkeit und Vernachlässigung Bürger/-innen zu Tode kommen. Für die indische Demokratie gilt das in großem Maßstab: „Jedes Jahr lässt der indische Staat zwei Millionen Frauen aus Gründen sterben, die mit ihrer Diskriminierung zusammenhängen – die Benachteiligungen und Grausamkeiten reichen von schlechter Ernährung und Gesundheitsversorgung bis zur Ausgrenzung von Witwen oder zur selektiven Abtreibung weiblicher Föten. (...) Die Polizei hilft nicht einmal Frauen, wenn sie nackt und vergewaltigt auf Delhis Straßen liegen“ (Blume 2013).

über die Frauen sehen einige Feministinnen sogar Gründe für ein Bündnis mit dem liberalen Staat (Dackweiler/Schäfer 2002).

7. Der Autor und sein Fach

7.1 Krippendorff und die Politikwissenschaft

Dass Krippendorff ein gespanntes Verhältnis zur Politikwissenschaft, zu ihrem Teilgebiet der Internationalen Beziehungen und zur Friedens- und Konfliktforschung hat, dürfte schon deutlich geworden sein. Die Politikwissenschaft und die Internationalen Beziehungen redeten in ihrer großen Mehrheit den Mächtigen nach dem Mund und lehrten nur die klassische Logik der Staaten- und Machtpolitik, so lautet ein immer wiederkehrender Vorwurf; ihre Vertreter sind für ihn fast ohne Ausnahme „hörige Kommentatoren der herrschenden Verhältnisse“ (Krippendorff 2000: 111). Die Politikwissenschaft habe ihre geistigen Ursprünge verraten und vergessen und z.B. den Rüstungswahnsinn als rationale Politik verkauft (Krippendorff 2009: 119, 122), die Internationalen Beziehungen produzierten (weitgehend) „Herrschaftswissen für Armlehnstrategen“ (Krippendorff 2000: 91). Die versteckte oder unbewusste Sehnsucht der Politologen, den Mächtigen nahe zu sein, habe die Internationalen Beziehungen als Wissenschaft nicht nur moralisch diskreditiert, sondern auch inhaltlich entleert (Krippendorff 1997).

Vom Korruptionsvorwurf gegenüber der Friedens- und Konfliktforschung, die er vielfach als zu lahm und zahm bezeichnet (z.B. Krippendorff 2012, 59-61), habe ich schon gesprochen. Man muss es schon als Kompliment betrachten, wenn er einmal schreibt, in den großen Instituten seien „viele gute und moralisch engagierte Wissenschaftler“ tätig, auch wenn er dieses Lob mit der Einschätzung verbindet, sie hätten in fast dreißig Jahren weder einen politologischen Innovations- und Kreativitätsschub bewirkt noch zu einer gesteigerten moralischen Sensibilisierung der wissenschaftlich-intellektuellen Diskussion beigetragen (Krippendorff 2009: 117). Zum ersten Teil seiner Einschätzung will ich mich nicht äußern, zum zweiten Teil bin ich anderer Meinung, wenn ich mir nur die schon genannten Titel von Czempiel (1998 und 1999), Senghaas (2004 und 2012) oder Müller (2001 und 2008) vergegenwärtige.⁵¹

Wenn man von der zitierten und, soweit ich sehen kann, einmaligen Qualifizierung absieht, hat Krippendorff seine großen Distanz zur breiten Mehrheit seiner Fachkollegen nie wirklich

⁵¹ Hier habe ich nur stärker allgemein und theoretisch orientierte Bücher aufgelistet. Als ein exzellentes Beispiel aus einer nicht mehr übersehbaren Fülle von stärker spezialisierten Fachstudien möchte ich nur beispielhaft Kubbig/Fikenscher (2012) nennen: *international peace research at its best* unter schwierigen politischen Bedingungen und in einem fast aussichtslosen Forschungs- und Praxisfeld.

modifiziert. Einigen wenigen „randständigen Einzelkritikern, deren Stimme kaum mehr durchdringt“, stellt er den „privilegierten Mainstream mit verinnerlichter Machtnähe“ gegenüber (Krippendorff 1992b). In seiner Autobiographie zitiert er noch einmal ausführlich aus diesem ZEIT-Artikel, in dem er den „Fall“ des Kollegen Hanns-Dieter Jacobsen, der wegen Spionagetätigkeit für die DDR verhaftet worden war, als logische Konsequenz einer Disziplin deutete, die ihre Standards längst verraten habe. Wieder äußert er sich verächtlich über die mangelnden intellektuellen Qualitäten von Kollegen, die nur darauf aus seien, an den Tischen der Herrschenden ein paar Brotrumen aufzusammeln (Krippendorff 2012: 175):

„Wer die Damen und Herren kennt, die das akademische Geschäft dieses transatlantischen und außenpolitischen Diskurses betreiben, die sich gegenseitig, großzügig honoriert, zu Tagungen einladen, um dann im Vertraulichen dieses oder jenes Netz zu knüpfen, das ihnen eine wichtigtuerische Existenz an der Peripherie der Mächtigen erlaubt, der weiß, dass dies in der Regel vergleichsweise intellektuell eher bescheiden ausgestattete Figuren sind, so teuer ihre Namen gehandelt werden mögen. Und Professor Jacobsen war einer von ihnen.“

Vor meinem geistigen Auge habe ich alle wissenschaftlichen Lehrer und Kolleginnen und Kollegen, die ich im Laufe meines auch immerhin 35jährigen akademischen Lebens kennengelernt habe, Revue passieren lassen und mich dann gefragt, ob Krippendorff und ich in zwei verschiedenen Wissenschaftswelten leben. Gewiss, fast alle diese Kolleg/-innen und Lehrer sind nicht so radikal herrschaftskritisch wie er und lassen/ließen sich auf Kontakte mit „Machtapparaten“ ein. Sie sind aber doch deshalb nicht korrupt, sie haben einfach nur andere Auffassungen als Krippendorff, natürlich auch untereinander, ohne einfach instrumentelle Partikularinteressen zu vertreten oder Machtgelüsten nachzugehen.

Ich hatte weiter oben schon ausgeführt, dass Krippendorffs Macht- und Herrschaftsanalyse keineswegs über alle Zweifel erhaben ist. Nach Auffassung von Soziologen haben wir es in Deutschland keineswegs mit einer „kohäsiven Machtelite“, sondern eher mit einem breit gestreuten Feld von Einflussmöglichkeiten auf gesamtgesellschaftliche Entscheidungen bei prinzipiell offenem Zugang zu den politischen Entscheidungsgremien zu tun (z.B. Imbusch 1998: 18). Wo begänne dann das „Kissinger-Syndrom“ der Politikwissenschaft? Schon bei der Diskussion mit einem Abgeordneten der *Grünen* über internationale Friedenssicherung? Oder in Gesprächen mit einer Referentin im Auswärtigen Amt über eine UN-Konferenz zur Abrüstung von Chemiewaffen, mit der die internationale Wissenschaft die Großmächte an

ihre Verpflichtungen erinnern und wenigstens ein wenig in Verlegenheit bringen könnte? Oder erst im „Zentrum der Macht“, bei den Friedrichs, Hitlers und Husseins von heute?

Die Auseinandersetzungen Krippendorffs mit der Mehrheit seiner angeblich dem Machtkomplex verfallenen Kollegen gewinnt eine zusätzliche brisante Note, wenn man sie mit den Dialog-Prinzipien vergleicht, die er selbst zu Themen wie Demokratie oder Freundschaft formuliert hat. So bezeichnet er den „öffentlichen Vernunftgebrauch in Rede und Gegenrede“ als die „Essenz des Politischen“ (Krippendorff 1999: 14) bzw. die Akzeptanz der Differenz als „die Bedingung der Möglichkeit des Politischen“ (Krippendorff 2009: 47). Das heißt für ihn selbst ausdrücklich mehr als Toleranz (Krippendorff 1999: 35):

„Das Gleichheitspostulat ist somit ein unverzichtbares Ingredienz politischer Haltung: es fordert, dem Bürger nicht in einem modernen liberalen Toleranz-Sinne die Meinungsfreiheit zuzugestehen, sondern anzuerkennen, dass die andere Meinung vielleicht das bessere Argument, die bessere Problemlösung, die erfolgreichere Handlungsperspektive enthält.“

Und in der Einleitung zu *Shakespeares Komödien* schreibt er (Krippendorff 2008: 23-24):

„Die Fähigkeit zum Positionswechsel ist nicht zuletzt eine der Voraussetzungen für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft [...], denn sie zeigt, dass man bereit und willens ist, Standpunkt, Meinung, Motivation und Urteil eines Anderen – des Mitbürgers auf der Agora der Entscheidungsfindung – nachzuvollziehen, ernst zu nehmen, zu verstehen, ohne sie deshalb teilen zu müssen. Die grundsätzliche Bereitschaft zum Positionswechsel enthält die Bedingung der Möglichkeit des politischen Gesprächs und damit auch der Wahrheitsfindung als Ergebnis sympathetisch zuhörenden Argumentierens. Für die Transformation von (antagonistischer) Gesellschaft in (kooperative) Gemeinschaft sind Rollenspiel und Rollentausch geradezu essentielle Sozialtechniken.“

Noch deutlicher heißt es in dem Essay *Freundschaft als politische Kategorie* (in Krippendorff 2009: 47):

„Die Freundschaft ist aber auch insofern die ‘Urzelle des Politischen’, als das Miteinander-Sprechen, das öffentlich zugängliche und mitzuhörende, mitzuführende Gespräche je auf der axiomatischen Prämisse beruht, dass alle Teilnehmer an diesem Gespräch die jeweils bestmögliche Lösung für das Gemeinwesen – die Polis, die Stadt, das Land, den Staat – wollen und nicht den persönlichen Vorteil. Dass sie alle in diesem Sinne Freunde sind.“

Wie Krippendorff sein eigenes Diskursverhalten mit den von ihm selbst ausgemachten „axiomatischen Prämissen“ des Politischen in Einklang bringen will, ist mir ein Rätsel. Ich vermute, dass die entscheidende Ursache für das gespannte Verhältnis zwischen den „wenigen Aufrechten“ in der Politikwissenschaft, zu denen er sich zählt, und dem „verkorksten Rest“ letztlich in einem grundlegend verschiedenen Bild der realen Welt bzw. dessen was alternativ möglich ist und in Verbindung damit einem grundlegend verschiedenen Verständnis der Aufgaben der Politikwissenschaft liegt. Krippendorff ist in Kategorien der IB-Theorie gesprochen ein radikaler „Realist“. In seiner Analyse des *King Lear*, ein Schlüsseldokument für sein politisches Weltbild, wie er selbst sagt, ist das „Naturgesetz der Politik“ der „erbarmungslose Kampf um die Macht“ (Krippendorff 1992: 440). Nicht zufällig ist „pathologisch“ Krippendorffs am häufigsten verwendete Bezeichnung für diese brutale und zugleich völlig „verdumpte“ Welt, die außerdem noch aller Wahrscheinlichkeit nach auf ihren Untergang zusteuert. Das Gegenbild dazu, und insofern ist Krippendorff ein ebenso radikaler Idealist, bildet das Reich der Liebe, der Freiheit, der solidarischen Netzwerke, der überschaubaren Gemeinschaft, der Musik und der Literatur. Nicht nur Shakespeares Komödien stehen für diese andere Welt, sondern zumindest für einen Moment verkörpert auch Hamlet die Option des Ausstiegs aus der (Macht-)Politik und der Hinwendung zur Reflexion über eine mögliche alternative Gesellschaft des Denkens, der Kunst und der Philosophie, also Krippendorffs eigene und eigentliche Welt (Krippendorff 1992: 382).

So könnte man Krippendorff einen Sozialphilosophen nennen, der aus einer radikal-oppositionellen Haltung und bewusst von jeder Macht abgeschnitten von unseligen Zuständen Zeugnis ablegen und zugleich eine ganze andere Welt entwerfen will, ohne sich um Strategien für schrittweise Reformen der bestehenden Verhältnisse zu kümmern. Für diese Interpretation sprechen auch die beiden folgenden Selbstzeugnisse. In einem Beitrag zu Karl Kraus, in dessen radikaler Kriegs- und Militärkritik sich Krippendorff gespiegelt findet, hat er Fragen an den Autor gestellt, die auch an ihn selbst gerichtet sein könnten (Krippendorff 1990: 167):

„Verfällt mit diesen und anderen Verurteilungen [...] nicht die Politik überhaupt seinem [d.h. Karl Kraus‘] rigorosen Verdikt? Ist dann nicht alles Politische, jede politische Klasse, jede, auch noch die friedvollste politische Führung ‚des Teufels‘? Führt eine solche Kritik nicht notwendig in eine sterile Leere und verurteilt sie sich nicht damit selbst zur Wirkungs- und Folgelosigkeit, die nur überlebt dank ihrer sprachlichen Brillanz und als große Literatur?“

Und gleichzeitig holt er sich aus dem Leiden an dieser so scharf zu verurteilenden Welt die – wie ich finde hoch problematische – Berechtigung, die Verantwortlichen dafür bzw. diejenigen, die er für die Verantwortlichen hält, zu entlarven, ja zu hassen, um sich so Erleichterung zu verschaffen (Krippendorff 1990: 170-171):

„Wer wird Kraus ob solchen Hasses wirklich tadeln wollen? Nur der, der nicht selber auch die Erfahrung gemacht hat, dass konkreter, gezielter Hass, dass die leidenschaftliche Verachtung der Herrschenden und aller ihrer mittleren und kleineren Trabanten, Mitläufer, Profiteure und Opportunisten – gewissermaßen als ‚Kompensation‘ – das physische so gut wie das psychische Leiden der Menschen dieser unserer Zeit, unser Mit-Leiden ihres kleinen und großen Elends [...] gerade noch erträglich, gerade noch ertragbar macht.“

Der „verkorkste Rest“ hält einerseits die reale politische Welt nicht für ganz so schlecht wie Krippendorff sie macht, glaubt andererseits aber auch nicht daran, dass sie so schön werden könnte, wie er sie gern hätte. In paradoxer Weise ermöglicht das Weltbild dieses Restes aber vielleicht die realistischere Perspektive, sie wenigstens ein wenig besser zu machen oder zumindest zu verhindern, dass sie noch schlechter wird. Mich hat erstaunt, dass Krippendorff in seinem Essay über *Außenpolitik von unten* das Rote Kreuz würdigt, obwohl es „nur“ die Not der Gefechtstopfer lindere (Krippendorff 2000: 189). Diese Art von Pragmatismus ließ er für die Rüstungskontrolle z.B. nie gelten.

7.2 Ekkehart Krippendorff und die IB-Theorie

Neben der Tendenz zur Fundamentalopposition liegt ein weiterer Grund für Krippendorffs Hyperkritik an den Internationalen Beziehungen in seiner selektiven Wahrnehmung dieser Teildisziplin, was ich hier am Beispiel der IB-Theorie dokumentieren möchte. So nennt er in einem Beitrag über die *Erfindung der Außenpolitik* Kardinal Richelieu den Begründer des modernen Territorialstaates. Mit List und Gewalt, mit Krieg gegen das eigene Volk und dessen brutaler Unterdrückung, mit Mord an den politischen Gegnern der eigenen Klasse habe er diesen Staat geschaffen und „seinem Monarchen ‚zu Füßen gelegt‘“. Richelieus Maximen der Außenpolitik seien längst allgemein anerkannt und bestimmten die Wahrnehmungs-, Verhaltens- und Handlungsmuster derjenigen, die Außenpolitik betrieben oder akademisch-publizistisch analysierten und kommentierten. Und weiter heißt es: „Die Geschichte der modernen Außenpolitik ist seit dreieinhalb Jahrhunderten ein *Tema con variazioni*: Das Thema hat Richelieu/Frankreich vorgegeben, die Variationen schreiben unsere Außenpolitiker bis heute fort“ (Krippendorff 2000: 24).

Das ist wieder eine weit überzogene Pauschalisierung, vor allem im letzten Satz. Selbst wenn wir beim „Realismus“ bleiben, und das wäre die einzige der politischen und politikwissenschaftlichen Traditionen, die überhaupt für Krippendorffs Unterstellung in Frage kommt, müssten wir für die politische Praxis mindestens vier verschiedene Formen unterscheiden (der ganze folgende Abschnitt nach Krell 2009: 140-141, 148-150). Am einen Ende des Spektrums wäre der Nationalsozialismus als ein hochgradig ideologischer, von wahnhaften Ideen wie etwa der einer Verschwörung des „internationalen Judentums“ besessener und Macht glorifizierender Superrealismus anzusiedeln. Davon schon deutlich zu unterscheiden wäre die nüchtern und zynisch, aber weitgehend ideologiefrei kalkulierende Politik der Machterweiterung, etwa bei absolutistischen Herrschern oder ihren Beratern, sprich: bei Kardinal Richelieu. Eine dritte Richtung könnte man als sittlich gebundene Macht- und Sicherheitspolitik charakterisieren und eine vierte als Realliberalismus, die Utopie und Realität zu versöhnen sucht. Auch die moderaten Orientierungen lassen sich in der Moderne finden, selbst wenn sie nicht dominiert haben oder immer noch nicht, gewiss nicht überall, dominieren.

Diese Unterscheidung deckt sich nicht völlig mit der akademischen Theoriebildung, denn eine ernst zu nehmende Theorie nationalsozialistischer Außenpolitik hat es allenfalls in Ansätzen gegeben. Und die Zeiten einer Theorie reiner Macht- und Expansionspolitik zum Ruhme des Fürsten sind längst vorbei! Selbst *der* klassische Realist, Hans Morgenthau, für den Macht in der Tat die zentrale Kategorie der Politik ist, unterscheidet ausdrücklich zwischen Macht oder Gewalt um ihrer selbst willen und einer „sittlich gebändigten“ Machtpolitik. Die Menschen und vor allem die Staatsmänner müssen die Machtgesetzlichkeit der Politik anerkennen *und* sie mit dem Ziel der Mäßigung, der Machtbändigung verbinden.

Zu seinen „realistischen“, immer noch meilenweit von Kardinal Richelieu entfernten Auffassungen war dieser akademische Kommentator der Außenpolitik, der seine wissenschaftliche Entwicklung als „Idealist“ begonnen hatte, durch den Nationalsozialismus gekommen und durch die „Machtvergessenheit“ (für Krippendorff ein Unwort) der westlichen Demokratien angesichts eines mörderisch-rassistischen und wahnhaft machtbesessenen Gegners. Aber aus der Machtvergessenheit sollte keine ungebundene Machtpolitik werden. 1966 betonte Hans Morgenthau in einem Aufsatz über den Zweck der Politikwissenschaft die politische Korrekturfunktion der IB-Theorie (zitiert nach Lebow 2003: 239): “When the reality of power is being lost sight over its moral and legal limitations, it [die IB-Theorie, GK] must point to that reality. When law and morality are judged as nothing, it must assign them their rightful place.”

In diesem Sinne zählte Morgenthau auch zu den frühen und entschiedenen Gegnern des Vietnam-Krieges, den er nicht nur für politisch unklug, weil unnötig und selbstschädigend, sondern auch für moralisch verwerflich hielt. Dass diese Haltung Morgenthau den angestrebten Vorsitz der American Political Science Association gekostet hat – regierungstreue Kollegen intrigierten gegen seine Kandidatur (Lebow 2003: 240) –, deutet darauf hin, dass Krippendorffs Opportunismus-Vorwurf gegen die Politikwissenschaft manchmal auch zutrifft.

Krippendorffs selektive Wahrnehmung der Entwicklung der IB-Theorie möchte ich abschließend am Beispiel von Thukydides' *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* dokumentieren, eines Textes, den er als verhängnisvolle Grundlegung für die Machtorientierung der IB deutet; in meinen Augen eine nicht zufällige Fehlinterpretation. Immerhin räumt Krippendorff ein, dass dieser klassische Text auch latente Botschaften enthält, als da sind: die Brutalität des Krieges und die Leiden der Menschen. Die „im Faktischen liegende Wahrheit über die Resultate der Machtpolitik“, nämlich dass hier zwei Antagonisten die Logik der Macht bis ins Extrem ausreizten und dadurch zugrunde gingen, verschweige er jedoch (Krippendorff 1999: 82). Thukydides' Werk sei zum Rechtfertigungsbuch für alle Realpolitiker geworden, zum Teil durch deren Deutungen, zum Teil durch einen „radikalen Reduktionismus“ in der Schrift selbst. Denn der griechische Historiker habe uns erst die Augen für die nüchtern-realistische Analyse der Machtpolitik geöffnet bzw. gegeben und das Wesen der Politik als Durchsetzung von Macht so kraftvoll bestimmt, dass sie „nicht nur zu einem analytischen, sondern vor allem zum nicht mehr hinterfragten, handlungsleitenden und -rechtfertigenden Paradigma“ geworden sei (Krippendorff 2009: 29). Die Chance, aus den falschen und reduktionistischen Lehren des Thukydides auszusteigen, die im Gegensatz zu ihm Dichter wie Sophokles oder Euripides mit ihren kriegskritischen Dramen geboten hätten, sei bis heute vertan worden (Krippendorff 1999: 90-92).

Aber schon der Begriff der Macht ist bei Thukydides nicht eindeutig; es ist also keineswegs offensichtlich, welchen Realismus er vertritt (Krell 2009: 132-133, 126-127).⁵² Die ungezügelte Verfolgung der eigenen Machtinteressen auf Kosten anderer Stadtstaaten bildete die Grundlage der athenischen Politik für eine Generation und länger. Damit war aber zugleich der Grundstein gelegt für den moralischen und schließlich auch den politischen Verfall im Innern. Thukydides schwebt also offenbar eine maßvolle, eine kluge Variante von Machtpolitik vor (wobei „klug“ hier nicht im Sinne Machivavellis oder Richelieus zu verstehen ist). Ein

⁵² Neben Thukydides' Original in deutscher Übersetzung und Lebow (2003) stütze ich mich auf Johnson Bagby (1994), Forde (1995), Gustafson (2000) und Welch (2003).

kluger Realismus stellt sich darauf ein, dass es in der internationalen Politik um Macht geht, aber er treibt die eigene Machtpolitik nicht auf die Spitze. Dafür sprechen nach Thukydides sowohl realpolitische als auch moralische Gründe. Aber er ist skeptisch, ob die Politik angesichts der menschlichen Schwächen dauerhaft zu dieser Mäßigung in der Lage ist. Damit bekommt sein Weltbild eine tragische Färbung.

Der berühmte Melier-Dialog, in dem Athen dem Inselstaat Melos anbietet, sich ihm freiwillig zu unterwerfen und mit ihm zu verbünden, andernfalls würde es zerstört, enthält eben nicht nur die in einem unaufgeklärten Sinne machtpolitische Argumentation Athens mit dem Recht des Stärkeren: Es tue ja nichts anderes, als was jeder in seiner Situation tun würde, es folge nur dem Gesetz der Macht, dem alle Menschen unterworfen seien. Der Zwang ihrer Natur mache die Menschen zu Herrschern, soweit sie die Macht dazu hätten. Nur wer Macht habe, der könne sich behaupten, werde nicht selbst angegriffen. Nur Macht schaffe Sicherheit, Freundschaft sei eher ein Zeichen von Schwäche. Athen müsse Stärke demonstrieren, sonst würden andere Untergebene oder Unterworfene aufsässig. Dieses offensive Verständnis von Sicherheit, in dem Stärke, Macht und Machterweiterung eine große Bedeutung zukommt, wird von den Athenern also auch noch naturalisiert, d.h. zu einem überzeitlichen, überörtlichen Gesetz stilisiert, gegen das man gar nichts machen könne. Alle anderen, auch Melos, würden in der Situation, in der sich Athen befinde, so handeln wie die Athener.

Sicher, da hat Krippendorff wieder Recht: Ähnliche Argumentationen finden sich in der Geschichte der Machtpolitik immer wieder; sie würden gut in Shakespeares Königsdramen passen und man kann sie noch in Hitlers „Angebot“ an Polen finden, wobei der diese Art von Machtpolitik freilich noch mit einem wahnhaften Rassismus überlagert hat, den die Antike in dieser Form noch nicht kannte, obwohl auch sie zwischen „Zivilisierten“ und „Barbaren“ unterschieden hat. Aber hier spricht Athen, nicht unbedingt Thukydides. In Krippendorffs Analyse fehlt z.B. die Argumentation von Melos. Zwar lässt sich Melos zum Teil auf die Machtargumentation Athens ein, und zwar insofern, als es auf die Spartaner hinweist, die für ein Gleichgewicht der Kräfte sorgen könnten. Wenn Macht durch Gegenmacht in Schach gehalten werde, dann könne eben nicht eine Seite das, was sie für ihr Recht hält, mit Macht durchsetzen, sondern müsse sich ihrerseits arrangieren. Aber Melos stellt dem Ordnungsprinzip (Krippendorff würde sagen: letztlich doch Unordnungsprinzip) der *Balance of Power* noch ein anderes entgegen: das Konzept einer Rechtsordnung, die auch die Schwächeren schützt.

Das Interessante an der Argumentation von Melos liegt darin, dass es diese Rechtsordnung nicht bloß moralisch begründet, sondern den Nutzen für alle Beteiligten, auch die stärkeren Mächte, betont; denn auch der Stärkere könne stürzen, und was dann? Mit anderen Worten: eine Ordnung, die Kooperation zwischen rechtlich gleichwertigen Partnern und das Einhalten von Regeln ermöglicht, ist *längerfristig* für alle Beteiligten profitabler als das nur kurzfristig wirksame Recht des Stärkeren. An diese Argumentation knüpft in den aktuellen Debatten die IB-Theorie des Institutionalismus an, die davon ausgeht, dass Staaten nicht nur miteinander konkurrieren, sondern auch kooperieren, und zwar insbesondere dann, wenn diese Kooperation für sie von Nutzen ist und sie Möglichkeiten finden bzw. Arrangements treffen können, die sie gemeinsam in der Kooperation halten und das Ausbrechen des einen oder anderen zum Zwecke der einseitigen Vorteilsnahme verhindern oder unwahrscheinlich machen.

Nun könnte sich Krippendorff darauf berufen, dass Athen doch Recht behalten und seinen Machtanspruch durchgesetzt hat: Melos wird zerstört, die erwachsenen Männer werden hingerichtet, Frauen und Kinder in die Sklaverei verkauft. Später gründen die Athener den Ort neu und siedeln 500 attische Bürger an. Aber langfristig hat Melos Recht behalten. Denn die Zerstörung von Melos bildet den Auftakt zur Sizilianischen Expedition Athens, deren Scheitern seinen Niedergang einleitet. So ist der Melier-Dialog also gerade *kein* hohes Lied auf unverhüllte machiavellistische Machtpolitik, wie etwa Friedrich Nietzsche noch meinte, sondern er steht letztendlich für das Scheitern von unkluger Machtpolitik, oder – ganz in Krippendorffs Sinne – für die „Torheit der Regierenden.“

Richard Ned Lebow geht noch weiter und bezeichnet Thukydides' Text selbst als eine Tragödie *wie die der zeitgenössischen Dramatiker* (also wieder eigentlich im Sinne Krippendorffs), nur in anderer Form. Im Kern der Geschichte geht es um den tragischen Helden Athen, der in den vertrauten Zyklus von Erfolg, Selbstüberschätzung, Übermut, Fehlkalkulation und Katastrophe gerät. Im Zuge seines Aufstiegs hat der führende griechische Stadtstaat die alten Konventionen verlassen und sich dem schlechten Vorbild der Perser angenähert. Damit verspielt er das Ansehen, das er sich einst durch den Sieg über die Invasoren erworben hatte. Der Melier-Dialog zeigt den Verfall der attischen Hegemonie, die die Grundregeln aufgeklärter Herrschaft (griechisch: *hegemonía*) wie Selbstbindung des Hegemons, Rücksichtnahme auf die Interessen der schwächeren Verbündeten sowie die Beachtung ethischer Grundregeln der Zeit aufgegeben hat und sich nur noch auf nackte Machtpolitik (griechisch: *archè*) stützt. Dieser Art von Machtpolitik setzt Thukydides Besonnenheit, Klugheit, Urteilskraft, Selbstkontrolle, Zurückhaltung und die Beachtung normativer Konventionen entgegen.

Das ist nicht nur erfolgreicher, sondern bildet auch die Grundlage für gute und stabile Ordnung, ja für Zivilisation überhaupt. Die Gefahr der Zerstörung des Gemeinwesens durch Selbstsucht oder materielle Gier kann überwunden werden, und zwar durch politisch verantwortungsvolles Agieren der einzelnen Individuen (Lebow 2003: Kap. 4).

8. Schluss

Ich kenne keinen Lehrer oder Kollegen in der Politikwissenschaft bzw. in der Friedens- und Konfliktforschung, der so widersprüchliche Reaktionen bei mir auslöst wie Ekkehart Krippendorff. Einmal Bewunderung für ein von Umfang und Themenbreite faszinierendes Oeuvre; Bewunderung seiner Weltläufigkeit, seiner Belesenheit, seiner Kunst-, Literatur-, Geschichts-, Politik- und Philosophiekenntnisse, seiner vielfach großartigen literarisch-politischen Analysen. Bewunderung für seine Gelehrsamkeit, die manchmal auch fast wörtlich zu nehmende klösterliche Einsamkeit auf sich nimmt, und Bewunderung für ein lebenslanges politisches Engagement ohne opportunistische Rücksichten. Großer Respekt für seine konsequente Orientierung an den ethischen Grundlagen der Politik und am Recht aller Menschen auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück; für seine unerbittliche Kritik an der Art und Weise, wie „die Großen mit den Kleinen spielen“ und wie Moral und Klugheit in der Weltpolitik auf der Strecke bleiben.

Großer Respekt auch vor seinem aufrechten Gang und vor seiner Bereitschaft zur Selbstkritik, mit der manche vertraute Orientierung auf den Prüfstand gelegt und dann verworfen wird. Und vor seiner Fähigkeit, sich gewaltfrei und ohne Aggression mit guten Argumenten gegen offensichtliches Unrecht zu verteidigen. Das eine oder andere von dem was ich ausgeführt habe, deutet darauf hin, dass ihm das selbst dann nicht immer gelingt, wenn ihm jemand gar kein Unrecht getan hat, sondern nur anderer Meinung ist. Dass er diese Fähigkeit aber zweifellos besitzt, zeigt der lange Brief, den er seinem damaligen Chef, Professor Ernst Frankel, geschrieben hat, nachdem der ihn nach Ablauf der Probezeit als Assistent praktisch rausgeworfen hat; so wie es aussieht qua Ordinarienherrlichkeit und ohne triftigen Grund (Krippendorff 2012: 150-154).

Daneben steht bei mir freilich viel Ratlosigkeit über Krippendorffs fundamentalistischen Reduktionismus, insbesondere bei seinem Hauptthema Staat und Krieg, bei dem fast alle Katzen grau sind. Staat ist Staat und damit die auf ewig gleiche Zwangsjacke, das auf ewig gleiche Herrschafts- und Kriegsinstrument. Das Militär schlechthin, und zwar bis zu den Blauhelmen,

die Uniform, ist der Feind, nicht „das Böse“ (so nennt er selbst einmal den Nationalsozialismus, Krippendorff 2012: 228), das alle anderen, die ja nicht einfach Bellizisten sind, nur weil sie sich schützen wollen, zu verschlingen droht. Der Staat, die Mächtigen von heute sind auch nicht viel anders als die Mordkönige der shakespearschen Dramen. Politik ist und bleibt dumme Machtpolitik, also „ein schmutziges Geschäft“. Große Irritation bei mir auch über das Ausufern des Pathologie-Begriffs.

Und Enttäuschung bis Zorn über die Art und Weise, wie Krippendorff mit seinen eigenen Fächern und der Mehrheit seiner Kollegen umgeht, die so gar nicht zu seinen eigenen Anforderungen an demokratischen Diskurs in wechselseitiger Anerkennung passt. Die Aufteilung der Politikwissenschaft bzw. der Friedens- und Konfliktforschung in ein kleines Häuflein unabhängiger Aufrechter und der Mehrheit derjenigen, die sich opportunistisch oder machtgierig an die Realpolitik verkauft hätten, ist eine selbstgerechte Inszenierung und nicht nur analytisch, sondern auch politisch-praktisch höchst fragwürdig.

Immerhin hat Krippendorff einmal in einem Aufsatz über Abrüstung angedeutet, dass er nicht grundsätzlich gegen Kooperation zwischen „Pragmatikern“ und „Radikalen“ ist. In einer „Antirüstungsbewegung“ dürfe und müsse es Pluralismus geben. Die einen könnten sagen: ja, Abrüstung ist morgen prinzipiell erreichbar; die anderen, ja gut, aber erst in 100 Jahren. Jede Position in diesem Spektrum dürfe mit dem legitimen Anspruch auftreten, realistisch zu sein. Alle müssten aber wissen, dass es auf effektive Abrüstung ankomme und nicht darauf, die Rüstung und das Militär lediglich zu kontrollieren und die Gefahren bloß durch technische Lösungen kurzfristig zu entschärfen (Krippendorff 1993: 177-178). So weit geht Krippendorffs Pragmatismus dann doch wieder nicht.

Und ich fürchte, das Bündnis zwischen denen, die morgen schon abrüsten wollen oder das für möglich halten, und denjenigen, die einen längeren Atem haben und mit einem Jahrhundert-Projekt rechnen, wird letzten Endes doch sehr schmal bleiben, denn, noch einmal: „wer die staatliche Organisation der modernen Gesellschaft nicht in Frage zu stellen bereit oder in der Lage ist, der hat das Militär- und Kriegsgefahrenproblem nicht wirklich begriffen“ (Krippendorff 1933: 178). Die übergroße Mehrheit in der Friedens- und Konfliktforschung, ja selbst in der inzwischen kleinen Friedensbewegung dürfte unter dieses Verdikt fallen. Sie wird mit ihren Forschungen, Projekten und Aktivitäten nicht auf das Absterben des Staates setzen.

Literatur

- Albrecht-Heide, Astrid* 1983: Das Verhältnis von Mädchen und Frauen zur Gewalt – Fragen zu einem vernachlässigten Bereich, in: Rajewsky, Christiane [Hrsg.] 1983: Rüstung und Krieg. Zur Vermittlung von Friedensforschung, Frankfurt am Main, 261-273.
- Altmeyer, Martin* 2007: Komplexitätsreduktion mit Waffe. Zur Mentalität des deutschen Linksterrorismus, in: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur 3, 6-15.
- Altmeyer, Martin* 2007a: Glaube und Dissidenz. Zum sozialrevolutionären Internationalismus von 68, in: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur 5, 22-25.
- Aly, Götz* 2013: Hitlers Aufstieg zur Macht, Frankfurter Rundschau, 30. Januar 2013: 32.
- Annan, Kofi* 2013: Das Böse hat oft gute Manieren. Kofi Annan über die Plaudereien der Tyrannen, den Vorteil einer leisen Stimme und die Freude darüber, für Morgan Freeman gehalten zu werden (Interview: Martin Scholz), Frankfurter Rundschau, 16./17. März 2013, 20-21.
- Arendt, Hannah* 2006: Eichmann in Jerusalem. A Report on the Banality of Evil, New York (zuerst 1963).
- Assauer, Thomas* 2013: Ist das Böse wirklich banal? Die Filmregisseurin Margarethe von Trotta huldigt der Philosophin Hannah Arendt – und verschleiert ihre Irrtümer, Die Zeit, 10. Januar 2013: 49.
- Bermbach, Udo* 2004: Der Wahn des Gesamtkunstwerks. Richard Wagners politisch-ästhetische Utopie, Stuttgart 2004.
- Bermbach, Udo* 2013: Mythos Wagner, Berlin.
- Blume, George* 2013: Was zählt ein Mensch? Tausende Tote bei einer Flut, die vorhersehbar war – und das ist kein Einzelfall. Dem indischen Staate, der angeblich demokratischen Großmacht, sind seine Bürger egal, in: Die ZEIT vom 11. Juli 2013, S. 6.
- Broder, Henryk* 1998: Die Irren von Zion, Hamburg.
- Browning, Christopher R.* 2012: In the Cauldron, in: The New York Review of Books, 6. August 2012 (www.nybooks.com/articles/archives/2012/aug/16/cauldron/).
- Connell, R. W.* 1995: Masculinities, Berkeley.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1966: Das amerikanische Sicherheitssystem 1945-1949, Berlin.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1998: Friedensstrategien. Eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga, 2. Aufl., Opladen.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1999: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München.
- Dackweiler, Regina-Maria/Schäfer, Reinhild* [Hrsg.] 2002: Gewalt-Verhältnisse. Feministische Perspektiven auf Geschlecht und Gewalt, Frankfurt am Main.

- Davis, David Brion* 2013: How They Stopped Slavery: A New Perspective (Rezension zu Oakes, James 2013: Freedom National, The Destruction of Slavery in the United States, 1861-1865), in: The New York Review of Books, LX: 10 (June 6, 2013), S. 59-61.
- Einstein, Albert* 1975: Über den Frieden, Bern.
- Fischer, Jens Malte* 2013: Richard Wagner und seine Wirkung, Wien.
- Forde, Laurie Steven* 1995: International Realism and the Science of Politics. Thucydides, Machiavelli, and Neorealism, in: International Studies Quarterly 39:2, 141-160.
- Frank, Manfred* 2013: Das böse liebe Geld: Wovon handelt „Der Ring der Nibelungen“ in seinem Kern? Vom modernen Tauschhandel, der nur erkaltete Herzen hinterlässt. Und von der Rache der Natur. Hier offenbar sich Richard Wagner als kühner Antikapitalist, in: Die ZEIT vom 16. Mai 2013, S. 50.
- Friedländer, Saul/Rüsen, Jörn* [Hrsg.] 2000: Richard Wagner im Dritten Reich. Ein Schloss Elmau-Symposium, München.
- Geck, Martin* et al. 2013: Richard Wagner, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 63: 21-23 (21. Mai 2013).
- Geiss, Imanuel* 1990: Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges 1815-1914, München.
- Greiner, Bernd* 2007: Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam, Hamburg.
- Greven, Thomas/Jarasch, Oliver* [Hrsg.] 1999: Für eine lebendige Wissenschaft des Politischen. Umweg als Methode, Frankfurt am Main.
- Grundmann, Martin/Hummel, Hartwig* [Hrsg.] 1998: Militär und Politik – Ende der Eindeutigkeiten? Zum Wandel institutionalisierter Gewalt (Schriftenreihe der AFK, Band XXV), Baden-Baden.
- Gruner, Wolf D.* 1989: Deutschland und das europäische Gleichgewicht seit dem 18. Jahrhundert, in: Gruner, Wolf D. [Hrsg.] 1989: Gleichgewicht in Geschichte und Gegenwart, Hamburg, 61-133.
- Gustafson, Lowell S.* [Hrsg.] 2000: Thucydides' Theory of International Relations. A Lasting Possession, Baton Rouge, LA.
- Hamann, Brigitte* 2009: Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth, 5. Aufl., München (zuerst 2003).
- Herrmann, Sebastian* 2012: Der Krieg der Hütten. Die Völker des Amazonas fochten einst extrem blutige Kämpfe aus, Süddeutsche Zeitung, 13./14. Oktober 2012, 24.
- Hillgruber, Andreas* 1984: „Revisionismus“ – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, in: Hillgruber, Andreas 1984: Die Last der Nation. Fünf Beiträge über Deutschland und die Deutschen, Düsseldorf, 59-85.

- Höhler, Gertrud* 2012: Die Patin. Wie Angela Merkel Deutschland umbaut, Zürich.
- Hummel, Hartwig/Grundmann, Martin* 1998: Militärkritik als Impuls zur Reintegration einer verunsicherten Friedensforschung, in: Grundmann/Hummel 1998, 9-18.
- Ikenberry, G. John* 2011: Liberal Leviathan. The Origins, Crisis, and Transformation of the American World Order, Princeton.
- Im Hof, Ulrich* 1997: Geschichte der Schweiz, 6. Aufl., Stuttgart.
- Imbusch, Peter* 1998: Macht und Herrschaft in der Diskussion, in: Imbusch, Peter [Hrsg.] 1998: Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien, Opladen, 9-26.
- Jahn, Egbert* 2012: Der Baseler Friedenskongress der Sozialistischen Internationale und die Entwicklung des Krieges und der Friedensbestrebungen im Jahrhundert danach, MS 2012
- Jahn, Egbert* 2013: Der neue westliche Interventionskrieg in Mali (Frankfurter Montags-Vorlesungen – Politische Streitfragen in zeitgeschichtlicher Perspektive), 4. Februar, Frankfurt am Main, www.gesellschaftswissenschaften.uni-frankfurt.de/institut_2/ejahn/ZSFraMoV13-NET-Mali-42.pdf.
- Jochheim, Gernot* 1993: Frauenprotest in der Rosenstraße: „Gebt uns unsere Männer wieder“, Berlin.
- Johnson Bagby, Laurie M.* 1994: The Use and Abuse of Thucydides, in: International Organization 48:1, 131-153.
- Käppner, Joachim* 2013: Freiheit! Vor 150 Jahren fiel in Gettysburg eine welthistorische Entscheidung, Süddeutsche Zeitung vom 22./23. Juni 2013, S. V2/9.
- Keeley, Lawrence H.* 1996: War Before Civilization, Oxford.
- Klein, Stefan* 2013: Das Leben nach dem Tode. In Srebrenica ermordeten Serben 1995 Tausende Bosnier. Holländische UN-Soldaten ließen das geschehen. Bis heute quält es sie, versagt zu haben. Drei von ihnen erzählen ihre Geschichte, Süddeutsche Zeitung vom 13. Mai 2013, S. 3.
- Köhler, Joachim* 1999: Wagners Hitler. Der Prophet und sein Vollstrecker, München.
- Königs, Tom* 2011: Machen wir Frieden oder haben wir Krieg? Auf UN-Mission in Afghanistan, Berlin.
- Koonz, Claudia A.* 2008: Geschlecht, Gedächtnis und Geschichtsschreibung. Die Historiographie zum Dritten Reich und zum Holocaust, in: Hagemann, Karen/Quataert, Jean H. [Hrsg.] 2008: Geschichte und Geschlechter. Revisionen der neueren deutschen Geschichte, Frankfurt am Main, 256-289.
- Krell, Gert* 1984: Dimensionen der sozialwissenschaftlichen Kriegsursachenforschung, in: Nagel, Ernst-Josef [Hrsg.] 1984: Christliche Friedensethik und Politik, Freiburg, 97-123.

- Krell, Gert* 1984a: Zählkriterien für die Mittelstreckenwaffen (INF), in: Forndran, Erhard/Krell, Gert [Hrsg.] 1984: Kernwaffen im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten, Baden-Baden, 175-226.
- Krell, Gert* 1992: Gleichgewicht aus der Mitte? Deutschland und die europäische Friedensordnung im neuzeitlichen Staatensystem, in: Schoch, Bruno [Hrsg.] 1992: Deutschlands Einheit und Europas Zukunft (Friedensanalysen 26), Frankfurt am Main, 257-279.
- Krell, Gert* 1994: Wie der Gewalt widerstehen? Die Frage legitimer Gegengewalt als ethisches und politischen Problem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 2/94, 29-36.
- Krell, Gert* 1998: Konfliktfähiger Pazifismus. Ein Kommentar, in: Grundmann/Hummel 1998, 41-50.
- Krell, Gert* 2008: Antisemitische Erblast. NS-Deutschland und Nahostkonflikt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11, 81-90.
- Krell, Gert* 2009: Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, 4. Aufl., Baden-Baden.
- Krell, Gert/Müller, Harald* 2012: Noch ein Krieg im Nahen Osten? Zum misslungenen Anstoß von Günter Grass zu einer überfälligen öffentlichen Debatte, HSFK-Report Nr. 2, Frankfurt am Main.
- Krell, Gert/Schmidt, Hans-Joachim* 1982: Der Rüstungswettlauf in Europa. Mittelstreckensysteme, konventionelle Waffen, Rüstungskontrolle, Frankfurt am Main.
- Krippendorff, Ekkehart* [Hrsg.] 1968: Friedensforschung, Köln.
- Krippendorff, Ekkehart* 1970: Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozess und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik, Frankfurt am Main.
- Krippendorff, Ekkehart* [Hrsg.] 1973: Internationale Beziehungen, Köln.
- Krippendorff, Ekkehart* 1985: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt am Main.
- Krippendorff, Ekkehart* 1987: Internationale Politik. Geschichte und Theorie, Frankfurt am Main.
- Krippendorff, Ekkehart* 1988: „Wie die Großen mit den Menschen spielen“. Versuch über Goethes Politik, Frankfurt am Main.
- Krippendorff, Ekkehart* 1990: Politische Interpretationen. Shakespeare, Stendhal, Balzac, Wagner, Hasek, Kafka und Kraus, Frankfurt am Main.
- Krippendorff, Ekkehart* 1991: Militär – Herrschaft – Staat – und die Friedensforschung, in: Karl, Wilfried/Nielebock, Thomas [Hrsg.]: Die Zukunft des Militärs in Industriegesellschaften (Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Band XVIII), Baden-Baden, 85-91.
- Krippendorff, Ekkehart* 1992: *Politik in Shakespeares Dramen*, Frankfurt am Main.

- Krippendorff, Ekkehart* 1992a: Pazifismus – Bellizismus, in: Birckenbach, Hanne-Margret/Jäger, Uli/Wellmann, Christian [Hrsg.]: Jahrbuch Frieden 1993, München, 28-40.
- Krippendorff, Ekkehart* 1992b: Der Mann im Grauhelm, *Die Zeit* 51.
- Krippendorff, Ekkehart* 1993: Militärkritik, Frankfurt am Main.
- Krippendorff, Ekkehart* 1997: Be Your Own Prince, in: *Millennium* 26:2, 443-447.
- Krippendorff, Ekkehart* 1999: Die Kunst, nicht regiert zu werden. Ethische Politik von Sokrates bis Mozart, Frankfurt am Main.
- Krippendorff, Ekkehart* 1999a: *Goethe. Politik gegen den Zeitgeist*, 2. Aufl., Frankfurt am Main.
- Krippendorff, Ekkehart* 2000: Kritik der Außenpolitik, Frankfurt am Main.
- Krippendorff, Ekkehart* 2001: Jefferson und Goethe, Hamburg.
- Krippendorff, Ekkehart* 2008: Shakespeares Komödien. Spiele aus dem Reich der Freiheit, 2. Aufl., Berlin.
- Krippendorff, Ekkehart* 2009: Die Kultur des Politischen. Wege aus den Diskursen der Macht, Berlin.
- Krippendorff, Ekkehart* 2012: Lebensfäden. Zehn autobiographische Versuche, Heidelberg.
- Krippendorff, Ekkehart* 2012a: „Hauptapercu daß zuletzt alles ethisch sei“. Goethes *Dichtung und Wahrheit* – ein Bildungsbuch politischer Welthaltung, MS (erschienen unter dem Titel „Bildungsmärchen: Dichtung und Wahrheit als Lehrbuch der politischen Kultur“ in *Lettre International* 099).
- Kubbig, Bernd W./Fikenscher, Sven-Eric* [Hrsg.] 2012: Arms Control and Missile Proliferation in the Middle East, London.
- Lebow, Richard Ned* 2003: The Tragic Vision of Politics. Ethics, Interests and Orders, Cambridge.
- Marlantes, Karl* 2010: Matterhorn. A Novel of the Vietnam War, London.
- Mead, Walter Russell* 2002: Special Providence. American Foreign Policy and How it Changed the World, New York.
- Mentzos, Stavros* 2002: Der Krieg und seine psychosozialen Funktionen, 2. Aufl., Göttingen.
- Morgan, David H. J.* 1994: Theater of War. Combat, the Military, and Masculinities, in: Brod, Harry/Kaufman, Michael [Hrsg.] 1994: Theorizing Masculinities, Thousand Oaks, CAL, 165-182.
- Müller, Harald* 2001: Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington, Frankfurt am Main.

- Müller, Harald* 2008: *Wie kann eine neue Weltordnung aussehen? Wege in eine nachhaltige Politik*, Frankfurt am Main.
- Neusüß, Christel* 1989: *Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder: Die Genossin Rosa Luxemburg bringt alles durcheinander*, Hamburg.
- Ninh, Bao* 1996: *The Sorrow of War. A Novel of North Vietnam*, New York.
- Piorkowski, Christoph David* 2013: *Maskenspiele. Wird Margarethe von Trottas Film Hannah Arendts Mythos gerecht?* *Süddeutsche Zeitung*, 17. Januar 2013: 12.
- Rieger, Eva* 2009: *Leuchtende Liebe, Lachender Tod. Richard Wagners Bild der Frau im Spiegel seiner Musik*, Düsseldorf.
- Rudolf, Peter* 2013: *Schutzverantwortung und humanitäre Intervention. Eine ethische Bewertung der „Responsibility to Protect“ im Lichte des Libyen-Einsatzes (SWP-Studie S 3)*, Berlin.
- Russett, Bruce M./Oneal, John R.* 2001: *Triangulating Peace. Democracy, Interdependence, and International Organizations*, New York.
- Schoch, Bruno* 1998: *Die Schweiz – ein Modell zur Lösung von Nationalitätenkonflikten? (HSFK-Report 2/1998)*, Frankfurt am Main.
- Schwartz, Herman M.* 2000: *States versus Markets. The Emergence of a Global Economy*, 2. Aufl., New York.
- Seifert, Ruth/Eifler, Christine* [Hrsg.] 2003: *Gender und Militär. Internationale Erfahrungen mit Frauen und Männern in Streitkräften*, Königstein.
- Senghaas, Dieter* 2004: *Zum irdischen Frieden. Erkenntnisse und Vermutungen*, Frankfurt am Main.
- Senghaas, Dieter* 2010: *Rettung durch den Kleinstaat? Überlegungen zum „Anti-Leviathan“-Leitmotiv im Werk von Leopold Kohr*, in: *Leviathan* 38, 251-267.
- Senghaas, Dieter* 2012: *Weltordnung in einer zerklüfteten Welt*, Frankfurt am Main.
- Senghaas, Dieter* 2013: *Klänge des Friedens!?* (Vortrag am 20. März 2013 im Rahmen eines Festivals aus Anlass des 50. Todestages des Komponisten Karl Amadeus Hartmann und einer Ausstellung „Projektinsel Hartmann-Nono“), MS.
- Stangneth, Bettina* 2013: *Eichmann nach Jerusalem*, in: *Wiebel, Martin* [Hrsg.] 2013: *Hannah Arendt – Ihr Denken veränderte die Welt. Das Buch zum Film von Margarethe von Trotta*, 4. Aufl., München, 234-241.
- Stern, Fritz* 2007: *Fünf Deutschland und Ein Leben. Erinnerungen*, 6. Aufl., München.
- Stone, Oliver/Kuznick, Peter* 2013: *The Untold History of the United States*, London.
- Ullrich, Volker* 2013: *Am Ziel, Die Zeit*, 17. Januar 2013: 16-17.

- Vaget, Hans R.* [Hrsg.] 2010: Im Schatten Wagners. Thomas Mann über Richard Wagner – Texte und Zeugnisse, München.
- Wagner, Gottfried* 2013: Du sollst keine anderen Götter haben neben mir: Richard Wagner – Ein Minenfeld, Berlin.
- Waldeck, Ruth* 1989: Jugend im Nationalsozialismus – ein Erbe unserer Mütter, in: Busch, Hans-Jaachim/Krovoza, Alfred [Hrsg.] 1989: Subjektivität und Geschichte. Perspektiven politischer Psychologie, Frankfurt am Main, 59-79.
- Waldeck, Ruth* 1991: „Kassandra“ – oder die Lust der Frauen am Krieg der Männer, in: Blum, Eva Maria/Baumgart, Marion/Sippel-Süsse, Jutta [Red.] 1991: Herrschaft, Anpassung, Widerstand (Ethnopschoanalyse, Band 2), Frankfurt am Main, 16-35.
- Wasmuth, Ulrike* 1998: „Frieden schaffen, mit Waffen?“ – Zur Uneindeutigkeit der Bellizismus-, Belli-Pazifismus- und Pazifismusdebatte, in: Grundmann/Hummel 1998, 19-40.
- Wasmuht, Ulrike* 1998a: Geschichte der Friedensforschung, Münster.
- Weiner, Marc A.* 2000: Antisemitische Fantasien. Die Musikdramen Richard Wagners, Berlin.
- Welch, David A.* 2003: Why International Relations Theorists Should Stop Reading Thucydides, in: Review of International Studies 29:3, 301-319.
- Weller, Christoph/Zürn, Michael* 1991: Das Ende des Militärs? Eine Auseinandersetzung mit „Staat und Krieg“, in: Karl, Wilfried/Nielebock, Thomas [Hrsg.]: Die Zukunft des Militärs in Industriegesellschaften (Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Band XVIII), Baden-Baden, 93-107.
- Wendt, Reinhardt* 2007: Vom Kolonialismus zur Globalisierung. Europa und die Welt seit 1500, Paderborn.
- Wette Wolfram* 2011: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur, Frankfurt am Main (zuerst 2008).
- Wette, Wolfram* 2012: Kriegsverhütung, damals und heute. Was hat uns der Basler Friedenskongress 1912 heute noch zu sagen? Plenarvortrag am 24.1.2012 in Basel, MS.
- Wette, Wolfram* 2013: Das große Heldenopfer. Mit Goebbels‘ Sportpalastrede begann das „Dritte Reich“ vor 70 Jahren die Inszenierung des eigenen Untergangs – eine Inszenierung ganz in der Militärtradition des 19. Jahrhunderts, Die Zeit, 14. Februar 2013: 21.